Nr. 94.

29. Jahrg.

Abonnements-Bedingungen:
Abonnements-Preis pränumerando: Vierteljährl. 3,30 Mk., monatl. 1,10 Mk., wöchentlich 28 Pfg. frei ins Haus. Einzelne Nummer 5 Pfg. Sonntagsnummer mit illustrierter Sonntags-Beilage „Die Neue Welt" 10 Pfg. Post-Abonnement: 1,10 Mark pro Monat. Eingetragen in die Post-Zeitungs-Preisliste. Unter Kreuzband für Deutschland und Oesterreich-Ungarn 2 Mark, für das übrige Ausland 3 Mark pro Monat. Postabonnements nehmen an: Belgien, Dänemark, Holland, Italien, Luxemburg, Portugal, Rumänien, Schweden und die Schweiz.

Erscheint täglich außer Montags.

Vorwärts

Berliner Volksblatt.

Zentralorgan der sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Die Insertions-Gebühr
beträgt für die sechsgespaltene Kolonelzeile oder deren Raum 60 Pfg., für politische und gewerkschaftliche Vereins- und Versammlungs-Anzeigen 30 Pfg. „Kleine Anzeigen", das fettgedruckte Wort 20 Pfg. (zulässig 2 fettgedruckte Worte), jedes weitere Wort 10 Pfg. Stellengesuche und Schlafstellenanzeigen das erste Wort 10 Pfg., jedes weitere Wort 5 Pfg. Worte über 15 Buchstaben zählen für zwei Worte. Inserate für die nächste Nummer müssen bis 5 Uhr nachmittags in der Expedition abgegeben werden. Die Expedition ist bis 7 Uhr abends geöffnet.

Telegramm-Adresse: „Sozialdemokrat Berlin".

Redaktion: SW. 68, Lindenstrasse 69.
Fernsprecher: Amt Moritzplatz, Nr. 1983.

Dienstag, den 23. April 1912.

Expedition: SW. 68, Lindenstrasse 69.
Fernsprecher: Amt Moritzplatz, Nr. 1984.

Parteigenossinnen und Parteigenossen!

Nur eine kurze Frist trennt uns noch vom 1. Mai, dem Weltfeiertag der Arbeit. Von den Vertretern des klassenbewußten Proletariats aller Kulturstaaten wurde im Jahre 1889 zu Paris beschlossen, daß am 1. Mai eines jeden Jahres in allen Ländern, wo klassenbewußte Arbeiter wohnen, die gleichen Arbeiterschutzforderungen erhoben und der Achtstundentag gefordert werden sollen. Von Jahr zu Jahr haben sich die Maidemonstrationen wuchtiger gestaltet. Sie haben die Herrschenden aufgerüttelt und auf den Weg der Sozialreform gedrängt, die — so unzulänglich sie war — in den letzten Jahren fast völlig zum Stillstand gekommen ist. Ja, man hat den Arbeitern in der Arbeiterversicherung Rechte genommen, die sie jahrzehntelang besessen und zum Wohle der Versicherten ausgeübt haben. Die Witwen und Waisen der Arbeiter hat man verhöhnt durch den Bruch feierlich gegebener Versprechungen.

Die Forderung nach wirklicher Koalitionsfreiheit wurde beantwortet mit der Drohung weiterer Einschränkung bisheriger Rechte.

Immer ernster und nachdrücklicher müssen deshalb unsere Forderungen erhoben werden.

Die Bedeutung der Maifeier ist im Laufe der Jahre immer größer geworden. Sie hat sich angesichts des immer ungestümer und gemeingefährlicher sich entwickelnden Imperialismus auch zu einer weltumspannenden Demonstration des Proletariats für den Weltfrieden gestaltet.

Einmütig, wie die klassenbewußte Arbeiterschaft ihre Schutzforderungen aufstellt, erhebt sie am 1. Mai auch Protest gegen das Wettrüsten, das am Mark der Völker zehrt und den Frieden immer mehr bedroht.

Zu derselben Zeit, in der der Kampf der deutschen Bergarbeiter durch christlich-nationalen Verrat, durch Polizei, Gendarmerie und Soldaten erdrosselt worden ist, arbeiteten die Verbündeten Regierungen die Vorlagen aus, die vom Reichstag noch mehr Soldaten und Kriegsschiffe fordern.

Nicht allein, daß solche Forderungen das Volk von neuem belasten müssen — sie bedeuten mehr: sie veranlassen unsere Nachbarländer gleichfalls zu weiteren Rüstungen und steigern dadurch die Kriesgefahr ins ungemessene.

Deshalb muß gerade in diesem Jahre das deutsche Proletariat am 1. Mai besonders laut und eindrucksvoll seine Stimme erheben gegen den verbrecherischen Rüstungswahnsinn, es muß mit den Arbeitern aller anderen Länder einmütig demonstrieren für den Weltfrieden.

Parteigenossen! Am 12. Januar d. J. haben 4¼ Millionen mehr als 25 Jahre alte Männer für die Sozialdemokratie ihre Stimme abgegeben. Millionen jüngerer Arbeiter und Millionen Arbeiterinnen, die nicht wahlberechtigt sind, haben nicht mitgezählt werden können — am 1. Mai können auch sie ihre Stimmen erheben.

Tut alle Eure Pflicht! Die würdigste Form der Maifeier ist die Arbeitsruhe. Wo die Möglichkeit derselben nicht gegeben ist, da müssen die Abendversammlungen besucht werden.

Sorgt dafür, daß es vielmillionenstimmig am 1. Mai den herrschenden Klassen in die Ohren gellt:

Wir fordern den Achtstundentag!
Wir fordern besseren Arbeiterschutz!
Wir fordern uneingeschränktes Koalitionsrecht!
Wir protestieren gegen das Wettrüsten!
Nieder mit den neuen Militär- und Marine-Vorlagen!
Hoch der Sozialismus! Hoch der Weltfriede!

Berlin, den 22. April 1912.

Der Vorstand der sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Zwei Welten.

Was bis heute noch an ideologischen Schleiern über der politischen Lage hing, ist jetzt herabgerissen und in blendender Klarheit liegt das Blachfeld da, auf dem sich, bis an die Zähne gerüstet, zwei Welten gegenüberstehen. Was hier mit dem Kampf um die Wehrvorlagen ausgefochten wird, ist nicht etwa, wie die Minister es aufzufassen geneigt sind und auch wohl die bürgerlichen Parteien, ein Streit um militärtechnische Einzelfragen, die mit schlechten Zahlen zu be- und mit guten Zahlen zu widerlegen sind, um ein Mehr oder Minder von Mannschaften, sondern es ist eine neue Phase eines unerbittlichen Existenzkampfes zwischen den Vertretern einer untergehenden und aufsteigenden Gesellschaft.

Was waren sie denn anders als Sachwalter einer, wenn man erst zu zählen anfängt, hoffnungslosen Minderheit, einer kleinen Sippe, die ihre Sach' auf Nichts gestellt hat, diese Bethmann und Kühn, diese Heeringen und Tirpitz! Ob ein zerschlissenes philosophisches Mäntelchen ihre Blöße mehr schlecht als recht zu decken strebt, ob sie in Zahlenkunststückchen ihre Stärke suchen, sie haben nichts hinter sich als eine winzige Minderheit, die, just in ihrem Niedergang, den brutalen Schrei nach einer Gewaltpolitik innerhalb der eigenen Grenzpfähle wie in der Weltpolitik ausstößt. Sie haben nichts für sich, nicht menschliches noch göttliches Recht, nicht Logik noch Ethik, nicht Zivilisation noch Kultur, nur die nackte rohe Gewalt, ausgedrückt in der Zahl der Kanonen, bis auch diese Kanonen einmal die Sprache der Revolution zu reden anfangen. Zwei Welten sind es fürwahr, die heute aufeinanderprallen, aber selten hat eine aufstrebende Klasse so windige Gegner gehabt, als sie der Arbeiterklasse in diesen Staatshampelmännern entgegentreten.

Dieser Bethmann Hollweg — Du lieber Himmel! er ist schon zum Kinderspott auf den Gassen geworden und auch was er heute dozierend vorbrachte, war nichts anderes als ein verlegenes und hilfloses Gestammel, denn sonst müßte man's als eine Dreistigkeit sondergleichen auslegen, an Reichstag und Volk um Opfer von solcher Schwere mit Gründen von solcher Leichtigkeit heranzutreten. Es war wirklich, um den treffenden Ausdruck des Genossen Haase zu brauchen, die Sedanrede eines Oberlehrers, und zwar eines minder begabten. Phrasen und Paukenschläge, Gewisper und Gerassel in buntem Gemisch. Nirgend wo am Horizont sieht selbst des Kanzlers umflortes Auge eine Kriegswolke. Schlußfolgerung: Deshalb muß gerüstet werden! Deutschland ist an Friedfertigkeit ein Lämmlein, weiß wie Schnee. Deshalb muß gerüstet werden! Keine Regierung einer Großmacht wünscht mit uns den Krieg. Deshalb muß — was wohl? Nun, gerüstet muß werden! Sehr häufig werden die Völker durch lärmende und fanatisierte Minderheiten in Kriege gehetzt. Folgerung: Darum muß diesen mit dem Feuer spielenden Minderheiten auch in Deutschland rechtzeitig auf die Finger geklopft werden? Unsinn! Deshalb muß gerüstet werden! Das der Gedankengang des sozusagen leitenden Staatsmannes, und nennt sich Kanzler und Doktor sogar! Seine Handlanger, Tirpitz und Heeringen, dienten ihm mit Handreichungen und Einzelheiten, und der Nachfolger Wermuths, der Staatssekretär des Reichsschatzamtes, Herr Kühn, hatte die undankbare Aufgabe übernommen, den Geist seines Vorgängers nicht zu verleugnen und doch Bethmanns neuer Defizitpolitik ein Mäntelchen umzuhängen oder wenigstens einen Bastschurz vorzubinden, ein Unternehmen, daß allemal einen Heiterkeitssturm hervorrief, wenn auf seinem Stuhl sich dräuend wie Bankos Geist der Schatten Wermuths erhob, der keine Ausgabe ohne Deckung gewollt hatte.

Und womit wußte der Redner der einzigen bürgerlichen Partei, die zu Worte kam — von den Antisemiten schweigt des Sängers Höflichkeit genau so wie die Weltgeschichte —, was hatte der mit allen Wassern gewaschene, mit allen Hunden gehetzte, in allen Sätteln gerechte Fraktionsführer des Zentrums auf diesen Schwall von Richtigkeiten und Banalitäten zu entgegnen? Mit einem Schwall von Richtigkeiten und Banalitäten! Ein Teil von Spahns Rede war eine Variation des Volksmundes: „Was der Mensch braucht, das muß er haben!", der andere Teil eine Paraphrase über Bethmanns Sprüchlein: „Wir werden sehen, wir werden hören und es wird sich zeigen!", aber aus all seinen Ausführungen, selbst dann, wenn er forderte, daß die Religion der Kaserne erhalten werden müsse, blinkte verräterisch der Bewilligungseifer heraus.

Diesen Vertretern der Eroberungsgelüste gegenüber meldete Genosse Haase die Forderungen der viereinviertel Millionen an, die im Januar mit ihrem Stimmzettel sich gegen jede Abenteurerpolitik und für den Weltfrieden ausgesprochen haben. Es war eine Rede, über die nicht viel Worte zu verlieren sind, da sie durch ihre Wirkung im Inland wie im Ausland für sich selbst sprechen wird, eine Rede gleich klar in ihrer Dialektik wie in ihrer Diktion, wuchtig in ihrer Prägnanz und ohne alle Effekthascherei. Wie ein ehernes Monument neben zerflatternden Nebelfetzen, so nahm sich in ihrer Geschlossenheit diese Rede neben dem Herumgerede der Minister und des bürgerlichen Parteiführers aus: es waren die sozialdemokratischen Wehrforderungen, die hier als Antwort auf die imperialistischen erhoben wurden und eine Abrechnung mit den Kriegshetzern, wie sie bei aller ruhigen Sachlichkeit schärfer kaum denkbar war.

Und in Deutschland wie in der ganzen politischen Welt wird sich aufs neue die Ueberzeugung mehren, daß es keine stärkere Friedensbürgschaft gibt als die deutsche Sozialdemokratie, diese kraftvolle und entschlossene Avantgarde alles Fortschritts und aller Kultur!

Frankreichs Machtquellen.

In allen offiziellen, offiziösen und privaten Befürwortungen der neuen Wehrvorlage wird auf die gespannte internationale Lage hingewiesen. Alle Erörterungen dieser Art laufen am letzten Ende auf die Auffassung hinaus, daß die Großmächte kein anderes politisches Ziel kennen, als eines schönen Tages über das arme unschuldige Deutschland herzufallen und unser Vaterland zu vernichten. General von Bernhardi hat diesem graufigen Gedanken ein ganzes Kapitel seines hier schon mehrfach erwähnten Buches vom nächsten Kriege gewidmet und es betitelt: „Weltmacht oder Niedergang".

Im Reichstag freilich hat am Montag der deutsche Reichskanzler bei Begründung der Wehrvorlage feierlichst erklärt, daß die deutsche Regierung an keinen Krieg denke und von der aufrichtigsten Friedensliebe beseelt sei. Dasselbe versichern aber auch alle anderen Regierungen. Aber wenn die zurzeit in Deutschland herrschenden Klassen dem Auslande mit verletzendem Mißtrauen gegenüberstehen, müssen da die Regierungen, denen man heimtückische Pläne zutraut, nicht mit noch größerem Unglauben die friedlichen Versicherungen Deutschlands aufnehmen, das seine jetzt schon überstarke Wehr noch weiter verstärken und zum Dreinschlagen fertig machen will?

Wir Sozialdemokraten sind uns über die Ursachen dieser internationalen Kriegsgefahr und Kriegsbereitschaft mit ihren immer drückender werdenden Rüstungslasten vollständig klar. Wir wissen auch, daß der imperialistische Kampf um Beute und Macht, der den Aufstieg der Völker zu höherer Kultur lähmt, nur beseitigt werden kann durch eine Sozialisierung der Wirtschaft und Gesellschaft. Wir haben aber die Pflicht, dem Wüten des Imperialismus nicht tatenlos zuzusehen, wir müssen vielmehr den Massen aufdecken, wie der Boden der kapitalistischen Kräfte, aus dem der Imperialismus in die Höhe schießt, gedüngt wird von dem Egoismus bestimmter Klassen, wie die allgemeine Rüstungshetze nur möglich ist auf Grund eines raffiniert angelegten Volksbetruges.

Daß es sich um eine Täuschung des Volkes handelt, wenn zur Begründung der neuen deutschen Wehrvorlage die Stärke der französischen Landmacht herangezogen wird, haben wir bereits nachgewiesen. Aber dieses Argument ist nicht das einzige, das unsere Rüstungshetzer ins Feld führen, um dem guten Michel vor der gallischen Gefahr gruselig zu machen. Immer und immer wieder kehrt seit dem Marokkohandel des vorigen Jahres der Hinweis auf die französischen Kolonialtruppen, auf die „schwarze Gefahr", wieder. Maximilian Harden behauptet immer von neuem, daß die Ländermasse Marokkos dem Heere Frankreichs „braune Ersatzmannschaft von kriegerischer Gewöhnung und tollkühnem Mut" liefere. In der alldeutschen und Armeelieferanten-Presse plärrt man mit mehr oder weniger Geschick die gleiche Melodie, und auch in dem Buche des Generals von Bernhardi marschiert die „schwarze und braune Armee" als eine Gefahr für Deutschland auf. In der Kommission des Reichstages, die den Marokkovertrag im vorigen Herbste zu beraten hatte, haben zwar Herr Kiderlen-Waechter und Regierungsvertreter der schwarzen Gefahr ihre Schrecken zu nehmen versucht. Das lag

im Interesse der damaligen Politik. Aber die Wehrvorlage stellt die Regierung heute vor eine andere Situation. In der Kommission, der die Wehrvorlage überwiesen werden wird, können diesmal den Abgeordneten von Regierungsvertretern vertrauliche Mitteilungen gemacht werden, die auf einen ganz anderen Ton gestimmt sind. Und da sich die bürgerlichen Parlamentarier widerspruchslos vor der Autorität militärischer und diplomatischer Sachverständiger beugen, deren Sachverständnis aber nicht immer einwandfrei ist, so wird die Wehrvorlage auf Grund von tendenziösen Darstellungen und Irrungen Gesetz werden.

drei Artikeln in aller Gründlichkeit den Schwindel von der „schwarzen Gefahr" aufgedeckt. Die Ereignisse haben seit jener Zeit unsere Darlegungen nur bestätigt. Richtig ist, daß man in Frankreich sich übertriebenen Illusionen über den vermeintlichen militärischen Machtzuwachs durch die „Abrundung" des nordafrikanischen Kolonialreiches hingegeben hat und daß gewisse Politiker diesen Illusionen geflissentlich geschmeichelt haben, um die Mißstimmung über die Abtretung eines Teils des Kongogebiets zu beschwichtigen. Die Vorgänge der letzten Tage in Fez, die Kämpfe im Muluja-Gebiete und in der Schauja-Ebene aber beweisen, daß Frankreich auf lange Jahre hinaus in Marokko große militärische Kraftaufwendungen machen muß und daß von der Verwendung der „braunen Ersatzmannschaft" aus Marokko für einen Krieg gegen Deutschland nicht geredet werden kann. Hierfür ein gewiß einwandfreies Zeugnis: In der „Deutschen Marokko-Zeitung" heißt es in einem von der „Deutschen Kolonialzeitung" vom 20. April übernommenen Artikel, der geschrieben wurde, ehe der Aufruhr in Fez ausbrach:

> „Auf alle Fälle dürften sie (d. h. die Franzosen) noch eine schwere Arbeit vor sich haben, und besonders wird die Unterwerfung der bisher noch von keinem Sultan bezwungenen Stämme des Blad es Siba große Mühe und zahlreiche Opfer kosten, und es mögen noch Jahrzehnte vergehen, ehe endgültig die französische Herrschaft eingerichtet ist."

Mit den marokkanischen Armeekorps, die aus den Pässen der Vogesen hervorbrechen, sind also keine Geschäfte für die deutsche Wehrvorlage zu machen. Ja, das 19. (nordafrikanische) Armeekorps Frankreichs ist durch das Protektorat über Marokko auf lange hinaus in Nordafrika festgelegt. Dazu kommt, daß es in Tunis infolge des tripolitanischen Krieges gärt und brodelt, daß im Süden der Provinz Oran infolge der unruhigen marokkanischen Nachbarschaft immer Revolten zu befürchten sind, daß die Unzufriedenheit unter den Eingeborenen Algeriens bei jeder Gelegenheit laut wird, und daß die panislamitische Bewegung auch an den Völkern des großen nordafrikanischen Kolonialreiches nicht spurlos vorübergeht. Gerade der letztere Umstand wird der Absicht der französischen Regierung, die allgemeine Wehrpflicht allen Eingeborenen der nordafrikanischen Kolonie aufzuerlegen, von Jahr zu Jahr mehr entgegenwirken. Die deutschen Zeitungsstrategen und Wehrvereinsgrößen, die vor dem urteilslosen Spießer so aus dem Handgelenk 120—130 000 eingeborene nordafrikanische Soldaten aufmarschieren lassen, wobei sie ihre Einschüchterungsabsichten mit den sehr platonischen Wünschen und Ennaueten französischer Militaristen begründen, mögen einmal recht aufmerksam in den Spalten des „Temps" die Nachrichten aus den nordafrikanischen Kolonien verfolgen. Sie werden dann finden, daß dieses Blatt der Kolonialkapitalisten eine recht feine Nase hat für die Stimmung unter den Eingeborenen, sei es für die jungtunesische Bewegung, sei es für die Klagen der Algerier über ungerechte Justiz und Uebervorteilung. Aus den Befürchtungen der französischen kolonialen Ausbeuter ist viel mehr zu lernen, als aus dem Geschrei chauvinistischer Journalisten und gloirewütiger Säbelrasseler.

Nun hat allerdings Herr Millerand etwas zustande gebracht, was auf dem Papier aussieht wie der Anfang eines Rekrutierungsgesetzes für die Eingeborenen Algeriens. Er hat im Februar dieses Jahres ein Dekret erlassen, daß die Mannschaften für die Tirailleur- und Spahiregimenter nicht allein angeworben werden sollen, sondern auch auf 3 Jahre ausgehoben werden können. Aber es heißt in dem Dekret ausdrücklich, daß diese Aushebung nur als ein Hilfsmittel zur Ergänzung der Anwerbung anzuwenden sei, auf keinen Fall aber verallgemeinert werden solle. Dieses Dekret ist ungefähr ebenso einzuschätzen wie der Zapfenstreich-Erlaß des Herrn Kriegsministers. Man will dem Volke glauben machen, als ob in Algerien etwas zur Verstärkung der Grande Armee geschähe. In Wirklichkeit weiß man sehr wohl, daß eine strikte Durchführung der allgemeinen Dienstpflicht die Eingeborenen aufs höchste erbittern würde.

Trotz alledem behauptet Herr Bernhardi, daß Frankreich schon jetzt eine Turkodivision gegen Deutschland aufmarschieren lassen könne. Und die Heißsporne, die das Blatt der Panzerplattenfabrikanten, die „Post", als Interpreten ihrer militaristischen Schmerzen benutzen, verbeißen sich immer wieder auf den Satz des französischen Obersten Mangin aus dessen Buche „La force noire": „En effet, en cas de mobilisation 4 corps d'armée africains sont transportés en France". (In der Tat, im Mobilmachungsfalle werden 4 afrikanische Armeekorps nach Frankreich transportiert.)

Bei unserer Respektlosigkeit gegen die Epaulettenträger schätzen wir diese Aeußerung des Obersten Mangin ungefähr ebenso hoch ein, wie die des Generals Keim, der die Schaffung von neun neuen Armeekorps für Deutschland für nötig und möglich hält.

Bei näherem Zusehen zeigt sich nämlich, daß hinter diesen Rodomontaden herzlich wenig steckt. Bis weit hinein in militärische Kreise, soweit diese nicht vollständig von chauvinistischer und militaristischer Verblendung umnebelt sind, ist man sich darüber klar, daß die Verwendung von Negersoldaten aus dem Sudan oder von Senegal auf einem europäischen Kriegsschauplatze gefährlicher Wahnwitz wäre. Auch unsere deutschen Rüstungstreiber sind mit diesem Trumpfe etwas zurückhaltender geworden. Sie sagen jetzt: Ja, wenn Frankreich auch seine schwarzen Soldaten nicht über die Vogesen schicken wird, so sind diese doch für die Besetzung der nordafrikanischen Kolonien zu verwenden; dadurch werden die europäischen und arabisch-berberischen Truppen der nordafrikanischen Armee frei und können gegen Deutschland ins Feld geführt werden.

Doch auch das ist nur ein Märchen, erfunden, um in Frankreich der nationalistischen Eitelkeit zu schmeicheln, in Deutschland den politischen Kindern das Fürchten beizubringen. Der Negersoldat aus Zentralafrika kann nämlich in größerer Zahl und auf längere Zeit gar nicht nach Nordafrika verpflanzt werden. Er hat dort schwer unter dem Klima zu leiden, wenn es auch zehnmal von der deutschen Presse, die die Rüstungshetze zu betreiben hat, bestritten wird.

In Paris ist vor kurzem ein Buch des Kapitän Marceau erschienen „Le tirailleur Soudanais", in welchem vom echt kolonialmilitaristischen Standpunkte aus ein Loblied auf den schwarzen Soldaten gesungen wird. Aber der Verfasser betont ausdrücklich, daß der Negersoldat nur in seiner innerafrikanischen Heimat zu verwenden sei. Nun hat man im Jahre 1910 ein Bataillon Sudanneger versuchsweise nach Algerien in einer Garnison von Südoran untergebracht. Mit welchem Erfolge? Ein Blick auf die offiziellen Krankenziffern und die Todesfälle im Bataillon zeigt das auf das allerdeutlichste. Das Bataillon hatte eine Effektivstärke von 400 Mann. (Man beachte auch hier die geringe Effektivstärke im Verhältnis zur Etatsstärke!) Von diesen 400 Mann waren im Monat

Dezember	1910	krank	104	Mann mit	372	Krankheitstagen
Januar	1911	„	104	„ „	268	„
Februar	1911	„	65	„ „	228	„
März	1911	„	128	„ „	512	„

Es handelte sich meistens um Lungenkrankheiten. Im Laufe eines halben Jahres starben 25 Mann!

Die französische Regierung will zwar noch einmal den Versuch mit den Negersoldaten in Algerien machen, aber das ist nichts weiter als ein gewissenloses Spiel mit Menschenleben. Freilich ist das „schwarze Elfenbein" in den äquatorialafrikanischen Kolonien Frankreichs billig zu haben.

Uebrigens haben auch die Negerbataillone, die dem marokkanischen Expeditionskorps zugeteilt sind, große Krankenziffern aufzuweisen.

Das Soldatenmaterial, das Frankreich aus seinen afrikanischen Besitzungen zieht, kann es also im günstigsten Falle zur Sicherung dieses Besitzes verwenden, für einen europäischen Krieg ist damit sehr wenig anzufangen. Daher sollten auch die deutschen Rüstungshetzer und die Herolde der neuen Wehrvorlage die Melodie von den „unerschöpflichen Machtquellen Frankreichs" von ihrer Walze nehmen.

Das Arbeitermassaker in der sibirischen Tundra.

Die blutige Bestie des russischen Unternehmertums hat wieder unzählige Opfer gefordert. Der langwierige wirtschaftliche Kampf, den die Arbeiter in den Goldwäschereien Transbaikaliens schon seit Wochen gegen die grausame Ausbeutung des Kapitals geführt haben, hat nun mit einer blutigen Niedermetzelung der Streikenden geendet. Selbst die offiziöse Petersburger Telegraphenagentur gibt die Zahl der Getöteten mit 107 und die der Verwundeten mit 80 Personen an. Wie hoch sich die Zahl der Opfer in Wirklichkeit beläuft, entzieht sich vorläufig unserer Kenntnis.

Der Ausstand der Arbeiter auf den Lenaer Goldbergwerken, an welchem zirka 7000 Personen teilgenommen haben, begann schon vor etwa 6 Wochen. Er war hervorgerufen durch den unerhörten Druck und die furchtbare Ausbeutung, welche die „Lenaer Goldindustriegesellschaft" gegen ihre zahlreichen Arbeiter zur Anwendung brachte. Diese Gesellschaft, die zu den reichsten Bergwerksgesellschaften Rußlands gehört, deren Ausbeute sich jährlich auf 20 Millionen Rubel beläuft und die ein gewaltiges Gebiet, mit einer Eisenbahn, Dampfschiffen, Läden, Speichern usw. ihr eigen nennt, hatte im letzten Jahr die Ausbeutung der Arbeiter bis auf die Spitze getrieben. Sogar die offiziellen Regierungsberichte entrollen das Bild einer solchen Sklaverei, daß dagegen die Zustände in den Bergwerken und Fabriken des europäischen Rußlands wie ein Paradies erscheinen. Die Arbeiter sind vollständig in die Gewalt der Bergwerksgesellschaft gegeben, die ihnen bei sehr langer Arbeitszeit außerordentlich niedrige Löhne zahlt, ihnen die Preise für die Lebensmittel diktiert, die Wohnung zuweist, sie mit einem Netz von Spitzeln umgibt und als unumschränkte Herrscherin jede Bewegungsfreiheit raubt. Der Mangel jeder weiteren Arbeitsgelegenheit in den wüsten sibirischen Tundren, die Abgeschnittenheit von dem Mutterlande zwingt die von der Not und Arbeitslosigkeit nach Sibirien getriebenen Arbeiter, sich der Diktatur der Bergwerksgesellschaft zu unterwerfen, deren Großaktionäre in Petersburg und London aus der Haut ihrer Arbeiter Riemen schneiden und jährlich fette Dividenden einheimsen. Diese Gewaltherrschaft, die sich namentlich nach der Ankunft des Direktors Tepmann bis ins Ungemessene steigerte, hat endlich die Geduld der Bergsklaven zum Ueberlaufen gebracht. Anfangs März setzte in den Goldwäschereien und Bergwerken eine regelrecht organisierte Lohnbewegung der Arbeiter ein, die in kurzer Zeit den gesamten Bezirk mit seinen mehr als 50 Untrnehmungen ergriff. Das jetzt erfolgte Massaker ist die endgültige Antwort des mit der Staatsgewalt koalierten Kapitals auf die vollkommen friedliche Lohnbewegung der Arbeiter.

Wir schildern nachstehend die wichtigsten Momente dieses heroischen Kampfes auf Grund der telegraphischen Berichte der „Nowoje Wremja", die schwerlich in den Verdacht einer übergroßen Arbeiterfreundlichkeit gelangen kann. Gleich nach dem Ausbruch des Streiks schilderte der Spezialberichterstatter dieser Zeitung die Lage folgendermaßen: „Nachdem die Bergwerksgesellschaft die tatsächliche und juristische Besitzerin der Eisenbahnen und Wasserstraßen geworden und auch alle anderen Zweige der kommerziellen Tätigkeit an sich gerissen und utilisiert hat, ist sie zugleich zur Beherrscherin des Arbeitsmarktes geworden, indem sie in diese gefährliche Sphäre bei dem An- und Verkauf der Lebensmittel und aller sonstigen Wirtschaftsgegenstände Willkür hineintrug. Auf dieser Grundlage brach am 13. März auf dem Andrejewschen Bergwerk Murren und Unzufriedenheit aus, die zur Einstellung der Arbeit führten. Die streikenden 900 Personen begründen die Arbeitseinstellung durch grobe Behandlung, durch falsche Lohnauszahlung, systematische Verweigerung rechtzeitiger medizinischer Hilfe, Lieferung von schlechtem Fleisch und Kwas, gesundheitsschädliche Bedingungen der Wohnhäuser, und verlangen eine Erhöhung des Arbeitslohnes usw. . . . Die Hauptverwaltung in Petersburg lehnt alle Forderungen schroff ab und ersucht, die Unruhen mit Militärgewalt zu unterdrücken. Am 17. März ergreift der Streik alle Betriebe der Gesellschaft. Diese lehnt es aber ab, die Forderungen der Arbeiter auch nur zu prüfen. In der Perspektive erscheinen Hungersnot, Zerstörung der Bureaus und Einmischung des Militärs." Am 5. April telegraphiert derselbe Berichterstatter über einige Konzessionen, die die Gesellschaft zu machen bereit ist: „Dies alles bestätigt klar, daß die Gesellschaft die wesentlichen Interessen der Arbeiter ignoriert hat, und daß die Komplikationen während des Streiks infolge des Verschuldens der Gesellschaft, die sich erst jetzt zum Nachgeben bereit zeigt, bewußt geschaffen wurden. Das bessert aber kaum die allgemeine Lage. Am 30. März schrieb der Gouverneur auf Gesuch der Gesellschaft vor, die Arbeiter nach Kirensk, 800 Werst weit zu transportieren. Am folgenden Tage stellte der Bezirksingenieur die Ungesetzlichkeit der Handlungen der Gesellschaft fest. Die Hartnäckigkeit, mit welcher die Gesellschaft bestrebt ist, die Behörden zur Exmission der Arbeiter heranzuziehen, und ihr Wunsch, die Betriebe überhaupt einzustellen, drohen mit dem Ausbruch der Revolte." Am 10. April telegraphiert er: „Die außerordentliche Sitzung des Bergwerksamtes, bestrebt um die schleunige Beilegung des verschärften Konfliktes, erkennt als einzigen Ausweg aus der geschaffenen Lage eine Erhöhung des Arbeitslohnes an. Bei der Androhung der Entlassung und der Forderung, den Streik einzustellen, haben die Streikenden 16 Forderungen gestellt. Die Gesellschaft hat kategorisch alle Forderungen abgelehnt und im Einvernehmen mit der Petersburger Verwaltung die Verhandlungen abgebrochen." Telegramm vom 13. April: „Der Generaldirektor der Gesellschaft weist darauf hin, daß der Streik ungeheure Verluste verursache, namentlich infolge der Frühlingsüberschwemmung der Werke. Um dem vorzubeugen, sei es unbedingt notwendig, den Streik selbst mit den Waffen in der Hand zu unterdrücken. Er erklärt sich einverstanden, sämtliche Arbeiter wieder einzustellen, falls die Arbeiter nicht später als am 14. April aufgenommen werden; er macht aber keinerlei Konzessionen. Die Arbeiter bestehen auf der Annahme ihrer Forderungen." Telegramm vom 14. April: „Die Lage hat sich verschärft. Die Streikenden zeigen eine aktive Hartnäckigkeit. (?) Der Gouverneur hat den nach dem Streikgebiet kommandierten Gehilfen des Chefs der Gendarmerieverwaltung zu Irkutsk zum Kommandeur aller Polizeimannschaften auf den Werken ernannt." Telegramm vom 16. April: „Die Rechtsanwaltskonsultation in Irkutsk hat von 8000 Arbeitern im Streikgebiet folgendes Telegramm erhalten: „Wir bitten um juristischen Beistand. Der Arbeitsvertrag ist von der Gesellschaft umgestoßen. Wir bitten, sofort herzukommen, um die Lage kennen zu lernen." Telegramm vom 17. April: „Auf dem Theodosiabergwerk, dem reichsten Goldbergwerk, werden die Arbeiten unter militärischem Schutz vorgenommen. Die Arbeiter haben offenbar beschlossen, bis zur Eröffnung der Schiffahrt zu streiken. Die Lage ist äußerst kritisch. Man erwartet den Ausbruch einer Revolte."

Dies ist das letzte Telegramm, das vor dem blutigen Massaker abgesandt wurde. Es zeigt in Verbindung mit dem vorhergehenden, daß die Metzelei von den Unternehmern und den Behörden planmäßig vorbereitet wurde. Im letzten Augenblick wurden die Streikführer verhaftet. Die Arbeiter forderten ihre Freilassung, worauf das Militär die Antwort erteilte und scharfe Salven auf die wehrlose friedliche Masse abfeuerte.

Das Blut der Getöteten komme über die verbrecherischen Anstifter und Vollstrecker dieses fluchwürdigen Anschlages.

Politische Uebersicht.

Berlin, den 22. April 1912.

Ein sozialistisches Schulideal.

Im Abgeordnetenhause entwickelte am Montag Genosse Ströbel bei der Beratung des Kapitels „Höhere Lehranstalten" Anschauungen über das Wesen der modernen Bildung, die wieder einmal beweisen, in wie hohem Grade die Sozialdemokratie eine Kulturpartei in wahrem Sinne des Wortes ist. Nachdem unser Redner in bezug auf die äußere Verfassung der Schulen die Beseitigung der Vorschulen, dieses krassen Ausdrucks der Privilegienschulen, gefordert und einem einheitlichen Unterbau der höheren Schulen das Wort geredet hatte, befaßte er sich mit dem Lehrstoff, der den Besuchern der höheren Schulen heute geboten wird. Eine scharfe Kritik übte er an dem sogenannten humanistischen Gymnasium, dessen Tage seiner Meinung nach gezählt sind, und mit allem Nachdruck betonte er, daß unsere wirtschaftliche Entwickelung die Umwälzung des höheren Schulwesens, die Tendenz zur praktischen Ausbildung bedingt, wie sie unsere Wirtschaft, Technik und Industrie braucht. Dabei freilich muß auch eine ideale Gesamtbildung nicht zu kurz kommen. Daß unser Genosse sich gegen die „nationalistische" Erziehung wandte, wie sie in Preußen-Deutschland von Amts wegen gepflegt wird, versteht sich von selbst. Ebensowenig wie die Volksschule soll die höhere Schule Hurrapatrioten erziehen. Wir Sozialdemokraten wollen davon nichts wissen, weil für uns die Bildung Selbstzweck und nicht Mittel zum Zweck ist. Deshalb hatte Ströbel durchaus recht, wenn er am Schluß seiner Rede keinen Zweifel darüber ließ, daß unser Ziel, allen eine wirkliche Allgemeinbildung zuteil werden zu lassen, nicht verwirklicht werden kann innerhalb der kapitalistischen Gesellschaft, die wohl für Militarismus, Marinismus und Kolonialpolitik Millionen übrig hat, nicht aber für Bildungszwecke, sondern, daß die Vorbedingung hierfür die Sozialisierung der Gesellschaft ist.

Die Richtigkeit dieser Anschauungen wird dadurch nicht erschüttert, daß einige bürgerliche Redner, denen die Ausführungen unseres Genossen nicht angenehm waren oder die sie nicht verstehen konnten, sich mit einigen persönlichen Hieben darüber hinwegsetzen zu können glaubten.

Ein Antrag betr. Einführung des gemeinsamen Unterbaues der höheren Schulen wurde der Unterrichtskommission überwiesen und die weitere Beratung auf Dienstag vertagt. Auf der Tagesordnung stehen außerdem kleinere Etats und die erste Lesung des Gesetzentwurfs betr. Anlegung von Sparkassenbeständen in Inhaberpapieren.

Die große Luftkriegsflotte.

Wie wir in der letzten Sonntagsnummer mitteilten, ist der „Leipziger Volkszeitung" ein vertrauliches Rundschreiben des Grafen Posadowsky auf den Redaktionstisch geflogen, in dem mitgeteilt wird, daß sich unter dem Protektorat des Prinzen Heinrich von Preußen ein Reichskomitee für die Unterstützung des Flugwesens gebildet habe, das demnächst einen Aufruf zur Einsammlung einer sogenannten „Nationalflugspende" erlassen werde. Dieser angekündigte Aufruf ist jetzt erschienen. Er wendet sich mit folgenden Phrasen an die Opferwilligkeit des „deutschen Volkes":

> „Mit Stolz dürfen wir Deutsche den Mann den unsern nennen, der die Sehnsucht von Jahrhunderten zuerst verwirklicht hat: Zeppelin. Die stürmische Vorwärtsentwickelung aber, die das Luftfahrwesen mit dem Auftreten der Flugmaschine genommen hat, zwingt uns, die äußersten Anstrengungen zu machen, um nicht durch die Opferwilligkeit und die Tatkraft anderer Nationen ins Hintertreffen gedrängt zu werden. Wenn irgendwo, so muß es hier allezeit heißen: „Deutsche vor die Front!" Nicht spielerischer Ehrgeiz heischt dies von uns, sondern hier gilt es, unsern Ruhm als erste Meister angewandter Wissenschaft zu wahren, hier geht es um Schaffung von Werten, die uns Deutschen einen Ehrenplatz in der Geschichte aller Zeiten sichern sollen.
>
> Nicht jedem ist es vergönnt, seine körperlichen und geistigen Kräfte persönlich in den Dienst dieser nationalen Ehrenaufgabe zu stellen. Wohl aber kann ein jeder sein Scherflein beitragen, damit der Gesamtwille der deutschen Nation der machtvolle Motor sei, der der deutschen Flugmaschine zum Siege verhilft.

Es handelt sich um eine

Nationalspende,

bei der keiner fehlen will noch darf, um eine nationale Spende für das deutsche Flugwesen und die deutschen Flieger.

Denn den Männern, die als Pioniere einer neuen großen Kulturaufgabe in dem patriotischen Bestreben, Deutschland auch auf diesem Gebiete einen ebenbürtigen Platz im Wettstreit der Nationen zu sichern, ihr Leben einsetzen, gebührt die werktätige Unterstützung der ganzen Nation.

Vor allem aber soll die Nationalspende die Mittel bieten, unaufhaltsam weiterzuarbeiten an der Vervollkommnung der Flugapparate, an der Ausbildung der Flieger, auf daß die Gefahren vermindert, die Leistungen erhöht werden. Mit Hilfe der Nationalspende soll auch die Entwickelung einer Technik gefördert werden, die immer neue Arbeits- und Erwerbsfelder erschließen wird. Häufige und ausgedehnte Wettkämpfe sollen Erfindungsgeist, Mut und Tatkraft anspornen und immer stolzere Leistungen von Mann und Maschine hervorrufen. Kurz: das deutsche Flugzeug soll, ob es in der Stunde nationaler Gefahr wachsam in den Lüften kreist, oder ob es in friedlichem Wettbewerb der Nationen als neuestes Mittel modernen Verkehrs und als geflügelter Bote vaterländischer Leistungsfähigkeit durch die Lande eilt, in jedem Augenblicke bereit und imstande sein, zu erfüllen, was das Gebot der Stunde von ihm fordert."

In nüchternes Deutsch übersetzt, heißt das, wie die letzten Sätze beweisen: „Sammelt recht fleißig, damit neben der großen Seekriegsflotte eine nicht minder leistungsfähige Luftkriegsflotte geschaffen werden kann."

Uebrigens dünkt uns diese Methode, die für die Anschaffung von Mordmaschinen erforderlichen Mittel durch öffentliche Sammlungen aufzubringen, immerhin um einige Grade vernünftiger, als die Kosten durch hohe Steuern auf die notwendigsten Lebens- und Genußmittel aus der ärmeren, schwer um ihren Lebensunterhalt ringenden Volksmasse herauszupressen. Vielleicht wendet man diese Methode auch bei der Aufbringung der Mittel für die geplante Vergrößerung der Seekriegsflotte an. Gibt es doch so manche, die mit ihrem aus den Arbeitern herausgeschundenen Profit nichts Vernünftiges anzufangen wissen.

Bassermänner und Fuhrmänner.

Die Anhänger Bassermanns in der nationalliberalen Partei sind außerordentlich rührig. Wo sie Einfluß in den nationalen Orts- und Provinzialvereinen haben, bringen sie der Politik Bassermanns zustimmende Resolutionen zur Abstimmung und lassen zu dem am 12. Mai in Berlin stattfindenden nationalliberalen Parteitag Delegierte wählen, die Bassermanns Anschauungen teilen. Man kann deshalb schon heute mit ziemlicher Sicherheit annehmen, daß, wenn nicht die „Friedberger" und „Fuhrmänner" noch sehr schneidige Waffen in petto haben, Bassermann am 12. Mai mit ansehnlicher Mehrheit siegen wird.

Am Sonnabend nahm auch der nationalliberale Verein von Berlin zur Bassermannschen Politik Stellung. Mit großer Mehrheit wurde folgende Resolution gefaßt:

„Die stark besuchte außerordentliche Hauptversammlung des Nationalliberalen Vereins Berlin spricht dem Führer der Reichstagsfraktion das vollste Vertrauen aus und erwartet, daß die Partei die in den letzten Jahren eingehaltene Politik unbeirrt weiter verfolgen wird. Die Versammlung erwartet infolgedessen vom Delegiertentag die Ablehnung der gegen die Organisationen der Jungliberalen gerichteten Anträge."

Als Delegierter zum Parteitag wurden fast nur „Bassermänner" gewählt.

Ferner tagte am Sonntag in Stuttgart der Vertretertag der nationalliberalen Partei Württembergs. Er nahm einstimmig eine Resolution an, in welcher der nationalliberalen Reichstagsfraktion unter der bewährten Führung Bassermanns das vollste Vertrauen ausgesprochen wird. Der Vertretertag müsse es verurteilen, wenn durch Uebertreibung der Wichtigkeit von organisatorischen Fragen Hader und Zwietracht in die Partei getragen werde.

Zweierlei Moral.

„In den Kreisen der Kraftdroschkenführer grassiert schon lange eine Unsitte, der nunmehr die Regierung selbst energisch zu Leibe gegangen ist. Es handelt sich um den rechtswidrigen Gebrauch der ihnen anvertrauten Automobile ihrer Dienstherren zum eigenen Vergnügen. Da das Amt des Kraftdroschkenführers eine Vertrauensstellung im wahrsten Sinne des Wortes ist, und da eine Kontrolle über den jeweiligen Aufenthalt außerordentlich erschwert ist, so benutzen viele von den Chauffeuren die Gelegenheit, um öfters tagsüber allein oder mit Bekannten spazierenzufahren." So lasen wir dieser Tage in der „Deutschen Tageszeitung". Und es wird weiter die für jeden Bourgeois beruhigende Mitteilung gemacht, daß solch unerhörter Verstoß hinfort auf das schärfste geahndet werden soll, nämlich mit Entziehung des Führerpatents, so daß der Verbrecher im ganzen Deutschen Reich keinen Kraftwagen mehr fahren darf.

Nun sind wir gewiß weit entfernt, einen wirklichen Mißbrauch von Dienstbefugnissen irgendwie verteidigen zu wollen. Aber wem fällt hierbei nicht ein, daß neulich der Vizepräsident des preußischen Abgeordnetenhauses, der nationalliberale Justizrat Krause, zu einer Familienfeier die Räume des Parlamentsbaues benutzt hat! War das etwa nicht der „rechtswidrige Gebrauch" des „ihm anvertrauten" Inventars „zum eigenen Vergnügen"? Und doch hat wohl die gesamte bürgerliche Presse den Vorfall mit Stillschweigen übergangen und gerade die „Deutsche Tageszeitung" hat ihn verteidigt. Davon aber, daß er irgendwie gesühnt werden soll, verlautet nichts.

Vielleicht wird man sagen: die Hochzeitsfeier im Abgeordnetenhause ist doch wirklich kein so großes Unglück, daß es lohnt, sich darüber aufzuregen. Das mag wohl sein. Aber wir meinen, wenn einmal ein Autoführer mit seinem Kraftwagen eine Spazierfahrt macht, so ist das ebenfalls kein großes Unglück. Das eine wie das andere steht auf genau demselben Blatt. Und wir führen die Sache überhaupt nur an, um zu zeigen, wie die bürgerliche „Moral" sofort ein Zetergeschrei erhebt, wenn ein Arbeiter dasselbe tut wie ein Justizrat. Der Vizepräsident benutzt einen ihm anvertrauten Gegenstand zum eigenen Vergnügen, kein Hahn kräht danach — der Arbeiter tut dasselbe, alsbald ist es ein Verbrechen, das mit Vernichtung der Existenz gestraft werden soll.

Aber es sind nicht nur solche Kleinigkeiten, die in der bürgerlichen Presse liebevolles Verständnis finden, wenn sie von ihresgleichen begangen werden. Vielmehr ist in der kapitalistischen Welt auch die ganz gewöhnliche und echte Korruption gang und gäbe, ohne daß es den Hütern kapitalistischer „Moral" einfällt, sich darüber aufzuregen. Wir verweisen auf die Angelegenheit des Bremer Lloyd, die der „Vorwärts" kürzlich veröffentlicht hat. Jetzt finden wir in der Finanzzeitschrift „Die Bank" ein ganz gleichartiges Beispiel. „Die großen Gewinne einer der erfolgreichsten Berliner Terraingesellschaften" — so lesen wir da — „beruhen auf einer sehr einfachen Kalkulation. Die Gesellschaft erhält von ihrer „Konzernbank" billiges Geld und gibt es als Baugeld zu Sätzen bis zu 10 Proz. weiter. Bei einem Jahresumsatz von 25 Millionen und einer Differenz von 4 Proz. in den Zinssätzen — in Wirklichkeit dürfte die Spannung oft höher sein — resultiert allein hieraus ein Gewinn von einer Million Mark."

Jedermann wird erstaunt fragen: wie kann denn die „Konzernbank" so dumm sein, das brillante Geschäft nicht selbst zu machen? Warum leiht sie nicht gleich direkt die Summen als Baugeld zu 10 Proz. aus, anstatt sie der Terraingesellschaft zu 5 oder 6 Proz. zu geben und sich die Differenz von 1 Million wegschnappen zu lassen? — Die Antwort ist verblüffend einfach: Der Gewinn fließt in die Taschen von Personen, welche „zufällig" Direktoren- und Aufsichtsratsposten bei den in Frage kommenden Banken bekleiden! Das heißt mit anderen Worten, die Direktoren und Aufsichtsräte der „Konzernbank" sind persönlich an den Gewinnen der Terraingesellschaft beteiligt, sie selber heimsen die Million ein, und deshalb leiten sie das Geld erst auf den Umweg der Terraingesellschaft.

Aber das ist noch nicht alles. Es muß bei diesem raffinierten System doch auch für eine gewisse Sicherung vor dem Staatsanwalt gesorgt sein. Und dazu dienen „Taxatoren mit der erforderlichen Anpassungsfähigkeit". So nämlich drückt sich die „Bank" aus. Auf ihre Taxen können sich die Konzernbanken berufen, die auf zweite Hypotheken Millionenkredite gewähren. Um aber „bei den Taxatoren das nötige Verständnis für ihre Aufgaben zu wecken, wählt man sie oft zu Direktoren, Liquidatoren, Aufsichtsräten usw. bei einer der zahlreichen Tochtergesellschaften des Konzerns." So soll es nach der Behauptung der „Bank" vorgekommen sein, daß der Taxator einer bekannten Terraingesellschaft zum Direktor zweier Gesellschaften m. b. H. gemacht worden ist, welche nur zu dem Zweck gegründet sind, die 50 subhastierten Häuser zu versteigern, von denen er selbst die Taxe für Rechnung der Terraingesellschaft abgegeben hat.

Diese Taxatoren, Direktoren, Liquidatoren, Aufsichtsräte usw. das sind nun aber die Leser der bürgerlichen Presse. Sie sind es, die sich moralisch entrüsten, wenn einmal ein Autoführer mit der Kraftdroschke seines Prinzipals eine private Spazierfahrt macht. Wir wissen ja, daß in der kapitalistischen Welt durchweg das Sprichwort von den großen und kleinen Dieben gilt. Aber man sollte die Moral mit doppeltem Boden doch nicht in so ekelhafter Weise zur Schau tragen.

Geopfert?

Eine recht interessante, für die konservativ-klerikale politische Freundschaft charakteristische Enthüllung veröffentlicht die zur Bekämpfung der „Bachemiten" gegründete „Kölner Korrespondenz". Danach soll der frühere Reichstagsabgeordnete Roeren deshalb aus der Zentrumsfraktion herausgedrängelt worden sein, weil die Konservativen ihn als lästig empfanden. Die betreffende Korrespondenz druckt nämlich einen Brief von Edmund Schoopen an den früheren Provinzial der Weißen Väter Josef Frohberger vom 11. November 1910 ab, wonach der Vorstand der konservativen Fraktion dem Zentrum das Ultimatum gestellt hat: der Hyperkatholizismus im Zentrum müsse aufhören; die konservative Fraktion sei zu dieser Stellungnahme mit Rücksicht auf den evangelischen Bund genötigt. Hierdurch sei auch die schwache Haltung der Zentrumsfraktion und ihrer Presse in der Angelegenheit der Borromäus-Enzyklika bestimmt. In dem Briefe wird erklärt, es sei höchste Zeit, daß das Zentrum sich von solcher Eigenbrödelei befreie. Das Volk solle nicht hinter den Kulissen um seinen Glauben betrogen werden.

Faule Mache.

Eines der Berliner Sensationsblätter, die „Deutsche Montagszeitung" leistet sich in ihrer Ausgabe vom 22. April einen Schwindel ganz absonderlicher Art. Unter der sensationellen Ueberschrift: „Das Mandat des Reichstagspräsidenten durch kaiserliches Eingreifen ungültig?", behauptet das Blatt in bezug auf die am Dienstag in der Wahlprüfungskommission zur Verhandlung kommende Wahl des Abgs Kaempf:

„Es wird nun in allerletzter Stunde ein höchst eigentümliches Vorhaben sozialdemokratischer Kreise bekannt. Ein Vorhaben, das einer gewissen Pikanterie ebensowenig entbehrt, wie andererseits eines sehr, sehr ernsthaften staatsrechtlichen Interesses. Es soll die Absicht bestehen, Kaempfs Wahl u. a. mit der Motivierung zu beanstanden, seine Wahl sei zum Teil einem staatsrechtlich nicht gestatteten Eingriff des Kaisers zu verdanken."

Das Blatt veröffentlicht sogar zwei juristische Gutachten. Das eine vom Professor Kahl, das andere von einem nicht genannten Rechtslehrer, die sich natürlich beide widersprechen. Wir können feststellen, daß die Angaben des genannten Montagsblattes auf Erfindung beruhen. Mit keinem Wort ist in der Wahlprüfungskommission, soweit gelegentlich über den Wahlprotest gegen Kaempf gesprochen wurde, eine Aeußerung gefallen, die in dem Sinne ausgelegt werden könnte, wie dies das genannte Sensationsblatt getan hat. Wenn auch eine Aeußerung durch die Presse ging, nach der der Kaiser gesagt haben soll, er habe für die Wahl Kaempfs agitiert, so würde, selbst die Richtigkeit der Zeitungsmeldung vorausgesetzt, darin kein Grund liegen, die Wahl zu kassieren. Es sei daran erinnert, daß 1907 der Versuch gemacht wurde, die Wahl des Reichsverbandsgenerals von Liebert für ungültig zu erklären, weil der Reichskanzler an Liebert den bekannten Silvesterbrief gerichtet hat, in dem sehr wohl eine Wahlbeeinflussung erblickt werden könnte. Wenn aber der Kaiser tatsächlich einen seiner Kutscher animiert hat, zur Wahl zu gehen, so liegt darin keinerlei amtliche Wahlbeeinflussung; denn es ist kaum anzunehmen, daß der Kaiser dem Kutscher irgendwelche Nachteile in Aussicht gestellt hat für den Fall, daß er nicht für Kaempf stimmen werde. Außerdem gelten solche Zeitungsmeldungen nach der alten Praxis der Wahlprüfungskommission als nicht genügend substantiiert, und bleiben deshalb unbeachtet.

Von der bürgerlichen Presse.

In einem Prozesse, den der liberale Reichstagsabgeordnete Dr. Neumann-Hofer angestrengt hatte, weil ihm Urkundenfälschung, Verleitung zum Meineide, Betrug und andere schöne Dinge vorgeworfen worden waren, bekundete vor einigen Tagen ein Zeuge, der früher Teilhaber der liberalen „Lippischen Landeszeitung" war, daß ein Darlehen von 60 000 M. in der Zeit des lippischen Thronstreites von dem damaligen Grafregenten an die Landeszeitung gegeben worden sei. Besitzer der „Lippischen Landeszeitung" ist der Abg. Dr. Neumann-Hofer. Unser Parteiorgan, die Bielefelder „Volkswacht", erwähnte die Tatsache in ihrem Berichte. Darauf ging ihr eine Zuschrift des betr. Zeugen, des fürstlichen Rats Quentin in Herford, zu. Darin heißt es mit Bezug auf die Zeit, wo dieser Herr in Detmold Redakteur und Teilhaber der Landeszeitung war:

„Diese Summe ist mir vom Grafregenten (dem Vater des jetzigen Fürsten) als verzinsliches Darlehen geliehen. Gläubiger sind heute die verschiedenen Erben des Grafregenten, soweit die Summe nicht schon zurückgezahlt ist. Ich habe die Summe der Landeszeitung als Darlehen gegeben. Der Grafregent hat mir seinerzeit auf meinen Wunsch das Kapital geliehen, weil mir dafür in Aussicht gestellt war, wieder Teilhaber der Landeszeitung zu werden. Das Darlehen erfolgte, weil der Grafregent sich mir dankbar erzeigen wollte, da er anerkannte, daß ohne die Tätigkeit der Landeszeitung und der hauptsächlich von mir beeinflußten deutschen Presse die Thronfolgefrage niemals zu einer richterlichen Entscheidung gelangt wäre, da nur durch den Druck der öffentlichen Meinung diese herbeigeführt ist. Sonst wäre unbedingt auf Grund der zwischen Lippe und Schaumburg-Lippe bestehenden Verträge Prinz Adolf (der Schwager Wilhelms II.) beim Tode des Fürsten Alexander ohne weiteres Fürst zu Lippe geworden."

Die liberale „Lippische Landeszeitung" war seinerzeit das erste Sprachrohr für die Vertretung der Biesterfelder Interessen im Thronstreit, und sie hat sich nicht wenig darauf zugute, daß man in weiten Kreisen annahm, sie führe den publizistischen Kampf in der uneigennützigsten Weise, nur von dem Drange beseelt, daß „Recht doch Recht bleiben muß". Die neueste Feststellung vor Gericht wird hiernach wieder als ein Beweis dafür gelten können, daß es mit der Unabhängigkeit der bürgerlichen Presse, im besonderen der liberalen, denn doch oft ein recht eigenes Ding ist, — ganz abgesehen von ihrer allgemeinen Abhängigkeit vom Unternehmertum.

Gegen die Spirituszentrale.

Der Verband sächsischer Industrieller, an dessen Spitze Herr Dr. Stresemann steht, hatte zum Sonntag eine Delegiertenversammlung der Verbände der Spiritus verarbeitenden und erzeugenden Industrie nach Dresden einberufen, wo der frühere nationalliberale Reichstagsabgeordnete Dr. Weber-Löbau über den Entwurf zur Beseitigung des Branntweinkontingents sprach. Die Versammlung erblickte in der Vorlage eine enorme Verteuerung des Gebrauchs, hob die schwierige Lage des Destillations- und Gastwirtsgewerbes hervor und sprach ihr Bedauern darüber aus, daß die Spirituszentrale in Berlin ihre Machtstellung ausnützt und ohne Rücksicht auf die Abnehmer eine Geschäfts- und Preispolitik treibt, die den sonst üblichen kaufmännischen Grundsätzen widerspricht. Die Versammlung sprach die Hoffnung aus, daß der Reichstag dem Entwurf seine Zustimmung versagen und dafür sorgen werde, daß den fortgesetzten Preistreibereien und der ausschließlichen Vormachtstellung der Spirituszentrale ein Riegel vorgeschoben wird.

Der marokkanische Aufstand.

Paris, 22. April. Nach den letzten Telegrammen des Generals Moinier an den Kriegsminister herrscht jetzt in Fez vollkommene Ruhe. Die Verluste der Franzosen während des Aufstandes und der darauffolgenden Kämpfe sind 15 Offiziere und 40 Mann tot und 4 Offiziere und 70 Mann verwundet. Außerdem wurden 13 Zivilpersonen, sämtlich Franzosen, getötet. Angehörige einer anderen Nation sind nicht getötet worden.

Die französischen Truppen haben gegen tausend Gefangene gemacht, zahlreiche andere Meuterer sind in die Umgegend entflohen und haben sich in Häusern versteckt, die von Patrouillen durchsucht werden, während in der Nähe aufgestellte Posten die Flüchtlinge dann festnehmen sollen.

Tausend Juden niedergemetzelt.

Paris, 22. April. Nach einer Havas-Meldung aus Tanger sind bei der Plünderung des Judenvierteils in Fez etwa 1000 Juden getötet worden. Die Zahl der verwundeten Juden ist sehr beträchtlich und das Elend unter diesen sehr groß.

Der Verlauf des Aufstandes.

Paris, 22. April. Der Sonderberichterstatter der „Agence Havas", der den Unruhen in Fez glücklich entronnen ist, hat von eingeborenen Postboten eine Depesche an die Küste befördern lassen, in der es heißt: Etwa 40 eingeborene Soldaten begaben sich am 17. dieses Monats mittags zu El Mokri und erhoben heftig gegen eine geplante Verkürzung des Soldes sowie gegen die Einführung von Tornistern Einspruch. Uebrigens war ihr Sold erhöht worden und die Einführung von Tornistern niemals geplant gewesen. Vier Soldaten wurden auf ihr Drängen vom Sultan empfangen, der ihnen Ruhe anbefahl. Sie gingen darauf weg und gaben das Zeichen zum Aufstande, indem sie ihren Hauptmann töteten. Der Aufstand begann in der Kasbah Chararda und griff dann auf andere Tabors über. Mehrere französische Instruktionsoffiziere wurden ermordet, die meuternden Soldaten nahmen im Verein mit Leuten aus der Bevölkerung einige von Franzosen bewohnte Häuser ein. Die Bewohner wehrten sich heldenmütig. Drei Telegraphenbeamte verteidigten sich von 2 bis 6 Uhr nachmittags gegen etwa sechzig Eingeborene und wurden schließlich ermordet. Ihre Körper wurden mit Petroleum begossen und verbrannt. Ein Franzose wurde nach fünfstündigem Verteidigungskampfe mit seiner Familie von dem Kaid Mechuar gerettet. Inzwischen wurden die Vertreter der „Agence Havas", des „Matin" und der „Dépêche Marocaine", die in einem Hause eingeschlossen waren, von dem Scherif Ueggan davor gewarnt, sich zu zeigen. Die Gesandtschaft sei benachrichtigt und werde ihnen eine Begleittruppe senden. Indessen ging der Aufstand weiter. Scherifische Soldaten zogen umher und trugen an den Spitzen ihrer Lanzen die Köpfe und die Eingeweide von Europäern. Frauen feuerten die Aufrührer an. Bald wurden im Süden der Stadt Gewehrfeuer und Kanonenschüsse hörbar. Um 9 Uhr abends wurden die Berichterstatetr von einer Kompagnie Tirailleurs befreit, die sie zur Gesandtschaft führten. Nach und nach befreiten die Tirailleurs auch die übrigen Franzosen. Die französischen Opfer des Aufstandes wurden am 18. April bestattet. Am Mittag dieses Tages begann die Kanonade von neuem im Norden der Stadt und die Meuterer wurden durch das Geschützfeuer in ie Flucht gejagt.

Paris, 22. April. Amtlich wird festgestellt, daß bei den Straßenkämpfen in Fez 15 Offiziere und 40 Soldaten getötet sowie 4 Offiziere und 70 Soldaten mehr oder weniger schwer verwundet wurden. Des ferneren wurden 13 Zivilpersonen, sämtlich französischer Nationalität, von den Meuterern niedergemetzelt. Die Leichen der Ermordeten waren gräßlich verstümmelt.

Die „Havas"-Meldung über die Plünderung der Mellah in Fez, wobei etwa 1000 Juden getötet worden seien, wird als durchaus übertrieben bezeichnet. Die Zahl der Getöteten beträgt sicheren Feststellungen zufolge nur 50; die Zahl der Verwundeten ist annähernd die gleiche. Der größte Teil der Mellah, die aus armseligen Hütten bestand, ist in Flammen aufgegangen.

Mexiko.

Eingreifen der Vereinigten Staaten.

New York, 21. April. Wie ein Telegramm aus Keywest in Florida meldet, kommt das Schlachtschiff „New-Hampshire" morgen hier an und erwartet das Linienschiff „Nebraska", mit dem es nach New-Orleans abgehen wird. Beide Kriegsschiffe begeben sich nach dem Golf von Mexiko und sollen sich augenblicklich bereithalten, falls die Lage in Mexiko ein Einschreiten zum Schutze von amerikanischem Leben und Eigentum erfordern sollte.

Gewerkschaftliches.

Die Bewegung im Hamburger Hafen erfolgreich beigelegt!

Die Bewegung der Hamburger Hafenarbeiter hat mit dem Abschluß eines Tarifes von dreijähriger Dauer geendet, der einige Konzessionen an die Forderungen der Arbeiter macht.

Am Sonnabendvormittag hatten Verhandlungen mit dem Hafenbetriebsverein stattgefunden. Der Verein hat sich bereit erklärt, die Tagelöhne der Schauerleute um weitere 10 Pf., also von 5,10—5,30 M. auf 5,20—5,40 M. zu erhöhen. Weiter hat der Hafenbetriebsverein erklärt, daß er nach Unterzeichnung des so festgesetzten Lohntarifs bereit ist, über die Forderungen der anderen Hafenarbeitergruppen zu verhandeln, in bezug auf Lohnerhöhung und sonstige Gestaltung des Arbeitsverhältnisses den vorgebrachten Wünschen so weit als möglich entgegen zu kommen, diese Verhandlungen tunlichst rasch zu Ende zu führen und das Ergebnis der Abmachungen tariflich festzulegen.

Die Schauerleute haben nun Sonntagmittag zu diesem Angebot des Hafenbetriebsvereins Stellung genommen. Der Saal des Gewerkschaftshauses war bis auf den letzten Platz besetzt. Den Bericht der Verhandlungskommission erstattete Hähnel. Der Redner schilderte den Gang der Verhandlungen mit den Vertretern der Unternehmer, die sich allmählich von ihrer ursprünglich stark ablehnenden Haltung zu immer größeren Zugeständnissen bequemt hatten. Das gelte sowohl von der Arbeitszeit wie von den Lohn- und Nebenforderungen. Das erzielte Resultat sei nach langen, ernsten und schweren Beratungen zustande gekommen und müsse von diesen Gesichtspunkten aus von den Schauerleuten gewürdigt werden. In der ausgiebigen Diskussion wurde zunächst lebhaft gegen die Annahme des Vorschlages opponiert, insbesondere wurde die Lohnerhöhung als durchaus unzulänglich bezeichnet. Des weiteren wandte man sich gegen die vertragliche Bindung auf drei Jahre und sprach die Befürchtung aus, daß vor allem die Verkürzung der Arbeitszeit von den Unternehmern nicht korrekt durchgeführt würde. Demgegenüber wurden die unverkennbaren Vorteile der Neuregelung hervorgehoben und die Frage aufgeworfen, ob durch einen auf alle Fälle opferreichen Kampf mehr erzielt würde. Diesen Gedanken erörterte außer den Mitgliedern der Lohnkommission insbesondere auch der Verbandsvorsitzende Schumann, der eindringlich die große Verantwortung der Schauerleute gegenüber den anderen, vielfach schlechter gestellten Gruppen betonte und darauf hinwies, daß, wenn zweifellos berechtigte Forderungen noch nicht in Erfüllung gingen, dies eine Folge der bisher ungenügenden Organisationsverhältnisse sei. Es bliebe nichts anderes übrig, als das Versäumte schrittweise nachzuholen. Daß die Unternehmer überhaupt verhandelten und sich zum Tarifabschluß unter sehr beachtlichen Zugeständnissen herbeiließen, sei ein Beweis für die inzwischen erfolgte Stärkung und Gesundung der Gewerkschaft. Als ehrlicher Berater könne er nur die Annahme des Vertrages empfehlen. Wenn die Aussicht bestehe, mit Kampf nicht mehr zu erreichen als ohne Kampf, dann sei es gewissenlos, gemachte Vorschläge abzulehnen. Hier handele es sich um eine schwer errungene Abschlagszahlung, deren Sicherung für alle Hafenarbeitergruppen sich die Schauerleute als überlegene Männer nicht entgehen lassen dürfen.

Nach diesen überzeugenden und mit starkem Beifall aufgenommenen Darlegungen erfolgte die schriftliche Abstimmung; sie ergab die Annahme des Vorschlages der Unternehmer mit starker Dreiviertelmajorität.

Berlin und Umgegend.

Achtung, Bauanschläger! Die Kollegen werden ersucht, das heutige Inserat zu beachten. Deutscher Metallarbeiterverband. Ortsverwaltung Berlin.

Die Werkzeugmacher in den Schraubenfabriken klagten in ihrer am Sonntag abgehaltenen Branchenversammlung darüber, daß ihre Löhne den heutigen Zeitverhältnissen nicht mehr entsprechen. Eine Aufbesserung der Löhne wurde als dringend notwendig bezeichnet. Einer der größten Betriebe geht nicht über einen Stundenlohn von 60 Pf. hinaus, obgleich dieser Lohnsatz nach den bestehenden Vereinbarungen nur als Mindest- und Anfangslohn zu betrachten ist. Auch darüber wurde geklagt, daß in manchen Betrieben die Zahl der Werkzeugmacher im Verhältnis zur Zahl der Schraubendreher zu gering ist, was zur Folge hat, daß die Werkzeugmacher mit Arbeiten überlastet sind, deshalb nicht immer mit der nötigen Sorgfalt arbeiten können und dadurch wieder die Schraubendreher in ihrer Arbeitsleistung ungünstig beeinflußt werden. Die Versammlung setzte eine Kommission ein, welche in Verbindung mit den Branchenvertretungen der Schraubendreher und der Werkzeugmacher Vorschläge für die Verbesserung der Lohn- und Arbeitsverhältnisse ausarbeiten und der nächsten Versammlung zur Beschlußfassung unterbreiten soll.

Die Arbeiter der Wagen- und Karosseriebetriebe befinden sich im Streik. Wir haben mehrfach über die Bewegung derselben berichtet. Da ein ausreichendes Entgegenkommen durch die Unternehmer nicht zu erzielen war, beschäftigten sich eine Reihe von Betriebsversammlungen mit der dadurch geschaffenen Situation. Die Beschlüsse dieser Versammlungen führten zur Niederlegung der Arbeit. Stellmacher, Schmiede und sonstige in der Wagenfabrikation tätige Arbeiter seien davor gewarnt, in den Berliner Betrieben Arbeit anzunehmen.

Die Tarifbewegung der Fleischergesellen Neuköllns scheint jetzt auch die Polizei zu interessieren. Vor den Läden der Fleischermeister Köpke, Hermannstr. 159, und Kaplick, Emserstr. 54, die sich noch immer weigern den Tarif anzuerkennen, hatten sich am Sonnabend mehrere Passanten angesammelt. Durch das bekannte Eingreifen der Polizei wurde die Ansammlung immer größer. Obgleich nicht die geringsten Ursachen vorhanden, wurden mehrere Personen verhaftet.

Der Fleischermeister Gleich, Emserstr. 40, Krause, Nogatstraße 23, Kauer, Nogatstr. 31, Stock, Emserstr. 111, und Bartsch, Knesebeckstr. 41, haben den Tarifvertrag anerkannt. Letzterer legt Wert darauf, mitzuteilen, daß er nicht erklärt habe, er lasse sich weder vom Verband noch von der Kundschaft Vorschriften über die Arbeitszeit machen.

Achtung, Tapezierer! Wegen Tarifbruchs gesperrt sind die Werkstätten Bachernik, Meister Küster, Usedomstr. 21, und Swaboda, Kopenhagener Straße 16, für Polsterer und Dekorateure. Die Schlichtungskommission.

Deutsches Reich.

Lohnbewegung der Metallarbeiter in Hannover.

Die Metallarbeiter Hannovers stehen seit der Woche nach Ostern in einem Kampfe für die Verkürzung der Arbeitszeit. Alle Versuche des Metallarbeiterverbandes, eine friedliche Verständigung herbeizuführen, schlugen fehl. Seit Juli 1911 gehen die Bemühungen, um eine Verhandlung mit den Unternehmern zu ermöglichen, bis die Metallarbeiter endlich die Antwort erhielten, daß die Festsetzung der Arbeitszeiten den einzelnen Werken vorbehalten bleiben müsse und der Unternehmerverband darüber nicht in Verhandlung mit dem Metallarbeiterverband eintreten könne.

Die Metallarbeiter sind nun gezwungen, ihre Wünsche auf Verkürzung der Arbeitszeit in den einzelnen Betrieben vorzutragen und durchzuführen. Es wurden folgende Forderungen gestellt:

1. Die Arbeitszeit von 59 auf 54 Stunden (täglich 9 Stunden) zu verkürzen.
2. Für alle im Lohn beschäftigten Arbeiter wird als Ausgleich verlangt eine Lohnerhöhung von 5 Pf. pro Stunde. Wo die 5 Pf. als Ausgleich nicht ausreichen, ist der Stundenlohn um soviel zu erhöhen, daß der frühere Wochenverdienst in 54 Stunden erreicht wird.

Daß die Forderungen für die Metallarbeiter Hannovers berechtigt sind, ergibt sich daraus, daß fast alle größeren Städte Deutschlands eine geringere Arbeitszeit aufweisen, und daß vor einigen Wochen in der „Westinghouse Bremsenfabrik" in Hannover die neunstündige Arbeitszeit pro Tag eingeführt werden konnte, nachdem die Verständigung mit der Firma erfolgt war. Allerdings gehört die Firma nicht der Kampfesorganisation der Industriellen in Hannover an. Ebenso konnte die Bewegung in der Maschinenfabrik von Max Müller in Hannover-Hainholz erledigt werden. Die Firma lehnte zuerst jedes Zugeständnis an ihre Arbeiter ab. Erst als die Arbeiter die Arbeit einstellten, gelang es, die Firma zu bewegen, eine wöchentliche Arbeitszeit von 56 Stunden und eine Lohnerhöhung von 3 Pf. pro Stunde zu erringen.

Diese Verständigung zwischen der Firma Max Müller und ihren Arbeitern wurde möglich, weil der Verein der Metallindustriellen in Hannover noch nicht seine Anweisungen in Details geben konnte. Erst später trat der Ausschuß des Metallindustriellenvereins zu einer Sitzung zusammen und gab die Parole heraus, daß keine Firma weniger als 57 Stunden Arbeitszeit pro Woche und nicht mehr als 3½ Proz. Lohnerhöhung geben dürfe. Die Parole der Ausschußsitzung wurde von der Mitgliederversammlung des Metallindustriellenvereins bestätigt und wirkte nun störend bei den inzwischen notwendig gewordenen Verhandlungen bei den anderen Firmen, die deswegen jedes weitere Zugeständnis an ihre Arbeiter ablehnten.

Infolge der Beschlüsse des Unternehmerverbandes lehnte die Direktion der Zentralheizungswerke in Hannover-Hainholz ab, irgendwelche Verkürzung der Arbeitszeit eintreten zu lassen; sie zwang dadurch die Arbeiter, die Arbeit niederzulegen. Nachdem die Arbeit eingestellt war, sagte die Direktion zu, die Arbeitszeit pro Woche auf 57 Stunden zu reduzieren und den Zeitlohn um 3½ Proz. zu erhöhen. Die Geldschrankfabrik Bode lehnte jede Verkürzung der Arbeitszeit und jede Lohnerhöhung ab, weil in dem Betriebe 57 Stunden pro Woche gearbeitet wird. Die Arbeiter legten deswegen die Arbeit nieder. In den Lindener Eisen- und Stahlwerken in Linden bei Hannover wurde von der Direktion ebenfalls zuerst jede Verkürzung der Arbeitszeit abgelehnt. In den weiteren Verhandlungen, die der Arbeiterausschuß herbeiführte, gestand dann die Direktion dasselbe zu, was der Metallindustriellenverein festgelegt hatte. Dasselbe Zugeständnis wurde auch den Arbeitern in der Eisenkonstruktionswerkstatt von Dietrich gemacht.

Alle in Frage kommenden Arbeiter waren mit den gemachten Zugeständnissen nicht zufrieden und erklärten ihren Firmen, sich zufriedengeben zu wollen, wenn die Arbeitszeit pro Tag um eine halbe Stunde verkürzt und die Stundenlöhne um 3 Pfennig erhöht werden würden. Die Firmen lehnten die Forderungen rundweg ab und verlangten die Annahme ihres gemachten Vorschlags. Aus dem Grunde legten die Arbeiter der Lindener Eisen- und Stahlwerke am 19. April die Arbeit nieder, und wenn die Verhandlungen in der Eisenkonstruktionswerkstatt von Dietrich keine weiteren Zugeständnisse ergeben, wird auch dort die Arbeitseinstellung erfolgen.

Wenn die Unternehmer nicht zu einer verständigen Behandlung der Arbeiterwünsche kommen, dann steht zu befürchten, daß in allernächster Zeit in anderen Betrieben ebenfalls die Arbeit zum Stillstand kommt, denn es ist den Metallarbeitern in Hannover sehr ernst damit, endlich die zeitgemäße kürzere Arbeitszeit zu erhalten und die Belegschaft aller Betriebe drängt darauf, vorgehen zu wollen. Gegenwärtig stehen zirka 650 Personen im Streik. Voraussichtlich wird der Verein der Metallindustriellen in Hannover die Aussperrung der anderen Arbeiter beschließen, um den Arbeitern seinen Willen aufzuzwingen.

Die Haltung der Unternehmer erweckt den Eindruck, als ob sie eine Verständigung nicht zulassen wollen. Das Verlangen der Unternehmer, daß die Arbeitszeit an 5 Tagen der Woche unverändert bleiben soll, verhindert jede Annäherung zur Verständigung. Nachdem die Arbeiter in den einzelnen Betrieben sich mit den Unternehmern verständigen wollten, veranlaßt der Verein, daß kein Unternehmer die Wünsche der Arbeiter erfüllen darf.

Die Vorschläge der Unternehmer sind für die Metallarbeiter in Hannover in der jetzigen Form nicht annehmbar, weil ihre Wünsche unberücksichtigt geblieben sind. Wenn die Unternehmer die Annahme ihrer Bedingungen von den Arbeitern mit der Aussperrung erzwingen wollen, — wie zu erwarten ist — dann werden etwa 10 000 Metallarbeiter ausgesperrt werden. Das wäre eine frivole Machtprobe der Unternehmer, wenn sie ausgeübt würde. Der Friede ist erreichbar, wenn die Unternehmer die zehnstündige tägliche Arbeitszeit auf 9½ Stunden verkürzen und die Stundenlöhne um 3 Pf. erhöhen.

Für Baggermeister, Lokomotivführer, Maschinisten, Kranführer, Handwerker, wie Schmiede, Schlosser, Dreher, Kesselschmiede usw., sind sämtliche Baustellen des Kaiser-Wilhelm-Kanals wegen Lohndifferenzen gesperrt. Nähere Auskunft wird erteilt: Kiel, Ringstr. 98, 2. Etage. — Alle arbeiterfreundlichen Blätter werden um Abdruck gebeten.

Achtung Textilarbeiter und Textilarbeiterinnen! In Neumünster ist in der Tuchindustrie bei der Firma Gebr. Hans Brachenfeld seit einer Woche ein Streik im Gange. Hierauf haben die übrigen Unternehmer die organisierten Arbeiter und Arbeiterinnen ausgesperrt. Wir ersuchen unsere Berufskollegen und -Kolleginnen, auf jeden Fall Neumünster bis auf weiteres zu meiden. Die Gauleitung des Deutschen Textilarbeiterverbandes.

Ausland.

Generalversammlung des Schweizerischen Lithographen-Bundes.

Der Schweizerische Lithographenbund, in dem die Lithographen, Chemigraphen, Stein- und Lichtdrucker organisiert sind, hielt seine 23. Delegiertenversammlung in Herisau ab. Anwesend waren 24 Delegierte aus 12 Ortsmitgliedschaften, die Hauptvorstandsvertreter und einige Vertreter befreundeter Organisationen.

Aus dem Bericht des Vorstandes ist hervorzuheben, daß das abgelaufene Jahr für den Schweizerischen Lithographenbund ein außergewöhnliches war. Mit dem Abschluß eines Zentraltarifes für das ganze schweizerische Gebiet sind nunmehr die Lohn- und Arbeitsverhältnisse der Berufsangehörigen in der Lithographie, im Stein-, Licht-, Stahl- und Kupferdruck sowie in der Chemigraphie nicht nur in den größeren Städten, sondern auch für den entlegensten Ort und für das kleinste Geschäft geordnet, dank dem Entgegenkommen der Prinzipale. Die Verhältnisse sind jetzt mustergültig und in einer dem Frieden und damit dem ganzen Gewerbe dienlichen Weise streng verbindlich geregelt. Die Mitgliederzahl der Gehilfen ist von 717 auf 819 gestiegen und die der Lehrlinge von 67 auf 96, so daß im letzten Jahr ein Mehr von 131 zu verzeichnen ist; eine Zunahme, die in der Entwickelung des Schweizerischen Lithographenbundes bisher unerreicht dasteht. Wie die Mitgliederzahl, so ist auch das Vermögen ganz beträchtlich gestiegen, und zwar um 34 349,04 Frank, von 141 606,65 auf 176 005,58 Frank. Den Jahreseinnahmen von 77 412,80 Frank stehen 43 063,76 Frank. Gesamtausgabe gegenüber. Von den Ausgaben kommen u. a. auf Rechtsschutz 142,50 Frank, Streik- und Konfliktsunkosten 3118,35 Frank, Arbeitslosenunterstützung 5434,50 Frank, Reiseunterstützung 1399,75 Frank, Umzugsunterstützung 1870,80 Frank, Krankenunterstützung an Gehilfenmitgliedern 16 951,50 Frank und 1700 Frank auf Sterbegeld. Außerdem wurde in der Lehrlingsabteilung 265,50 Frank Krankengeld ausgezahlt und für außerordentliche Unterstützungen aus dem Hilfsfonds 307 Frank. Die Invalidenkasse hatte noch keine Ausgaben. So hat also der Schweizerische Lithographenbund neben seiner erfolgreichen gewerkschaftlichen Tätigkeit auch auf dem sozialen Gebiete der Unterstützung seiner Mitglieder außerordentlich segensreich gewirkt. Von der Delegiertenversammlung wurde der Jahresbericht und Jahresrechnung einstimmig gutgeheißen. Nach weiterer Diskussion über den Tarifabschluß und sonstige Verwaltungsangelegenheiten wurden dann eine Reihe Anträge zum Statut erledigt. Sodann beschäftigte sich die Generalversammlung mit einem Antrage, der dahin geht, der Verband möchte sich mit einem Betrag on 5—6000 Frank an der Errichtung einer Ferienhütte im Hochgebirge beteiligen. Damit will man den Mitgliedern Gelegenheit verschaffen, ihre Ferien billig, in reiner Gebirgsluft und unmittelbarer Nähe großer Gletscher verbringen zu können. Dieser Antrag wurde mit großer Mehrheit angenommen. Als Sitz des Verbandes wurde sodann wiederum Bern bestimmt; die nächste Delegiertenversammlung findet Ostern 1913 in Aarau statt.

Aus Industrie und Handel.

Agrarier und Kapital.

Zu unserer am 12. April unter der genannten Ueberschrift veröffentlichten Notiz sendet uns der „Verband der Güterinteressenten Deutschlands" folgende Mitteilung:

„Der Verband der Güterinteressenten Deutschlands verfolgt nach seinen Satzungen lediglich ideelle Zwecke. Mitteilungen, nach denen sich der Verband „Betriebskapital" verschaffen wolle, sind geeignet, in Verbindung mit der weiteren Mitteilung über die Errichtung einer Bank zugunsten des ländlichen Grundbesitzes, den Anschein zu erwecken, daß die Mittel des Verbandes selbst zu Kreditzwecken Verwendung finden sollen. Demgegenüber stellen wir fest, daß der Verband der Güterinteressenten in Ausübung seiner Tätigkeit Geld weder als Darlehen annehmen, noch solches weiter begeben darf. Er tritt der zu gründenden Bank nur als technischer Berater zur Seite, während die gesamte Finanzgebarung der Bank vorbehalten bleibt.

Für die von industriellen Gesellschaften und Firmen gezeichneten Mitgliederbeiträge werden Inserate in der — wie es seinerzeit in dem Ausschreiben an die Industriegesellschaften vermerkt — in 80 000 Exemplaren erscheinenden Verbandszeitschrift gewährt, deren Umfang sich nach der Höhe des Beitrages bemißt. Die Kosten der Zeitschrift trägt im übrigen der Verband selbst."

Eine Mitteilung, „daß sich der Verband „Betriebskapital" verschaffen wolle" usw., ist von uns überhaupt nicht gebracht worden. Die Herren vom Verband haben uns ein durch Schreibmaschine vervielfältigtes Formular zugesandt (nur die Adresse ist handschriftlich angefügt), dessen Inhalt auf die von anderen Blättern gebrachten Nachrichten passen mag, auf unsere Notiz jedenfalls nicht.

Ueber die „ideellen Zwecke" unterrichtet folgende „Deklaration zu § 1" der Verbandssatzungen:

„Unter der Pflege von Beziehungen zum Zwecke der Regulierung von Kreditverhältnissen ist in erster Linie zu verstehen die Tätigkeit, die der Verband entwickeln wird, um eine Bank zugunsten der ländlichen Grundbesitzer zu gründen, welche der finanzwirtschaftlichen Stärkung der Landwirte durch Gewährung eines ausgiebigen Kredites und Beschaffung sogenannter zweiter Hypotheken dienen soll. Diese Bank wird für den ländlichen Grundbesitz von außerordentlicher Bedeutung sein, weil sie die Verhälnisse des ländlichen Bodenkredites und die Bewertung des ländlichen Grundbesitzes wesentlich beeinflussen muß.

In die Satzungen (§ 1) kann diese Bestimmung nicht aufgenommen werden, weil der Verband dann nicht zur Eintragung kommen und die Rechtsfähigkeit erlangen kann. (§ 21 BGB.)"

Mehr oder weniger haben wir nicht behauptet und halten daher unsere damalige Notiz vollinhaltlich aufrecht.

Versammlungen.

Der Zentralverband der Maschinisten und Heizer sowie Berufsgenossen nahm in einer Versammlung, die am Sonntagnachmittag in den „Arminhallen" stattfand, Stellung zu der Feier des 1. Mai. In den einzelnen Bezirken ist die Frage, ob die Maschinisten, Heizer usw. am 1. Mai vormittags eine eigene Versammlung abhalten sollten, bereits besprochen worden. Schwittay stellte die Frage von neuem zu Diskussion und betonte, daß in jeder Werkstatt, wo eine Zweidrittelmajorität sich für die Arbeitsruhe am 1. Mai erklärt, natürlich auch die Maschinisten und Heizer die Pflicht haben, die Arbeit ruhen zu lassen. Die Abhaltung einer eigenen Versammlung am 1. Mai vormittags wurde gegen 2 Stimmen beschlossen. Es wird erwartet, daß auch die Berufsangehörigen aus den Vororten sich zu dieser Versammlung einfinden.

Einen beifällig aufgenommenen Vortrag über die Reichsversicherungsordnung hielt der Arbeitersekretär G. Link. Zwei weitere Vorträge über dasselbe Thema werden noch folgen. Der Vorsitzende ersuchte die Anwesenden, für einen besseren Besuch dieser Vorträge, die viel Aufklärung über die Versicherungsgesetze bieten, zu agitieren.

Letzte Nachrichten.

Das serbische Wahlergebnis.

Belgrad, 22. April. Nach den gestrigen Stichwahlen, in denen drei Regierungskandidaten, ein Jungradikaler, ein Nationalist und zwei Fortschrittler gewählt wurden, ist die Regierungspartei 83, die Opposition 82 Mandate stark. Eine Nachwahl ist noch erforderlich.

Straßenschlacht zwischen Dragonern und Polizisten.

Krakau, 22. April. (P. C.) In der Nacht zu heute ist es in der hiesigen Vorstadt Ludwinow zu einer förmlichen Schlacht zwischen Soldaten des 10. Dragonerregimentes und einer Polizeipatrouille gekommen, wobei ein Geheimpolizist und mehrere andere Personen schwer verwundet wurden. Gegen 10 Uhr abends machte eine Polizeipatrouille ihre Runde, als sie an der Ecke der Abrahamer Gasse von 12 Dragonern überfallen wurde. Durch den Lärm auf die Vorgänge aufmerksam gemacht, waren zahlreiche Bewohner der Nachbarstraßen herbeigeeilt, um der Polizei beizustehen. Nun wandten sich die rasenden Dragoner auch gegen die Zivilisten und hieben mit ihren schweren Reitersäbeln auf sie ein, so daß mehrere von ihnen zum Teil schwer verletzt wurden. Erst einer starken Abteilung Soldaten sowie einer Abteilung Polizisten gelang es nach schwerem Kampfe die Dragoner zu überwältigen und zu verhaften.

Ein Luftballon explodiert.

Magdeburg, 22. April. (H. B.) In der Nähe des anhaltischen Dorfes Drohndorf, Kreis Bernburg, explodierte ein Ballon in ungefähr 100 Meter Höhe. Kurz nach der Explosion sank der Ballon rapide. Bisher konnte man seinen Namen und seinen Aufstiegsort noch nicht feststellen, da die drei Insassen zunächst nicht vernehmungsfähig waren und in das Krankenhaus nach Gattersleben gebracht werden mußten. Das Unglück ereignete sich in den Nachmittagsstunden. Wie weiter mitgeteilt wird, sollen die drei Insassen schwer verletzt sein.

Fünfundzwanzig Fischer ertrunken.

Astrachan, 22. April. (W. T. B.) Während des letzten Sturmes sind sechs Fischerboote gekentert. Fünfundzwanzig Fischer sind umgekommen.

Verantw. Redakteur: Albert Wachs, Berlin. Inseratenteil verantw.: Th. Glocke, Berlin. Druck u. Verlag: Vorwärts Buchdr. u. Verlagsanstalt Paul Singer & Co., Berlin SW. Hierzu 3 Beilagen u. Unterhaltungsbl.

Die Wehrvorlage im Reichstage.

48. Sitzung. Montag, den 22. April 1912, nachmittags 2 Uhr.

Am Tische des Bundesrats: v. Bethmann Hollweg, Frhr. v. Heeringen, v. Tirpitz, Kühn, Lisco, Dr. Delbrück.

Reichskanzler Bethmann Hollweg:

Die Verbündeten Regierungen haben Ihnen Gesetzentwürfe vorgelegt, welche eine Stärkung unserer Wehrmittel zu Wasser und zu Lande bezwecken. Die Vorlagen bereiten zum Teil eine sofortige, zum Teil eine sich allmälig steigernde Vermehrung und Verbesserung unserer Kriegs- und Verteidigungsbereitschaft vor. Beide Vorlagen sind das Ergebnis eingehender Prüfungen und Arbeiten der zuständigen Ressorts. Ihr Schwerpunkt liegt in den organisatorischen Neuerungen, die sie bringen, deren Begründung im einzelnen den Chefs der beiden Ressorts vorbehalten bleibt. Ich selbst will mich auf einige allgemeine Gesichtspunkte beschränken. Zunächst möchte ich hervorheben, daß wir Ihnen die Gesetzentwürfe nicht vorgelegt haben im Hinblick auf eine unmittelbar drohende Gefahr. In der augenblicklichen europäischen Situation liegt

kein Grund für uns zur Beunruhigung.

Trotzdem würden wir gewissenlos handeln, wenn wir nicht unsere Rüstungen auf einem unseren Mitteln und unseren Kräften entsprechenden Stand erhalten und stets wieder auf ihn bringen wollten. Tun wir das nicht, dann sind alle unsere Aufwendungen für Wehrzwecke überhaupt am letzten Ende zwecklos. (Sehr richtig! rechts.) Daß dieser Gedanke immer mehr Gemeingut der Nation geworden ist, dafür zeugen die zahlreichen Stimmen, die aus dem Volke selbst gekommen sind — — (Schallende Heiterkeit bei den Sozialdemokraten. Lebhafte Zustimmung rechts), die sie fordern! Diese Stimmung beruht nicht auf kriegerischen Gelüsten oder auf dem Wunsche, andere zu bedrohen. Deutschland ist kriegsbereit, wenn ihm ein Krieg aufgezwungen werden sollte, Händel aber sucht es nicht. (Beifall.) Die Stimmung beruht vielmehr auf der durchaus berechtigten Auffassung, daß eine starke Rüstung für die Erfüllung aller unserer Zwecke und Ziele nötig ist. Wir brauchen eine starke Rüstung nicht nur zur Abwehr eines möglichen Angriffs auf uns, sondern zur Wahrung unserer Stellung im Frieden, zur Sicherung unserer Wohlfahrt zu jeder Zeit. (Sehr richtig!) Gerade diejenigen, die den Frieden wünschen, die für den Frieden arbeiten, die für den Frieden reden, können sich der Einsicht nicht verschließen, daß für Deutschland mit seiner kontinentalen Lage im Herzen Europas, mit seinen nach allen Seiten hin offenen Grenzen in einer starken Wehrmacht im besonderen Maße die sicherste Friedensbürgschaft liegt. Es geschieht ja viel, um Konfliktsmöglichkeiten zu verhindern, nicht bloß auf Friedenskongressen, sondern auch durch Abmachungen unter den Staaten und ähnliche Verabredungen. Dadurch werden die Kriegsmöglichkeiten verringert, aber ausgeschlossen werden sie nicht. Die Beziehungen der Nationen breiten sich immer weiter über den Erdball aus. Dadurch werden unzweifelhaft die friedlichen Berührungspunkte vermehrt; zugleich aber treten in dem Konkurrenzkampf der materiellen Interessen neue Konfliktsmöglichkeiten hervor.

Ich habe gesagt, zurzeit liegen Gründe zur Beunruhigung nicht vor. Um so mehr bedauere ich die **alarmierenden Gerüchte**, die bei uns und anderswo, vielleicht in mißverstandenem Patriotismus, in erregten Preßartikeln ausgestreut werden, um die nötigen Rüstungsmaßregeln angeblich zu fördern. Sie stören Handel und Wandel (Sehr richtig!) und stiften keinen Nutzen. (Sehr richtig!) Ich habe die Ueberzeugung, und alle Anzeichen sprechen dafür, **daß keine Regierung der Großmächte einen Krieg mit uns wünscht oder herbeizuführen sucht.** (Hört! hört! links.) Aber sehr häufig sind die Kriege nicht von den Regierungen geplant und herbeigeführt worden.

Die Völker sind vielfach durch lärmende und fanatisierte Minderheiten in Kriege hineingetrieben worden.

(Sehr richtig! links.) Diese Gefahr besteht noch heute und vielleicht heute in noch höherem Maße als früher (Hört! hört! rechts), nachdem die Oeffentlichkeit, die Volksstimmung, die Agitation an Gewicht und Bedeutung zugenommen haben. Wehe dem, dessen Rüstzeug dann lückenvoll wäre!

Wie sich die Zukunft entwickelt, wird niemand prophezeien wollen. Als wir 1910/11 das Quinquennat machten, hat niemand vorausgesehen, daß sich sofort an die Schlichtung öffentlich aufgetretener internationaler Differenzpunkte die Besorgnis vor akuten Verwickelungen und damit die Sorge heften würde, ob wir noch länger einen Teil unserer militärischen Kräfte unbenutzt lassen könnten. Aber nicht nur im Ausblick auf einen möglichen Krieg — sei es in naher oder ferner Zukunft — haben wir die Pflicht, stark, militärisch stark zu sein. Auch unser Ansehen und unsere Wohlfahrt im Frieden hängen davon ab. Nach unserer Wehrkraft bemißt man unseren Wert als Freunde und Bundesgenossen (Bravo! rechts), unsere Bedeutung als eventuelle Gegner, das Gewicht unseres Wortes in internationalen Fragen, die uns berühren, die Rücksichten, die andere auf unsere Interessen nehmen. Wir sehen, daß alle Völkerringsumuns nach denselben Grundsätzen verfahren. Wir werden darüber in der Kommission noch weitere Mitteilungen machen. Da können wir mit unserer exponierten geographischen Lage, auf die ich bereits hinwies, mit den steigenden Bedürfnissen eines wachsenden Volkes nicht zurückstehen. Sie werden, wie ich glaube, dem Lande einen Dienst erweisen, wenn Sie ihm das, was für seinen Schutz und seine Sicherheit notwendig ist, im Gefühl nicht erregter Befürchtungen, sondern ruhiger und ernster Entschließungen gewähren. (Beifall bei den bürgerlichen Parteien.)

Lassen Sie mich noch einige Worte über

die Deckungsfrage

sagen. Es ist gewiß keine leichte Aufgabe, schon sobald nach der Steuerreform von 1909 und den Lasten, die sie dem Volke auferlegt hat, mit neuen Steuerforderungen hervorzutreten. Niemand hat das klarer erkannt und hervorgehoben, als der verdienstvolle bisherige Leiter der Reichsfinanzen. (Stürmisches Gelächter links.) Ich weiß nicht, warum das Ihre Heiterkeit erregt! (Zuruf bei den Sozialdemokraten: Wo sitzt er denn? Große Heiterkeit.) Aber so wenig wir um der Hindernisse willen, die sich neuen Steuerforderungen entgegenstellen, Aufgaben unserer nationalen Wehrkraft ablehnen, oder gar aufschieben könnten, ebenso wenig dürfen wir von dem Grundsatze einer gesunden Finanzpolitik abweichen. (Lachen links.) Keine Armee kann ohne die Rückdeckung starker Finanzen agieren, aber eine starke Armee ist zugleich das sicherste Fundament guter Finanzen. Es wäre deshalb unverantwortlich, wollten wir den Grundsatz verlassen: Keine Ausgabe ohne Deckung, wollten wir zurückkehren zu dem System deckungsloser Ausgaben, das uns in vergangenen Jahrzehnten in so schwere Kalamitäten gebracht hat. Und ich bin überzeugt, daß auch der Reichstag die Schwere der Verantwortung fühlt, die ihm mit der Lösung der Deckungsvorlagen auferlegt ist (Sehr richtig! links), und daß er mit den verbündeten Regierungen einig in dem Willen ist, die Ausgaben für unumgängliche Rüstungszwecke nicht zum Ausgangspunkt eines neuen Leidensweges der Reichsfinanzen zu machen. Nun hat die öffentliche Kritik dem Finanzplan, der Ihnen in der Denkschrift des Reichsschatzamtes vorliegt, vielfach den Vorwurf mangelnder Solidität gemacht. Zu Unrecht, und ich hoffe, Sie werden sich dieser Auffassung anschließen, wenn Sie die Darlegungen, die Ihnen der Herr Reichsschatzsekretär machen wird, unvoreingenommen prüfen werden. (Zuruf bei den Sozialdemokraten: Warum denn nicht Wermuth?) Ich muß zugeben, alle Zukunftsschätzungen für eine längere Zeit sind mit einer gewissen Unsicherheit behaftet, müssen mit ihr behaftet sein, selbst wenn sie noch so sorgfältig aufgestellt werden.

Die Ausdehnung der Erbschaftssteuer, die von der Linken dieses hohen Hauses grundsätzlich gewünscht wird, hätte uns nach unseren Schätzungen einen Ertrag von etwa 60 Millionen geliefert, gegenüber einem Ertrage von 36 Millionen, den wir von der Aufhebung des Branntweinsteuerkontingents erwarten. Kann man nun wirklich behaupten, daß eine Differenz von 25 bis 30 Millionen bei einem Milliardenetat unsere Vorschläge von vornherein zu unsoliden Vorschlägen stempeln muß? Wer den Erörterungen der Oeffentlichkeit in den letzten Tagen gefolgt ist und aufrichtig sein will, der muß zugeben, daß die Kritik an unseren Finanzplänen nicht lediglich auf finanziellen Erwägungen beruhte. (Lebhafte Zustimmung rechts und im Zentrum.) Ein lautes Wort sprach dabei das Mißbehagen darüber mit, daß wir die Erbschaftssteuer nicht eingebracht haben. (Sehr richtig! rechts und im Zentrum.) Hätten wir das getan, dann wären die Berechnungen der Ueberschüsse, die Hoffnungen der zukünftigen Einnahmen richtiger und gerechter beurteilt worden, und wir würden nicht den zehnten Teil der Vorwürfe zu hören bekommen haben, die jetzt gegen unsere angeblich unsolide Finanzwirtschaft erhoben worden sind. (Sehr richtig! rechts und im Zentrum.) Wir haben darauf verzichtet, Ihnen die Ausdehnung der Erbschaftssteuer vorzuschlagen, weil wir der Ueberzeugung sind, daß wir mit den Erträgen, die uns die Aufhebung des Kontingents bringen wird, auskommen (lautes Lachen links), und weil weiter die Erweiterung der Erbschaftssteuer zweifellos

die Kluft zwischen den bürgerlichen Parteien vergrößert

hätte. (Erneutes Lachen links.)

Nun ist mir allerdings in der linksliberalen Presse in der letzten Zeit tagtäglich als unverzeihlicher Fehler vorgehalten worden, daß ich die zu positiver Mitarbeit uns weit entgegengestreckte Hand der sozialdemokratischen Fraktion zurückgewiesen hätte. (Lachen rechts.) Gibt uns diese Hand die Wehrvorlage? (Zurufe bei den Sozialdemokraten: Nein!) Ich habe aus Ihrer Presse bisher dasselbe herausgefunden. Wenn wir uns jetzt darauf verlassen hätten, daß die Vorliebe der Sozialdemokratie für Besitzsteuern sich stärker erweisen würde, als ihre Abneigung gegen eine Verstärkung von Heer und Flotte, dann wäre das ein Experiment gewesen, bei dem nur ein folgenschwerer Mißerfolg der Regierung herausgekommen wäre. (Sehr richtig! rechts und im Zentrum.) Also nicht dem einen zuliebe und dem anderen zuleide haben die Verbündeten Regierungen von der Einbringung der Erbschaftssteuer abgesehen, sondern aus dem einfachen Grunde, weil sie, statt eine Majorität für den Entwurf sich zu sichern, lediglich der Verbitterung unter den Parteien Vorschub geleistet hätte und das obendrein im unmittelbaren Zusammenhang mit der Frage der Wehrhaftigkeit des Deutschen Reiches, die für eine größtmögliche Einmütigkeit der Volksvertretung wünschenswert ist. (Beifall rechts und im Zentrum.) Ich kann deshalb die Linke dieses hohen Hauses doch nur bitten, daß die vorgeschlagene Aufhebung der sogenannten Liebesgabe nicht darunter leiden möchte, daß die Erbschaftssteuer nicht auf das Tapet gebracht worden ist. (Lachen links, Zustimmung rechts.) Sie haben die Liebesgabe jahrzehntelang bekämpft. (Sehr richtig! rechts.) Sogar stärker als heute. (Sehr richtig! rechts und Heiterkeit.) Da meine ich, Sie sollten Ihren alten Grundsätzen treu bleiben (Sehr richtig! rechts, Heiterkeit.) und durch Zustimmung zu dieser Maßregel die Wehrvorlagen unterstützen, die, wie ich zuversichtlich hoffe, bei **allen bürgerlichen Parteien dieses hohen Hauses ein überzeugendes Entgegenkommen finden werden.** So sehr Ihnen auf der Linken es auch am Herzen liegen mag, den unseligen Streit für die Erbschaftssteuer jetzt zum Austrag zu bringen, so würden Sie doch auch kein wahres Interesse des Landes, weder nach innen, noch nach außen darin erblicken, daß die nationale Frage unserer Wehrkraft durch diesen Streit vergiftet wird.

Die Genehmigung der Vorlagen, die die Verbündeten Regierungen im Interesse der Wehrkraft des Deutschen Reiches für erforderlich halten, ist ein Erfordernis, das hoch über den Kämpfen der Parteien stehen sollte. Je mehr diese Kämpfe dabei ruhen, desto stärker kommt der nationale Wille zum wirkungsvollen Ausdruck. Durch die Stellung, die Sie zu den Vorlagen einnehmen, geben Sie, darum bitte ich, der Welt einen neuen Beweis für die einsichtige Opferwilligkeit und auch in Zukunft ungebrochene Vaterlandsliebe der Nation. (Bravo! rechts und im Zentrum.) Neue Macht und Stärke soll dem Deutschen Reiche aus dem Inhalt der Vorlagen erwachsen. Aber bevor sie noch zur Tatsache geworden sind, wird eine schnelle und möglichst einmütige Genehmigung dessen, was die Verbündeten Regierungen zum Schutze und zum Wohle des Vaterlandes für unumgänglich halten, zur Erhöhung des Ansehens und der Machtstellung der Nation dienen. (Lebhafter Beifall bei allen bürgerlichen Parteien.)

Preußischer Kriegsminister v. Heeringen: Die früheren Friedenspräsenzgesetze von 1899 ab erforderten einen allmählichen Ausbau des deutschen Heeres. Denselben Gesichtspunkt verfolgte auch noch das Gesetz vom 27. März 1911; es bewegte sich in den Bahnen, welche mein Amtsvorgänger schon 1909 in der Budgetkommission kennzeichnete: es sollten nur die allerschlimmsten Lücken in der Organisation während einer Reihe von Jahren geschlossen werden. Als die Heeresverwaltung dem Reichstage den Entwurf seinerzeit vorlegte, betonte ich, ein solches Gesetz sei ausreichend, solange keine akuten politischen Schwierigkeiten vorliegen. Nun aber kamen die Erfahrungen des Jahres 1911. Sie zeigten uns, daß die Anforderungen, die wir in dem Gesetz erhoben hatten, auf die Dauer nicht genügen würden. Es ist Pflicht der Heeresverwaltung, im einzelnen nachzuweisen, welche Verschiebung der militärischen Lage Deutschlands in der Entwickelung begriffen ist. Lassen Sie mich diesen Nachweis in der Budgetkommission führen, denn es scheint mir zweckmäßig zu sein, wenn solche Dinge nicht vor der ganzen Welt ausgekramt werden. Die Untersuchungen ergaben, daß eine Fortsetzung unserer Entwickelung im Sinne jenes Gesetzes nicht möglich sei, daß eine alsbaldige Verstärkung des Heeres und seiner Kriegsfertigkeit unbedingte Staatsnotwendigkeiten seien. Es handelt sich um keine unmäßige Verstärkung. In Deutschland muß nach wie vor die Ueberlegenheit der Armee in der Bewaffnung, in der Organisation und der Ausbildung, ferner in dem opferwilligen militärischen Geist seiner Soldaten, ja seines ganzen Volkes liegen. Die jetzigen Vorlagen werden dem deutschen Heere die ausreichende Verstärkung bringen, vor allen Dingen aber die Schlagfertigkeit innerlich noch mehr festigen.

Wenn für das Vaterland durch eine Verstärkung der Armee Lücken beseitigt werden sollen, so muß sie schnellstens erfolgen. **Der früheste Termin dafür ist der 1. Oktober 1912. Es wird** daher vorgeschlagen, die geplanten Maßnahmen, soweit irgendwie angängig, zu diesem Termin ins Leben zu rufen. Die Erfüllung des angestrebten Zweckes suchen die Gesetzentwürfe in zwei Hauptrichtungen: einmal in einer schnelleren Durchführung des Friedenspräsenzgesetzes, und zweitens in einer Ergänzung desselben, weil sonst eine Verstärkung der Mannschaften erst in zwei bis drei Jahren eintreten würde. Weiter verlangen sie die Schaffung von zwei Korps. Wir sind gezwungen, unsere mobilen Friedenstruppen von vornherein vollständig zu verwenden. Solche Verbände lassen sich vor dem Feinde nicht improvisieren, und wir müssen von den Korps schon in den ersten Schlachten große Leistungen verlangen. Deshalb können wir sie im Frieden nicht entbehren. Damit in Verbindung steht die Bildung einer weiteren, siebenten Armeeinspektion. Die Armeeinspektionen sichern uns die gleichmäßige Ausbildung unserer Korps, vor allen Dingen geben sie uns die Führung für die Armee, die wir schon im Frieden vorbereiten müssen für die Aufgaben, welche unmittelbar nach der Kriegserklärung an uns herantreten. In Sachsen ist das Bedürfnis, ein Infanterieregiment zu formieren, um die normale Zahl von Infanterieregimentern bei jedem Armeekorps zu erreichen. Bei den sogenannten kleinen Regimentern wurden von den noch fehlenden 32 Bataillonen nur 14 gefordert. Hand in Hand damit geht die Bitte um Erhöhung des Etats einer Anzahl von Infanteriebataillonen, die einer solchen Berücksichtigung überaus dringend bedürfen, und dann eine Anzahl Feldbatterien. Durch diese Maßnahmen würde nicht nur die Friedensausbildung dieser Truppen ganz besonders gefördert, sondern auch ihre alsbaldige Schlagfertigkeit im Mobilmachungsfalle verstärkt. Auch eine Vermehrung unseres ausgebildeten Beurlaubtenstandes ist angebahnt. Es ist möglich, die Maschinengewehrkompagnien zu vermehren, nachdem in anderen Ländern durch die Zuteilung dieser Waffe der Infanterie eine erhebliche Verstärkung ihrer Feuerkraft zuteil geworden ist, können wir sie ihr nicht länger vorenthalten. (Der Kriegminister zählt dann die einzelnen Neuforderungen auf.) Die Vorlage enthält 26 Scheinwerferzüge, nachdem dies Material völlig ausgebildet ist, ferner auch eine Fliegertruppe, um die überraschende Entwickelung dieser Erfindung auch für das Militär völlig ausnutzen zu können.

Die Neubildungen ermöglichen uns, den Militärpflichtigen in größerem Maße als bisher die Möglichkeit zu geben, den militärischen Dienst durchzumachen. Nachdem die Nachbarstaaten uns gerade in dieser Richtung in großem Umfange vorausgegangen sind, wäre es bedenklich, wenn wir die rasch wachsende Volkszahl Deutschlands noch weiterhin so wenig ausnutzen würden wie bisher. Schließlich ist die gewünschte Verbesserung der Löhnung der Gemeinen in Aussicht genommen. Noch wichtiger ist eine Vermehrung der Stellen der Generalstabsoffiziere und Hauptleute. Unser Gesichtspunkt war dabei die Sicherung der Stellenbesetzung im Kriegsfalle.

Die Erweiterung und Vertiefung unserer Friedensausbildung hat die militärische Arbeit auf allen Gebieten gesteigert. Infolge der rastlosen Hingabe des Offizierkorps, und in besonderem Umfange der unteren Offiziergrade sind die Folgen: Ueberanstrengung, Nervosität — nicht ausgeblieben. Namentlich gilt das von der Infanterie. Wir haben die Uebungen des Beurlaubtenstandes vermehren müssen, und wir können auf diesem Wege auch nicht stillstehen, wenn wir auf diesem Gebiete auch nicht so weit gehen werden wie unser westlicher Nachbar. Wir müssen also auf dem Wege einer Vermehrung des Personals fortschreiten. Das ist auch notwendig im Sinne der unbedingt erforderlichen Verjüngung des Offizierkorps. Die Zahl unserer Leutnants können wir nicht verringern. Ihr Bestand deckt jetzt schon knapp den Friedensbedarf. Eine Erhöhung der Zahl der Pensionierten ist ausgeschlossen. Der einzige beschreitbare Weg ist der einer mäßigen Vermehrung der Stellen vom Hauptmann aufwärts. In dieser Hinsicht konnten wir gegen andere Armeen nicht zurückbleiben. —

Bei der Beratung der letzten Militärvorlage ist im Reichstag mehrfach gesagt worden, man habe das Vertrauen zur Heeresverwaltung, daß sie mehr gefordert hätte, wenn mehr nötig gewesen wäre. Wir erwidern jetzt dieses Vertrauen (Heiterkeit), indem wir diese notwendigen Forderungen stellen. Und wir haben das unbedingte Vertrauen zum Reichstag, daß er an einer Frage, an der unter Umständen die Existenz Deutschlands hängt (Oho! links), ohne Unterschied der Parteien nicht versagen wird. (Beifall rechts.)

Staatssekretär des Reichsmarineamts v. Tirpitz: Die neuen Marineforderungen bezwecken in keiner Weise eine Abänderung der Flottenpolitik, wie sie durch das Flottengesetz festgelegt. Sie sollen nur einige Mißstände beseitigen. Der eine besteht in der Entlassung der Reservisten im Herbst, wodurch fast ein Drittel ausgebildeter Leute durch Rekruten ersetzt und die Schlagfertigkeit der Flotte plötzlich und auf längere Zeit herabgesetzt wird. Dieser Mißstand ist seit Jahren in der Budgetkommission zur Sprache gekommen. Seine Beseitigung oder Milderung war nicht möglich vor einer erheblichen Verstärkung der aktiven Streitkräfte. Solange die Flotte klein war, war auch die Beseitigung dieses Mißstandes nicht so dringend. Aber bei der Bedeutung, die unsere Flotte inzwischen gewonnen hat, ist seine Beseitigung geboten. Dazu kommt, daß jede Nation heutzutage mit der Möglichkeit eines plötzlichen Kriegsausbruchs rechnen muß. Ich erinnere an Port Arthur. Darin liegt die zwingende Notwendigkeit, für die sofortige Verwendbarkeit eines erheblichen Teils der Flotte zu sorgen. (Sehr richtig! rechts.) Um dies Ziel zu erreichen, mußten, zumal auch das Heer verstärkt werden mußte, Konzessionen auf anderem Gebiet, z. B. durch Verzicht auf die Materialreserve, gemacht werden, für die ich natürlich die militärische Verantwortung übernehme. Die Kosten der Vorlage sollen auf eine Reihe von Jahren verteilt werden. Sie **sind verhältnismäßig nicht groß.** (Zuruf links: „Na, es geht!“) Sie sind in dem Vergleich zu dem Zweck in den engsten Grenzen gehalten. Der Marineetat wird bis zum Jahre 1917 sich nicht wesentlich steigern. Es ist auch die Beschaffung von Luftschiffen vorgesehen und die Heranziehung von Flugzeugen. Die Vorlage bezweckt lediglich die Abhilfe von Mißständen in unserer maritimen Rüstung. Die Kosten sind im Vergleich mit früheren Vorlagen nur gering, der militärische Effekt aber sehr groß. Ich gebe mich der Hoffnung hin, daß der patriotische Sinn des hohen Hauses der Marinevorlage die Zustimmung nicht versagen wird. (Beifall rechts.)

Staatssekretär des Reichsschatzamts Kühn: Aus breiten Volksgruppen heraus ist die Mahnung an die Regierung ergangen, sie solle ohne jede Rücksicht für eine erhebliche Verstärkung unserer Streitkräfte sorgen. Der patriotische Bürger kann das fordern. Der verantwortliche Finanzminister nicht. Er darf die Grundsätze der Wirtschaftlichkeit nicht außer acht lassen. Seit 1909 hat man fest und zielbewußt einen Weg betreten, der uns aus der Finanzmisere herausbringen sollte. Diesen Weg dürfen wir nicht verlassen. (Lachen links.) Man kann einmal schneller, einmal langsamer gehen, aber einen Schritt zurück dürfen wir nicht wieder gehen. Die Schuldenlasten des Reichs dürfen nicht vergrößert werden, neue Anleihen dürfen nur werbenden Anlagen dienen. Neue große

finanzielle Anforderungen dürfen nicht bewilligt werden, ohne daß Deckung geschaffen wird. Dabei muß vorsichtig vorgegangen werden. Wenn man jahrzehntelang hier an Steuervorlagen gearbeitet hat, wie ich, wird man schließlich etwas steuerscheu. (Heiterkeit links.) Die Gegnerschaft, die zunächst gegen alle Steuern vorhanden ist, vermindert sich erst, wenn sie eine Weile bestanden haben. Unter solchen Umständen erweist sich die möglichste Schonung des Steuerzahlers als Staatsnotwendigkeit. Besonders müssen Massenverbrauchsartikel von der Steuer frei bleiben, wenn das aber nicht angängig ist, so müssen dabei neue Bahnen beschritten werden. Gegenüber der theoretischen Berechtigung der Staatsmonopole wird man aber die praktischen Schwierigkeiten dieser Art der Beschaffung von Mitteln nicht verkennen. Die Wehrsteuer kann als selbständige Steuer nichts bringen. Bleibt die Erbschaftssteuer. Sie spielt im heutigen Parteileben eine eigenartige Rolle, ja sie ist geradezu zum

Schibboleth der politischen Parteien

geworden, und Parteien, die sonst nicht bewilligungsfreudig sind, verlangen geradezu diese Steuer. Demgegenüber muß ich doch sagen: die Erbschaftssteuer ist ebenso drückend wie alle anderen Steuern, sie muß aber für Deutschland auch wie für alle anderen Staaten eines Tages kommen. (Zuruf links: Es ist ja eine große Mehrheit dafür vorhanden!) Es ist in einem Teile der Presse zu lesen, daß der bisherige Staatssekretär ein warmer Freund der Erbschaftssteuer gewesen sei und sein Nachfolger deshalb notwendig ein Gegner dieser Steuer sein müsse. In einer Frage von so einschneidender Bedeutung ist ein Personenwechsel natürlich ohne Einfluß. Unter drei Staatssekretären habe ich an der Ausdehnung der Erbschaftssteuer gearbeitet. Der erste Entwurf dieser Art, der allerdings nie das Licht der Reichswelt erblickt hat, rührte von meiner Hand her. (Zurufe.) Da kann ich doch kein grundsätzlicher Gegner der Erbschaftssteuer sein. Die Verbündeten Regierungen haben auch zweimal Entwürfe dieser Art der Oeffentlichkeit unterbreitet. Wie könnten sie da grundsätzliche Gegner der Erbschaftssteuer sein! Im gegenwärtigen Moment können wir aber einen solchen Vorschlag nicht machen, einmal, weil wir in letzter Lesung die Steuer nicht bewilligt bekommen würden, dann aber auch, weil eine so große, das ganze Volk erregende Maßnahme nur getroffen werden darf, wenn wir einer großen Aufgabe gegenüberstehen, die ohne den Ertrag der Steuer nicht verwirklicht werden kann. (Zuruf.) Augenblicklich brauchen wir aber nur eine mäßige Deckung. Diese aber muß uns bewilligt werden, und tunlichst einmütig bewilligt werden, damit wir nicht wiederum dem spottenden Ausland das Bild der Zerrissenheit und Zerfahrenheit bieten. Bei dieser Beschränktheit der Steuerquellen kamen die Verbündeten Regierungen auf die

Beseitigung der sogenannten Liebesgabe.

Es ist eigentlich keine neue Steuer, sondern die Beseitigung einer bisherigen Leistung der Regierung, die heute nicht mehr die Bedeutung hat wie früher. Redner geht auf die Einzelheiten dieser Vorlage ein. Man hat gesagt, die Last der Aufhebung der Liebesgabe würde wieder der Konsument tragen, der Konsum würde also zurückgehen. Ich stehe diesem Einwand sehr kühl gegenüber. (Zuruf aus dem Zentrum: Kühn!) Herr Abgeordneter, ich trage meinen Namen nun seit 50 Jahren und alle Variationen meines Namens dieser Art sind mir bekannt. (Heiterkeit.) Ich stehe diesem Einwand deshalb so kühl gegenüber, weil ich in der Abnahme des Branntweinverbrauchs so große Vorteile für die Volkskraft und Volksgesundheit, einen so hohen Gewinn an ethischen Werten erblicke (Lebhaftes Bravo! rechts. Heiterkeit links.), daß alle materiellen Schädigungen dahinter zurücktreten. Aber einstweilen ist diese Hoffnung resp. Befürchtung des Rückganges des Branntweinverbrauchs noch unbegründet.

Gegen unsere Absicht, den Ueberschuß von 1911 nicht ganz zu Tilgungszwecken zu verwenden ist von sachkundiger Seite in einem Artikel der „Deutschen Revue" neuerdings Stellung genommen worden. Es liegt mir fern, gegen den Verfasser dieses Artikels zu polemisieren, nicht bloß wegen des Treuverhältnisses, in dem ich lange Jahre zu ihm gestanden habe, sondern auch, weil ich mich letzten Endes mit ihm in jeder Beziehung eins weiß. Ich bin ihm dankbar, daß er noch in letzter Stunde so beherzigenswerte goldene Worte in die Welt gesetzt hat. (Lachen links. Zuruf: Wahrhaft rührend.) Der Standpunkt, der in diesem Aufsatz eingenommen ist, findet auch die Billigung der Verbündeten Regierungen. Es besteht nur ein Unterschied, der wirklich nicht sehr erheblicher Natur ist und dahin geht, daß die Verbündeten Regierungen glauben, von dem Ueberschuß von 1911 einen etwas größeren Teil für andere Zwecke verwenden zu können. Im übrigen kann ich nicht dringend genug davor warnen, aus der Vorlage den Schluß zu ziehen, daß unsere Finanzlage eine glänzende wäre. Treten neue große Ausgaben an uns heran, und treffen die Voraussetzungen in bezug auf die zukünftige Gestaltung der Einnahmen nicht ein, so werden neue Steuern angefordert werden müssen. Wenn Sie mich nun fragen, weshalb sich die Finanzverwaltung mit einer so kargen Deckung von 30—40 Millionen begnügt, so möchte ich nochmals bemerken: Wir lehnen den Vorwurf ab, daß wir die Finanzlage zu rosig oder zu dunkel sehen. Wir hoffen, daß wir in der vorgeschlagenen Weise, allerdings auch nur in der vorgeschlagenen Weise die Mittel gewinnen, um die für den Bestand und die Ehre des Reiches erforderlichen Ausgaben zu bestreiten. Wir wissen, daß wir mit unserer finanziellen Forderung bis an die äußerste Grenze herabgegangen sind. Wir haben das aber mit vollem Bewußtsein getan, weil wir die Steuerkraft des Volkes schonen wollen, nicht bloß, wie einige der Herren zu meinen scheinen, in bezug auf die Erbschaftssteuer, sondern auch in bezug auf die Steuern schlechtweg. Wir halten diese Schonung für notwendig aus finanzwirtschaftlichen und politischen Gründen. Es muß eine Reserve da sein für die Stunde der Not. Eine Nation, die wie die unsere unausgesetzt für die Abwehr eines Angriffskrieges gerüstet zu sein hat, die muß ihr Pulver trocken und ihre Einnahmequellen flüssig haben. (Bravo! rechts.)

Abg. **Haase** (Soz.):

Als am 27. März 1911 das Gesetz über die Friedenspräsenzstärke des deutschen Heeres verabschiedet wurde, da hat wohl keiner der Abgeordneten geglaubt, daß schon nach einem Jahre die Regierung mit neuen Militärforderungen an den Reichstag herantreten würde. Der Reichskanzler hat heute erklärt, daß auch die Regierung selbst das nicht voraus gesehen habe. Heute aber wird das Gesetz, das wir für fünf Jahre beschlossen haben, wieder durchbrochen in einer bis dahin unerhörten Weise. Man fragt sich, was das Quinquennat überhaupt für einen Sinn hat. Die Regierung bindet den Reichstag für fünf Jahre. Der Reichstag gibt dabei das wichtige Budgetrecht preis, die Regierung behält dagegen freie Hand. Das Volk muß deshalb auch jetzt wieder darauf gefaßt sein, daß, wenn der Reichstag der gegenwärtigen Vorlage zustimmt, keinesfalls bis zum Jahre 1917 damit alle weiteren Forderungen abgeschnitten sind. Man wird gerade nach den heute gehörten Ausführungen vom Regierungstisch damit rechnen können, daß

sehr bald wieder neue Heeresforderungen

kommen werden. (Sehr wahr! links.) Sie sind schon angekündigt worden in der Presse und haben ein Echo gefunden in den Ausführungen der Minister. Es klingt ja wie ein Hohn, wenn versichert wird, daß das Quinquennat eine Stetigkeit in der Organisation unseres Heeres gewährleistet und daß damit für längere Zeit eine Beruhigung geschaffen wird. Kann es eine stärkere Beunruhigung geben, als wenn die Regierung heute alles über den Haufen wirft, was sie selbst noch im vorigen Jahre mit Nachdruck vertreten hat? (Sehr richtig! links.) Damals sagte der Kriegsminister, es wäre vollständig genügend, wenn 11 000 Mann bewilligt würden. Jetzt heißt es, die Existenz Deutschlands wäre gefährdet, wenn nicht 29 000 Mann bewilligt werden. Wem soll denn der Reichstag und das deutsche Volk nun Vertrauen schenken, dem Heeringen von 1911 oder dem von 1912? (Rufe bei den Sozialdemokraten: Keinem!) Der Kriegsminister wird sich nicht wundern können, wenn aus seiner Haltung der Schluß gezogen wird, daß die militärischen Sachverständigenurteile einen Wert nicht beanspruchen können. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Es wird behauptet im Lande, daß sich die auswärtige politische Lage in unvorhergesehener Weise geändert habe und daß die Heeresvorlage durch diese Aenderung herbeigeführt sei. Diese Behauptung hat heute klipp und klar

der Reichskanzler selbst widerlegt.

Er hat gesagt, es liege kein Grund zur Beunruhigung in der äußeren politischen Lage vor, es gebe keine unmittelbar drohende Gefahr. Nicht ganz so klang es aus dem Munde des Kriegsministers. Er wollte mit der bekannten Geheimniskrämerei andeuten, daß da irgendwo eine Gefahr bestehe, und er versprach, in der Kommission nähere Aufklärung zu geben. Wir sind deshalb heute genau so klug, als wir es nach dem Studium der Vorlage und ihrer Begründung waren. In den der Regierung nahestehenden Zeitungen war zu lesen, daß Frankreich einen gewaltigen militärischen Machtzuwachs durch sein neues Cadregesetz bekomme. Diese Behauptung kann auf uns keinen Eindruck machen. In Wirklichkeit ist die Präsenzstärke des französischen Heeres kaum vermehrt worden und es hat nur eine Verschiebung innerhalb der Heeresorganisation stattgefunden. Auch mit dem Hinweis auf die

schwarze Armee Frankreichs

will man das Volk gruselig machen. Auch die französischen Chauvinisten brüsten sich damit, daß Frankreich aus seinen Kolonien viele Soldaten herausholen könne. Es liegt aber klar auf der Hand, daß Frankreich noch für lange Zeit gerade zum Schutze seiner eigenen Kolonien sein Land von Truppen entblößen muß. Die Besetzung Marokkos wird Frankreich noch lange Zeit in Anspruch nehmen, so daß nicht daran zu denken ist, daß irgendwie von daher uns eine unmittelbare Gefahr droht. Tatsächlich ist auch Frankreich an der Grenze seiner militärischen Leistungsfähigkeit angelangt, und ein Vergleich zeigt die gewaltige Ueberlegenheit Deutschlands in der Geburtenziffer vor Frankreich. In Deutschland haben wir ein großes Reservoir, aus dem wir, wenn wir wirklich angegriffen werden und uns verteidigen müssen, diejenigen Truppen stellen können, die wir nötig haben zur Abwehr und zur Verteidigung. Wenn in Frankreich dieser und jener Bramarbas mit dem Säbel rasselt und hochtrabende Phrasen in die Welt schleudert, so glaubt doch kein Mensch, daß das französische Volk zu einem Angriffskrieg gegen Deutschland übergehen kann. Das ist auch in einem Artikel der „Kreuzzeitung" ausgeführt worden. Wir fragen deshalb immer wieder: Was hat die Regierung dazu getrieben, jetzt, nachdem kaum das Gesetz vom 27. März 1911 in das Reichsgesetzblatt aufgenommen ist, mit einer neuen, so weit gehenden Vorlage zu kommen. In der Begründung wird betont, daß das Gesetz schnell erledigt werden müsse. Jeder fragt, warum das nötig ist, und heute hat man auch vergeblich darauf gewartet, daß diesen

inhaltleeren nichtigen Worten

ein Inhalt gegeben werde. In der Begründung heißt es: die militärische Lage erfordert noch darüber hinaus eine Steigerung. Warum? fragt man, welche militärische Lage? worin äußert sich die? Nichts von alledem haben wir heute erfahren. Redensarten über Redensarten haben wir nur gehört. (Sehr richtig! links.) Als ich heute den Reichskanzler hörte, mußte ich mir sagen, daß seine Rede **ein altes, sehr bekanntes Klischee** darstellt. Es war eine Rede, wie sie unsere Oberlehrer gewöhnlich bei der Sedanfeier halten. (Lebhaftes Sehr wahr! links.) Irgendetwas, was geeignet wäre, die konkret gestellten Forderungen konkret zu begründen, liegt nicht vor. So, wie diese Vorlage begründet ist, kann man jede Vorlage auch mit doppelten und dreifachen Forderungen begründen. Was in Wirklichkeit den Wahnwitz dieser Rüstungspolitik begründet, ist

die Weltmachtspolitik.

Es denkt keiner meiner Parteifreunde daran, das Reich wehrlos zu machen, aber wir sind allerdings entschlossen, mit aller Kraft entgegenzutreten jenen Eroberungsgelüsten, die sich innerhalb unseres Volkes bemerkbar machen. (Rufe rechts: Wo denn?) Lesen Sie doch die Ihnen nahestehende Presse. Dagegen halten wir es für selbstverständlich, unser Land, unsere Kultur zu verteidigen und zu schützen gegen etwaige räuberische Angriffe. Dieses Ziel zu erreichen, ist am geeignetsten,

ein demokratisches Volksheer, eine Miliz.

Dies läßt sich allerdings nicht so leicht zu Eroberungskriegen gebrauchen, wie das jetzige stehende Heer, das ja eine Institution ist zur Erhaltung der gegenwärtigen Wirtschaftsordnung. Durch ein Volksheer würden auch die militärischen Opfer für den einzelnen vermindert werden. Wir wenden uns selbstverständlich nicht gegen eine Ausbildung der Jugend zur Wehrfähigkeit, wir wehren uns nur dagegen, daß eine solche Jugendausbildung im Sinne des Hurrapatriotismus und des Chauvinismus erfolgt. Eine solche Miliz wäre nicht etwa eine sklavische Nachbildung der Schweizer Einrichtung. Auch diese Schweizer Miliztruppen haben aber noch bei den letzten Manövern die Bewunderung militärischer Sachverständiger aus den verschiedensten Ländern der Welt errungen, und wenn der deutsche Kaiser in diesem Jahre in der Schweiz die Truppen besichtigen wird, so ist es nicht ausgeschlossen, daß er auch von der Tüchtigkeit dieser Miliz ein ganz anderes Bild gewinnt, als er es jetzt wahrscheinlich hat.

Die Miliz ist auf dem Marsche.

Ein Staat nach dem anderen befreundet sich immer mehr und mehr mit dieser Einrichtung. Diejenigen, welche von der Miliz nichts wissen wollen, das sind die mächtigen Nutznießer der gegenwärtigen Wirtschaftsordnung, die das Heer am liebsten gegen den inneren Feind verwenden wollen. (Lebhafte Zustimmung bei den Sozialdemokraten.)

Das haben die Vorgänge der letzten Zeit bewiesen. Sie wissen, daß nach Rheinland-Westfalen aus Anlaß des Bergarbeiterstreiks Militär geschickt wurde, daß man nach Mansfeld, obwohl gar keine Unruhen vorgekommen waren, Maschinengewehre gesandt hat. Sie werden es begreifen, daß die sozialdemokratische Partei einem System, das so vorgeht, auch **nicht eine Spur von Sympathie entgegenbringen kann.** Die Arbeiter würden geradezu selbstmörderisch handeln, wenn sie zur Stärkung des Systems etwas beitragen würden. Es kann deshalb nach wie vor nur die Parole meiner Parteifreunde sein:

diesem System keinen Mann und keinen Groschen.

(Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Wir wissen, daß die Miliz nicht von heute auf morgen durchgeführt wird, und wir stellen deshalb Forderungen, daß innerhalb der bestehenden Heeresverfassung Erleichterungen für die Soldaten durchgeführt werden. **Wir fordern die Herabsetzung der Dienstzeit für Kavallerie und reitende Artillerie.** Wir stimmen dabei überein mit militärischen Sachverständigen, die längst zu dem Resultat gekommen sind, daß eine Verkürzung dieser Dienstzeit sehr wohl möglich ist. Daß sich die Herren von der Regierung gegen eine solche Forderung sträuben, glaube ich; aber als es sich darum handelte, für die Infanterie die Dienstzeit auf 2 Jahre herabzusetzen, haben wir von der Regierung dieselben Gegengründe gehört (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten) und es hat sich herausgestellt, daß es doch sehr wohl möglich gewesen ist, die kürzere Dienstzeit durchzuführen. — **Wir verlangen weiter, daß das Vorrecht der Einjährig-Freiwilligen** beseitigt wird, daß alle Soldaten in dieser Beziehung gleichgestellt sind. Wir können nicht zugeben, daß die Intelligenz der Einjährig-Freiwilligen, namentliche ihre Fähigkeit in militärischer Hinsicht von Natur aus und infolge ihrer Ausbildung auf Gymnasiasten usw., derartig ist, daß sie die Fähigkeiten der gemeinen Soldaten überragt, und ein solches Privileg aus sachlichen Gründen irgendwie berechtigt ist. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.)

Nun werden von uns außerdem noch

Bewilligungen für die Flotte

verlangt. Seit Deutschland den Dreizack in die Hand genommen und überall, wo ein Platz an der Sonne zu erobern ist, dabei sein will, hat sich der Imperialismus mächtig entwickelt. Wir verstehen es sehr wohl, daß immer mehr und mehr Reibungen zwischen den einzelnen Nationen entstehen. Das Finanzkapital sucht Anlage in fremden Ländern, das Industriekapital sucht Absatzgebiete, und wenn es nicht anders geht: mit Gewalt. Der italienisch-türkische Krieg ist dafür ein Musterbeispiel, und in China liegt das internationale Kapital beutegierig auf der Lauer, um, wenn die Gelegenheit günstig ist, wiederum Eroberungen zu machen. Die Aufrollung der Dardanellenfrage ruft allerdings Beklemmungen hervor. Aber es ist ein ungeeignetes Mittel, die Rüstungen zu steigern, um diesem Zustand der Spannung entgegen zu wirken. Im Gegenteil, **die fortgesetzten Rüstungen steigern die Gefahr des Weltbrandes.** (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Jede Rüstung eines Staates reizt den anderen Staat auch zur Rüstung. Unsere Vorlage gibt sicherlich das

Signal zu weiteren Rüstungen anderer Länder.

Wohin soll das führen? Das Ende kann nur sein: ein Ende mit Schrecken. Alles sollte deshalb versucht werden, um diesem Wahnwitz Halt zu gebieten. Die Konkurrenz auf dem Weltmarkt — darin stimme ich dem Reichskanzler zu — schafft allerdings Konfliktsmöglichkeiten. Aber deswegen ist ein Weltkrieg nicht unvermeidlich. So sicher es ist, daß der ewige Friede, an dem große Denker geglaubt haben, kommen wird, sobald die großkapitalistische Wirtschaftsordnung durch den Sozialismus abgelöst ist (Lachen rechts), so wäre es doch eine Illusion, zu glauben, daß in diesem Augenblick unter den kapitalistischen Staaten eine völlige Abrüstung herbeizuführen möglich wäre. Aber was sehr wohl durchführbar ist, ist **eine Minderung, eine Einschränkung der Rüstungen.** Unser Reich ist mächtig genug, daß es nicht als Zeichen der Schwäche ausgelegt werden kann, wenn unsere Regierung in dieser Beziehung den ersten Schritt tut. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.)

Wenn der Reichskanzler erklärt hat, das Ansehen des Reiches würde gesteigert, wenn sein Heer und seine Flotte größer würden, so erkläre ich demgegenüber, daß unser Ansehen durch friedliche Taten deutscher Kultur am meisten auch in den Augen der anderen Völker gehoben werden kann. (Lebhafte Zustimmung bei den Sozialdemokraten.) Es geht ja den Staatsmännern diese Erkenntnis auch von Zeit zu Zeit auf, daß der gegenwärtige Zustand auf die Dauer unhaltbar ist, daß ein Gesundungsprozeß eingeleitet werden muß. Noch vor kurzem hat der englische Schatzsekretär bei seiner Etatrede ausdrücklich hervorgehoben, daß diese Lasten für die Völker unerträglich werden. Lloyd George sagte: „Die ungeheueren Ausgaben für die Rüstungen beschränken den Staat in seiner Tätigkeit für dringende soziale Bedürfnisse. (Hört! hört! und Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Ganz bedeutende Werte, die für weit bessere Zwecke frei werden würden, werden diesen durch epileptische Anfälle von Militarismus entzogen, die von Zeit zu Zeit die zivilisierte Welt befallen." Solche epileptische Anfälle über uns heraufzubeschwören, scheint mir nicht Aufgabe unserer Regierung zu sein. Vielfach stellt man es so dar, als ob wir uns deswegen rüsten müßten, weil uns von England große Gefahr droht. Das Zentrum verweise ich demgegenüber auf einen Artikel der „Germania", der vor kurzem erschienen ist mit der Ueberschrift „Englands Schwäche". Ich verweise ferner darauf, daß in einem Artikel der „Kreuzzeitung" vom 14. April mit aller Entschiedenheit die populäre Auffassung, wie der Verfasser sie nennt, zurückgewiesen wird, als ob England im letzten Jahre über uns habe herfallen wollen. (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.) Der Artikel läuft darauf aus, nachzuweisen, daß England auch in Zukunft nicht darauf ausgehen könne, einen Präventivkrieg gegen Deutschland zu führen oder Deutschland zu überfallen. Wenn das richtig ist — und ich unterschreibe es —, dann muß bei gutem Willen

eine Verständigung über die Einschränkung der Rüstungen

möglich sein. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Der Reichskanzler sagte heute, von keiner Regierung werde ein Krieg gewünscht. Nun, wenn die Regierungen alle so friedliebend sind, dann müßte es doch wenigstens den Regierungen ein leichtes sein, zu einem Einvernehmen zu kommen, und es könnte ja dann den Parlamenten überlassen werden, ob sie den Schritt ihrer Regierungen billigen oder nicht. Ich glaube, der Reichskanzler kann ganz unbesorgt sein: das deutsche Parlament wird, ganz gleich, wie die Abstimmung über die Heeresvorlage ausfällt, dann, wenn er eine solche Verständigung herbeigeführt hat, sein Siegel auf diese Verständigung drücken. Der Reichskanzler meinte freilich, ein Volk lasse sich leicht von einer fanatisierten Minderheit zum Kriege aufhetzen. Nun, die 4¼ Millionen, die bei den letzten Reichstagswahlen für die Sozialdemokratie gestimmt haben, sind sich darüber klar gewesen, daß sie sich **nicht fanatisieren und in einen Krieg hineinhetzen lassen.** (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.) In diesem Wahlkampf hat gerade die Frage unserer Rüstungen, die Frage des Imperialismus, die Frage eines Krieges eine große Rolle gespielt, und überall haben unsere Redner jubelnde Aufnahme gefunden, wenn sie sich mit aller Schärfe aussprachen gegen einen Krieg und gegen weitere Rüstungen. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.) Allerdings gibt es eine Minderheit auch im Deutschen Reiche, die zum Kriege hetzt, aber diese Herren stehen **politisch dem Reichskanzler sehr viel näher als uns.** (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Der Reichskanzler wird ja auch die Presse der Schwerindustrie verfolgen und wissen, welcher Chauvinismus sich dort breit macht, wie immer

die Kriegstrompete geblasen

wird. Mit einer geradezu himmelschreienden Gewissenlosigkeit wird von diesen Kreisen immer wieder zum Kriege gehetzt. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.) Wenn also der Reichskanzler verhüten will, daß eine kleine Minderheit das Volk in den Kriegstaumel hineinreißt, sollte er sein Augenmerk richten auf die geradezu **gemeingefährliche Tätigkeit des Flottenvereins und des Wehrvereins.** (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.)

Außerdem gibt es noch eine kleine, aber einflußreiche Gruppe von Junkern, die durch Ruhmsucht geleitet werden, die gern in einem frisch-fröhlichen Krieg Lorbeeren ernten wollen und Stellen für ihre Söhne. Diese Vorlage liefert den klaren Beweis dafür, daß die Regierung sich ins Schlepptau nehmen läßt von diesen Scharfmachern und Kriegstreibern. Die Regierung sollte schon deshalb für eine Einschränkung der Rüstungen wirken, weil das deutsche Volk von den Rüstungen erdrückt wird, und weil die Wirkungen eines Weltkrieges, der dadurch in gefahrdrohende Nähe gerückt wird, so grauenvoll sein würden, wie es selbst die Phantasie eines Dante nicht ausmalen könnte. Im vorigen Jahre sind 11 000 Mann für die Heeresvermehrung bewilligt, in diesem Jahren sollen es 29 000 Mann sein, das sind bereits 40 000, außerdem soll das Personal der Flotte vermehrt werden. Rechnen Sie dies Personal, wie es bis zum Jahre 1920 nach der Vorlage komplett sein soll, hinzu, zählen Sie hinzu die Zahl der Offiziere, Unteroffiziere und Beamten, so kommen wir auf einen

Zuwachs von etwa 64 000 Personen.

Diese Last wird auf die Dauer auch für das opferwilligste Volk zu schwer. Und was wird, wenn es zum Kriege kommt?

Die wenigsten werden sich eine Vorstellung davon machen, was ein moderner Krieg bedeutet. Es hat vor kurzem in Breslau in einer Versammlung unter dem Vorsitz des Oberlandesgerichtspräsidenten Dr. Bierhaus ein Hochschuldozent v. Fischer einen Vortrag gehalten, in welchem er auf Grund der Erfahrungen im deutsch-französischen Kriege bei einem Kombattantenstand von 3 Millionen herausrechnet, wieviel künftig ein Krieg kostet, und er kommt dabei auf die Summe von **18 Millionen Mark täglich.** (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.) Aber die Summe ist noch viel zu niedrig. Wenn wir die Kosten der Flotte hinzurechnen, so kommen wir sicher auf **25 Millionen und mehr pro Tag.** Wenn gegenwärtig der Vorschlag gemacht wird, den Kriegsschatz auf 250 Millionen zu vermehren und einen Friedensschatz von 250 Millionen zu schaffen, so sind das bei den Kosten, die jeder Tag eines künftigen Krieges verschlingt, einfach Tropfen auf einen heißen Stein.

Aber schlimmer noch als diese Last ist der Zusammenbruch des Wirtschaftslebens, wenn es wirklich zu einem Kriege kommt. In diesem Falle muß ein Teil der Industrie den Betrieb einstellen, weil ihr die Arbeiter entzogen werden. Hunderttausende von Handwerkern und Bauern werden ihrem Beruf entzogen, das Kreditsystem unserer Staaten muß den allerschwersten Schlag erleiden. (Lebhaftes Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Wenn man das vor Augen hat, muß man, auch abgesehen von dem Jammer der Hunderttausende, abgesehen vom Massenmord, alles versuchen, um diese Gefahr zu mildern. Aber auch die finanzielle Belastung ist ganz unmöglich. 650½ Millionen werden bis 1917 neu gefordert, und dazu kommen 282 Millionen im Budget, also

über 880 Millionen.

Mit großer Emphase hat der Reichskanzler, nach links gewandt, erklärt, in Deutschland seien die Kosten für das Militär und Marine pro Kopf der Bevölkerung sehr gering. Solche Rechnung ist falsch und irreführend. Nicht darauf kommt es an, was auf den Kopf der Bevölkerung fällt, sondern auf wieviel Einkommen die Last fällt. Wenn in England die Last auf die Einkommen über 3000 M. fällt, bei welcher Grenze dort die Einkommensteuer erst beginnt, und wenn daneben in England eine starke Erbschaftssteuer besteht, so kann das mit unseren Verhältnissen gar nicht verglichen werden. Der Reichskanzler hat auch nicht gefragt, wie denn sonst noch diejenigen belastet sind, die diese Kosten zahlen sollen. Unsere Zollpolitik hat ihnen soviel Lasten aufgewälzt, daß die 24 M., die für Heer und Marine hinzukommen, nur einen Faktor darstellen, keineswegs die ganze Belastung.

Aus der Vorlage selbst geht hervor und durch die Ausführungen des Kriegsministers wurde es bestätigt, daß die gegenwärtigen Vorlagen schon **weitere Keime in sich haben.** In der Presse werden die dritten Bataillone gefordert, mehr Pioniere, eine berittene Infanterie, und weitere Kostenübernahme zur Versorgung der frühzeitig verabschiedeten Offiziere. Immer lauter meldet sich auch die sogenannte vierte Waffe,

die Luftflotte.

In diesen Tagen ist ja von einer Nationalspende für sie die Rede gewesen. Es ist höchst charakteristisch, daß man bei uns zu diesem Mittel gegriffen hat, denn solche Spende läuft doch darauf hinaus, die Kosten für den Luftmilitarismus auf die Armen und Aermsten abzuwälzen. Es heißt ja auch bei der Begründung, alle Unterschiede der Parteien, der Konfessionen und der sozialen Schichten waren in dem Augenblick verschwunden, wo das deutsche Volk vor eine große nationale Aufgabe gestellt ist. Dann nimmt man von Jude, Christ und Heide, von Arbeitern, Handwerkern und Kaufleuten, dann macht man vor keiner sozialen Schicht Halt, und wir wissen ja, wie schwer es in solchen Fällen für den abhängigen Arbeiter, den Handwerker und den kleinen Kaufmann ist, nein zu sagen, wenn der Zeitungsverkäufer herumgeht. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.) Bei patriotischen Festen können die Herren nicht genug von ihrer Vaterlandsliebe reden, dann strahlt ihre Opferfreudigkeit in hellem Licht. Wenn es aber darauf ankommt, für eine Aufgabe, die sie selbst als nationale bezeichnen, in die Tasche zu greifen, dann veranstalten sie eine „Spende" bei den kleinen Kaufleuten, Handwerkern und Arbeitern.

Es ist charakteristisch, daß die Herren sich auch jetzt nicht entschließen können, einer

Erbschaftssteuer

zuzustimmen. Die Regierung hätte sie sicherlich eingebracht, wenn sie nicht hätte fürchten müssen, daß die ihr nahestehenden Parteien sie ihr zerfetzt vor die Füße werfen würden. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.)

Gegen die Vorlagen werden wir aller Wahrscheinlichkeit nach allein stimmen, denn auch die Fortschrittliche Volkspartei wird ihnen zustimmen. Das geht deutlich aus einem Artikel der „Liberalen Korrespondenz" hervor, wo es heißt, daß man nur noch eine neue Begründung abwarten will. (Heiterkeit bei den Sozialdemokraten.) Nun, die Begründung wird kommen, Gründe sind ja so billig wie Brombeeren. Und dann werden die Herren von der Volkspartei schon für die Vorlagen stimmen, wenn auch „schweren Herzens". Wenn Sie sich noch ein wenig sträuben werden, ist das das Sträuben vor dem Fall. Was hätte wohl ein Eugen Richter zu diesen Vorlagen gesagt? Ich bin nicht zweifelhaft, daß er sie mit ätzender Schärfe bekämpft hätte. (Lebhaftes Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Wenn Sie einen guten Sachverständigen brauchen, nun Sie haben ja gehört, was der General von Wartensleben in einem liberalen Blatte ausführte; er sagte, diese Vorlage stellt alle ihre Vorgänger in den Schatten und lasse sich sachlich nie und nimmer begründen, wohl aber aus dem persönlichen Eigennutz dererklären, die sie angeregt und aufgegriffen haben. (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.) Nur damit neue glänzende persönliche Geschäfte gemacht werden, sollen die deutschen Staatsbürger neue Hunderte von Millionen hergeben, heißt es bei diesem Sachverständigen. Aber ich fürchte, er wird auf die Fortschrittliche Volkspartei nicht genügend überzeugend wirken. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.)

Es ist ja richtig, daß ein großer Teil der Handwerker und des Mittelstandes überhaupt auch von dem

imperialistischen Taumel

ergriffen ist. Aber das Erwachen wird ein schreckliches sein, wenn die Leute seufzen und ächzen werden über die steigenden Lasten. Wir Sozialdemokraten verlangen bei dieser Gelegenheit, daß nicht das Heer vermehrt, sondern die Fürsorge für die Mannschaften gesteigert wird; wir wollen, daß die Erhöhung der Mannschaftslöhne von 22 auf 30 Pf. gesetzlich festgelegt werde. (Zustimmung b. d. Soz.) Die Regierung hatte die Durchführung dieser Forderung gleichzeitig mit der Vorlage versprochen. Jetzt aber will sie, daß die Vorlage zum 1. Oktober in Kraft trete, während die höheren Mannschaftslöhne erst im nächstjährigen Etat eingesetzt werden sollen. Die Gleichzeitigkeit gibt sie also schon preis und wer bürgt dafür, daß nach der Bewilligung der Vorlage die Erhöhung der Mannschaftslöhne wirklich im nächsten Jahre in den Etat eingesetzt wird? Es ist ja leicht möglich, daß an der Stelle des Reichskanzlers im nächsten Jahre ein anderer sitzt und daß auch der Reichsschatzsekretär Kühn bis zum nächsten Jahre längst abgelöst ist; wir haben ja einen starken Verbrauch an Ministern. (Sehr wahr! b. d. Soz.) Dann ist es leicht möglich, daß die neuen Herren von dieser Forderung nichts mehr wissen wollen. Bezeichnend ist ja, daß von hoher militärischer Seite in der „Post" gegen diese Erhöhung der Mannschaftslöhne Sturm gelaufen wird. Es heißt dort: „Haben wir wirklich soviel Geld, daß wir uns eine solche Konzession an die Sozialdemokratie — denn weiter wäre es nichts — (Hört! hört! b. d. Soz.) — erlauben dürfen?" Anerkannt wird also, daß es sich um eine sozialdemokratische Forderung hierbei handelt! Die „Post" fährt dann fort: „oder sollen die Mannschaftslöhne zu erhöhtem Biergenusse auf Kosten der Schlagfertigkeit der Armee verwendet werden?" (Lebhaftes Hört! hört! links.) In diesen Worten liegt eine

schwere Beleidigung unserer Soldaten.

(Sehr wahr! b. d. Soz.) Ein Hohn ist es, zu sagen, die Schlagfertigkeit der Armee würde leiden, wenn diese Forderung erfüllt würde. (Sehr richtig! links.)

Ueber die Deckung macht die Regierung sich anscheinend wenig Sorge. Der Reichskanzler führte zwar aus, ohne gute Finanzen gebe es kein gutes Heer. Daß aber die Finanzen bei dem jetzigen Etat gut fundiert sind, wird wohl niemand behaupten. Der Reichskanzler meinte, wir seien in früheren Jahren nicht immer gute Geschäftsleute gewesen. Nun, an Ermahnungen von unserer Seite hat es der Regierung wahrlich nicht gefehlt. (Sehr richtig! bei den Soz.) Mitten in der Etatsberatung erklärt derselbe Reichskanzler, der den Etat vor wenigen Wochen noch durch Herrn Wermuth hat vertreten lassen, dieser Etat sei nicht mehr maßgebend, er müsse berichtigt werden. Dabei kommt das Wort „Verbesserung" vor. Das erinnert unwillkürlich an das berühmte corrigér la fortune. Als ich das Lob des Reichskanzlers für den verdienstvollen früheren Leiter des Reichsschatzamtes hörte, und ebenso das des Staatssekretärs Kühn, wunderte ich mich, daß nicht ein allgemeines stilles Lächeln durch das Haus ging. Dieser verdienstvolle Leiter des Reichsschatzamtes, dieser beste Reichsschatzsekretär, den wir hatten, dieser glänzende Kenner unserer Finanzen, **wurde abgesägt und verschwand in der Versenkung.** Freilich ist er wieder aufgetaucht und hat nun nicht zu dem korrigierten Etat den Segen gegeben, sondern hat mit demselben Nachdruck, wie früher hier, seine Auffassung geltend gemacht, die weitab von dem liegt, was der Reichskanzler und der neue Reichsschatzsekretär vorgetragen haben. Die Regierung verwendet die Ueberschüsse nicht dazu, wozu sie sie nach den früheren Beschlüssen zu verwenden hat, zu einer Schuldentilgung. Sie rechnet weiter damit, daß die Finanzen so glänzend bleiben werden wie bisher. Freilich warnte Herr Kühn davor, unsere Finanzen als glänzend anzusehen. Dann verstehe ich aber seinen Standpunkt nicht. (Sehr richtig! b. d. Soz.)

Am Schluß der Etatsberatung sagte die Regierung selbst, daß ihre Finanzgebarung auf einer Reihe von Voraussetzungen beruht. Erstens nämlich, daß sparsam gewirtschaftet wird. (Lachen b. d. Soz.) Nun, nach den Ausführungen des Kriegs- und des Marineministers wird auch in Zukunft nichts davon zu bemerken sein. (Sehr wahr! b. d. Soz.) Weiter wird vorausgesetzt, daß das Wirtschaftsleben sich nicht wesentlich verschlechtern wird und keine besonderen Anforderungen an das Reich herantreten werden. Aber jeder politische ABC-Schütze weiß, daß im Wirtschaftsleben

ein periodisches Auf und Ab

eintritt, und bei jeder Depression muß das kunstvolle Gebäude unserer Finanzgebarung wie ein Kartenhaus zusammenbrechen. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.)

Und wenn alles richtig ist, was die Regierung uns sagt, dann läuft ihr Vorschlag doch wieder darauf hinaus, die Kosten der Militärvorlage wieder von den minderbemittelten Klassen tragen zu lassen. Denn die Ueberschüsse kommen doch aus den Erträgen der Zölle und Steuern, die gerade die ärmeren Klassen belasten. (Lebhaftes Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Wieder sollen also nach den Vorschlägen der Regierung die Reichen geschont, die Armen belastet werden. Wir meinen, die Ueberschüsse sollten nicht dem Militarismus dienen, sondern dazu, um die schier unerträglichen Lasten des Volkes zu lindern. (Lebhafte Zustimmung bei den Sozialdemokraten.) Sie sollten die Möglichkeit zur Herabsetzung der Salzsteuer, zur Beseitigung der Zündholzsteuer geben. Auch weist die Regierung schon selbst darauf hin, daß, wenn die Ueberschüsse zur Deckung nicht ausreichen, entgegen ihrem Versprechen doch wieder indirekte Steuern herangeholt werden sollen, denn es wird ja angedeutet, daß die Herabsetzung der Zuckersteuer dann nicht Platz greifen soll. (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.) Ebenso soll dann nicht die Herabsetzung des Stempels beim Verkehr mit Grundstücken durchgeführt werden. Auch bei dem sogenannten Deckungsgesetz, dem Entwurf eines Gesetzes zur Beseitigung des Branntweinkontingents, unterliegt es keinem Zweifel, daß der Konsum die Lasten tragen soll. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.) Sie alle werden ja zugeben, daß der Preis des Spiritus dadurch erhöht und also wiederum eine Belastung des Publikums eintreten wird. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.)

Wie Sie aber auch zu der Vorlage stehen, so werden Sie doch alle erkennen, daß eine Vorlage von so großer Tragweite nicht übers Knie gebrochen werden kann. Wenn die Regierung den Wunsch geäußert und auch die Forderung aufgestellt hat, daß die Vorlage bis Pfingsten verabschiedet werden solle, so würde ja der Reichstag von seiner Würde sich etwas vergeben, wenn er sich danach richten würde. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Der Reichstag fühlt sich hoffentlich nicht in einer gottgewollten Abhängigkeit vom Reichskanzler; er ist auch nicht eine nachgeordnete Behörde des Reichskanzlers und hat sich nicht von ihm Direktiven geben zu lassen. (Sehr gut! bei den Sozialdemokraten.) Es versteht sich für uns von selbst, daß wir

keine Steuern auf Vorrat bewilligen

werden, aber es muß Vorsorge getroffen werden, daß nach dem Ausfall der jetzt auf dem Papier stehenden Ueberschüsse die Kosten der Militärvorlage dann nicht wiederum durch neue indirekte Steuern gedeckt werden. Es besteht ja die Neigung, die ganze Frage der Deckung hinauszuschieben und einen günstigen Zeitpunkt abzuwarten, in dem die bewilligungsfreudigen Herren wieder die Möglichkeit haben, mehr als gegenwärtig in diesem Reichstag die Lasten auf die schwachen Schultern abzuwälzen. Meine Parteifreunde werden jedenfalls in dieser Richtung auch bei der Beratung tätig sein. Wir werden dafür eintreten, daß einmal für unsere Mannschaften gesorgt wird, daß ferner die Ueberschüsse zur Aufhebung der drückendsten indirekten Steuern verwandt werden und daß endlich auch die Ehrenschuld an unsere Veteranen abgetragen wird. Wir werden dafür sorgen, daß keine neuen indirekten Steuern zu diesem Zwecke eingeführt werden. Im übrigen wird es unsere Aufgabe sein, überall, wo wir es können, machtvoll zu

demonstrieren gegen alle Kriegsabenteuer und Kriegstreibereien

und einzutreten für den Frieden. Die deutsche Sozialdemokratie ist in diesem Bestreben einig mit der Sozialdemokratie aller Länder. In allen anderen Ländern wird von der Sozialdemokratie in gleichem Sinne gewirkt. So wird es endlich dahin kommen, daß an die Stelle einer Politik der Gewalt, der Unterdrückung und Völkerverhetzung treten wird **eine Politik der freiheitlichen, friedlichen Entwickelung aller Nationen.** (Lebhafter Beifall bei den Sozialdemokraten.)

Abg. Dr. Spahn (Z.): Die Heeresvorlage belastet nicht nur die Mittel des Reiches, sondern in viel höherem Maße durch die Vermehrung der Mannschaften den einzelnen Staatsbürger persönlich. Deshalb muß sehr ernst geprüft werden, ob das Bedürfnis zu einer solchen Vorlage besteht. Die Ausführungen des Kriegsministers haben zum Nachweis dieses Bedürfnisses nicht genügt. (Zurufe links.) Der Kriegsminister will uns ja erst in der Budgetkommission nähere Aufklärungen geben und wir werden, nachdem wir uns von der Notwendigkeit überzeugt haben, gern der Vorlage zustimmen. Für die Lasten, die sie dem Volke aufbürdet, tragen nicht wir die Verantwortung, sondern die politischen Verhältnisse. Man darf doch zum Vergleich nicht immer nur das französische Heer heranziehen, sondern die möglichen Koalitionen mehrerer Mächte im Kriegsfalle. Unsere Auffassung ist die, daß der Kriegsminister im Vorjahre deshalb noch keine höheren Forderungen gestellt hat, weil er noch nicht wußte, wie sich unsere Finanzen entwickeln würden. Nachdem er die günstige Entwickelung der Finanzen gesehen hat, ist er mit den Mehrforderungen gekommen. (Lachen links.) Wir wünschen, daß vom 1. Oktober 1912 ab die Löhnung der Mannschaften wirklich erhöht wird. Der Kriegsminister sollte dafür Sorge tragen, daß auch in den Kasernen die Religiosität gepflegt wird. (Beifall rechts und im Zentrum.) Wenn die Sozialdemokraten auch die Verteidigung des Vaterlandes für nötig halten, dann sollten sie daraus die praktischen Konsequenzen ziehen. Unsere Reserveflotte ist beim ersten Angriff noch nicht bereit, sie kommt zu spät. Die organisatorische Einheit, wie sie die Vorlage will, liefert uns für die erste Schlacht drei, statt zwei Geschwader. England hat aber mindestens vier bereit. Diese Reform verteilt sich auf eine Reihe von Jahren. Die Organisation der Unterseeboote nach Art der Torpedoboote, bedeutet nach unserer Meinung einen finanziellen Vorteil. (Sehr wahr! im Zentrum.) Abg. Spahn polemisiert nun gegen den Artikel des Schatzsekretärs a. D. Wermuth in der „Deutschen Revue". Auch Wermuth, der die Einnahmen wesentlich niedriger veranschlagte, als nach den tatsächlichen Ergebnissen von 1911 berechtigt ist, sollte den Kostenüberschuß über die 60 Millionen der von ihm geplanten Erbschaftssteuer hinaus aus den Einnahmen decken. Die 24 Millionen Differenz sind zweifellos aus dem Etat zu decken. Die bilden keine Schwierigkeit. (Zuruf bei den Sozialdemokraten: Konsum- oder Besitzsteuern?) Das ist jetzt noch gar nicht die Frage. Herrn Haase entgegne ich: Wieviel mehr sind die aus direkten Steuern bestrittenen Leistungen der Gemeinden, Provinzen und Bundesstaaten gestiegen, als die indirekten Steuern! (Lebhafte Zustimmung rechts.) An dem Grundsatz „Keine neue Steuer ohne Deckung" halten wir fest (Große Heiterkeit links), natürlich an dem Grundsatz „keine Ausgaben ohne Deckung!" Im Prinzip stimmt der vorige Schatzsekretär ganz überein mit dem jetzigen. Es besteht nur eine unbeträchtliche Differenz! Wir können ruhig mit einem weiteren großen Steigen der regelmäßigen Einnahmen des Reiches rechnen. Zur Branntweinsteuer mag man stehen wie man will: wir wünschen jedenfalls nicht, daß diese Vorlage zu einer Aenderung des Branntweinsteuergesetzes überhaupt benutzt wird. Der Schluß des Redners bleibt unverständlich.

Abg. Herzog (Antis.): Die Worte des Kanzlers sind uns aus dem Herzen gesprochen. Eine Kritik, wie sie der Abg. Haase geübt hat, maßen wir uns nicht an. Entweder man hat zur Heeresverwaltung Vertrauen oder nicht und wir haben Vertrauen. Trotzdem haben wir im einzelnen Bedenken. Als Deckung empfehlen wir die Wehrsteuer und eine Dividendensteuer. (Sehr gut! rechts.) Wir hoffen, daß in der Kommission eine Einmütigkeit über die Deckung zustandekommt, aber ohne daß die Wermuthschen Finanzgrundsätze erschüttert werden. (Bravo! bei der Wirtschaftlichen Vereinigung.)

Hierauf vertagt das Haus die Weiterberatung auf Dienstag 1 Uhr.

Schluß 6½ Uhr.

Zum Untergang der „Titanic".

Ein Fluchtversuch Ismays.

Der Direktor der „White Star Line", Bruce Ismay, den die Ueberlebenden von der „Titanic" einstimmig für den Hauptschuldigen an der erschütternden Katastrophe halten, scheint zu der Ueberzeugung gekommen zu sein, daß ihm eine harte Strafe erwartet. Nachdem der Senat angeordnet hatte, daß Direktor Ismay, sowie die vier geretteten Offiziere und 12 Mann der „Titanic" vorläufig zurückzubehalten seien, versuchte Ismay am Sonntagnachmittag einen Fluchtversuch. Es gelang ihm, mit Hilfe einiger Freunde, an Bord der „Cedric" zu kommen, die zur Abfahrt im New Yorker Hafen bereit lag. Die mit der Untersuchung der Katastrophe betraute Kommission hatte jedoch Wind von Ismays Vorhaben erhalten, und es gelang ihr, die Absicht des flüchtigen Direktors im letzten Augenblick zu vereiteln.

Direktor Ismay hat Sonntagabend eine lange Erklärung veröffentlicht, in der es u. a. heißt: „Nur aus Höflichkeit gegen die Untersuchungskommission des Senats halte ich mich verpflichtet, vorläufig auf die lächerlichen Erklärungen gewisser Zeitungen nicht zu antworten. Ich möchte aber heute die bestimmte Versicherung abgeben, daß ich an Bord der untergegangenen „Titanic" niemals irgendwelche Vorrechte genossen habe. Ich bin auch niemals über den einzuschlagenden Weg, über die zu entwickelnde Schnelligkeit oder sonst über irgend etwas, was mit der Führung des Schiffes zu tun hatte, gefragt worden. Ebenso ist es auch falsch, wenn behauptet wird, daß ich einen neuen Schnelligkeitsrekord aufstellen und die Knotenzahl der „Titanic" erhöhen wollte, ich habe auch niemals daran gedacht, mich in die für die Frauen und Kinder bestimmten Rettungsboote zu begeben. Ich selbst habe mich über zwei Stunden lang an den Rettungsarbeiten beteiligt und dafür gesorgt, daß die Frauen und Kinder in die Boote geschafft würden. Hoffentlich werden alle Reeder aus der furchtbaren Katastrophe ersehen, daß sie kein zu großes Vertrauen in die wasserdichten Schotten setzen dürfen, und daß die heute üblichen Rettungsboote vollständig veraltet sind."

Der arme, vielverkannte Mann! Nur schade, daß die Ansichten der geretteten Passagiere über die Tätigkeit des Herrn Ismay so ganz anders sind.

Menschen dritter Klasse.

Ein grelles Schlaglicht auf den vielgerühmten Heroismus bei dem Untergang der „Titanic" wirft die Schilderung eines Schiffsarztes der „Titanic". Dieser erzählt, daß nach dem Zusammenstoß an Bord des Schiffes, besonders unter den Passagieren der dritten Klasse, eine entsetzliche Panik ausbrach. Die Passagiere stürzten an Deck und Szenen wildester Verzweiflung spielten sich ab, insbesondere als zwei Rettungsboote vorüberfuhren, die nur zur Hälfte besetzt waren. **Die Insassen beider Boote weigerten sich jedoch, Passagiere der dritten Klasse aufzunehmen.** Nur der energischen Haltung der „Titanic"-Matrosen sei es zu danken, daß auch Frauen der dritten Passagierklasse gerettet wurden. Die Mannschaft habe mit vorgehaltenem Revolver die männlichen Passagiere der höheren Klassen davon abgehalten, sich vor den Frauen in die Boote zu stürzen.

Aus Interviews von Zwischendeckern ist zu entnehmen, daß man erst dann an die Rettung der Zwischendecker gegangen ist, als die Kajütspassagiere und 1½ Dutzend Boote von dem oberen Deck von der „Titanic" abgestoßen waren. Als die letzten Boote zu Wasser gelassen wurden, standen Hunderte von Frauen und Kindern jammernd und weinend an der Reeling. Nur wenige waren mit Rettungsgürteln versehen, anscheinend weil nicht genügend vorhanden waren.

Feuer an Bord der „Titanic".

New York, 21. April. Der Heizer Dilley von der „Titanic" erklärt, im Kohlenraum des Dampfers sei schon in Southampton Feuer ausgebrochen, zu deren Bekämpfung 12 Mann gestellt wurden. Diese hätten aber bis zur Stunde des Unterganges nichts gegen die Flammen ausrichten können. Die Offiziere hatten den Heizern streng verboten, darüber zu sprechen.

Bergung von Opfern.

New York, 22. April. Der Kabeldampfer „Mac Kay Bennett" berichtet, daß er in der Nähe der Untergangsstelle

der „Titanic" 64 Leichen geborgen habe, die vermutlich noch identifiziert werden können. Einige andere, deren Rekognoszierung nicht mehr möglich war, wurden in die See versenkt.

Nicht im Stich gelassen.

Zu den Vorwürfen, die von dem zweiten Telegraphisten Bride von der „Titanic" und dem Börsenmakler Taylor gegen die Führung des Lloyddampfers „Frankfurt" erhoben wurden, verbreitet die Direktion des Norddeutschen Lloyd folgende Darstellung:

Der zweite Markomtelegraphist des Dampfers „Titanic", Bride, hat in seiner Aussage den Dampfer „Frankfurt" des Norddeutschen Lloyd beschuldigt, auf das ihm an erster Stelle drahtlos zugegangene Hilfegesuch der „Titanic" nicht reagiert zu haben. Auf diese uns allerdings von vornherein völlig haltlos erschienene Beschuldigung haben wir uns veranlaßt gesehen, uns sofort auf drahtlosem Wege mit der „Frankfurt" in Verbindung zu setzen, von deren Kapitän uns soeben nachfolgendes drahtloses Telegramm zuging:

Dampfer „Frankfurt" auf das Hilfesignal sofort nordwärts gesteuert. Trafen um 10 Uhr 50 Minuten an der Unfallstelle ein. Die Distanz war 140 Meilen. Trafen an der Unfallstelle die Dampfer „Birma", „Virginian" und „Carpathia" an. gez. Hattorf.

Danach beruhen also die Aussagen des Telegraphisten Bride auf einer direkten Unwahrheit, ebenso wie die diese Aussagen betreffende Bestätigung des Börsenmaklers Taylor aus Philadelphia.

Diese Darstellung des Norddeutschen Lloyds wird noch gestützt durch die Aussage des Telegraphisten Bride selbst. Wie er vor der Untersuchungskommission bekundete, habe der Telegraphenbeamte Philipps, als er von dem Telegraphenbeamten der „Frankfurt" gefragt wurde, was geschehen sei, den Telegraphenbeamten der „Frankfurt" mit der Bemerkung, er sei ein Narr, aufgefordert, ihn nicht zu unterbrechen, trotzdem er aus der Stärke des Signals entnehmen konnte, daß die „Frankfurt" näher war als die „Carpathia".

Zum Prozeß wegen der Asylistenvergiftungen.

In dem Methylalkoholprozeß wurde gestern die Verhandlung wieder aufgenommen.

Zu dem bedauerlichen Vorgehen des Landgerichtsdirektors Brieskorn gegen die Presse, das die anwesenden Berichterstatter zwang, den Gerichtssaal zu verlassen, geben uns diese gemeinschaftlich folgende ergänzende Erläuterungen.

Herr Medizinalrat Dr. Störmer, der unschuldigerweise Anlaß zu der Aeußerung des Vorsitzenden gegeben hat, saß, in ein Aktenstück vertieft, nicht an einem der Sachverständigentische, sondern hatte aus Zweckmäßigkeitsgründen an einem der den Pressevertretern zugewiesenen Tische Platz genommen. Er hat sofort selbst die Erfahrung machen müssen, wie schlecht man von dort aus verstehen kann, sobald nicht sehr gut gesprochen wird. Wenn er diese Tatsache feststellte, so ist nicht zu erkennen, wie hieraus der Vorsitzende Veranlassung zu einer so verletzenden Bemerkung gegen die Presse entnehmen konnte. Bekanntlich macht der Ton die Musik. Den Berichterstattern mußte diese Bemerkung des Vorsitzenden um so mehr als eine Brüskierung erscheinen, als sie sonst stets bei allen anderen Verhandlungsleitern ein dankenswertes Entgegenkommen zu finden gewohnt sind, an dem es auch die Vertreter der Staatsanwaltschaft niemals fehlen lassen. Im Gegensatze zu anderen Verhandlungsleitern, die bei größeren Prozessen sich über die Bedürfnisse der Pressevertreter informieren und ihnen zweckentsprechende Plätze zur Verfügung stellen, ertönte hier vor versammeltem Kriegsvolk die laute Weisung: „. . . dann muß die Presse 'raus!" Diese Bemerkung mußten die Berichterstatter als eine unbegründete Herabsetzung betrachten, zumal der Vorsitzende schon im ersten Stadium der Verhandlung durch den gleichfalls unbegründeten Vorwurf einer „tendenziösen Berichterstattung" und andere Bemängelungen seinen ablehnenden Standpunkt der Presse gegenüber bekundet hatte. Was die eventuelle Verweisung der Berichterstatter in den schwer erreichbaren und gefüllten Zuhörerraum betrifft, so ist kaum anzunehmen, daß Herr Landgerichtsrat Brieskorn ernstlich an die Möglichkeit einer Berichterstattung von dieser Stelle gedacht haben kann, denn es bedarf keiner Beweisführung, daß selbst ein Mitglied des Gerichtshofes auch unter Zuhilfenahme eines amtlichen Stenographen nicht imstande wäre, von dort aus einen einigermaßen zutreffenden Bericht zu liefern. Wer als Berichterstatter an Gerichten im Reiche oder im Auslande tätig ist, weiß, daß man überall sehr geneigt ist, der Presse ihre Tätigkeit im Dienste der Oeffentlichkeit zu erleichtern. Als Beispiel diene, daß während des vor einiger Zeit in Petrikau in Rußland (!) verhandelten Prozesses den zahlreich erschienenen Pressevertretern ganz bevorzugte Plätze zugewiesen worden waren. Angesichts der ganzen Sachlage wird es das Publikum verstehen, daß die beteiligten Berichterstatter nicht gewillt waren, eine in Aussicht gestellte Ausweisung abzuwarten, sondern als Leute, die auch Ehre im Leibe haben, auf eine weitere Berichterstattung verzichteten. Ihnen wohnte dabei die feste Ueberzeugung inne, daß ihr Verhalten von den Zeitungsredaktionen durchaus gebilligt werden wird.

Oskar Thiele,
in Uebereinstimmung mit den übrigen Berichterstattern.

Zu den Vorkommnissen in der letzten Sitzung des Prozesses geht uns noch folgende Mitteilung zu:

Es ist aufgefallen, daß gegen die Behauptung des Justizrats Dr. Ivers, die sich gegen den Rechtsanwalt Dr. Werthauer richtete, letzterer nichts erwidert hat. Der letztere legt Gewicht darauf, festgestellt zu sehen, daß der Grund hierzu folgender sei: Der Vorstand der Anwaltskammer und das Ehrengericht stehen auf dem Standpunkt: wenn ein Anwalt eine Handlung in der Sitzung begeht, welche eine Verletzung enthält, ein anderer Anwalt niemals Anlaß nehmen darf, dieserhalb gegen den betreffenden Anwalt seinerseits in der Sitzung etwas zu veranlassen. Es würde dies einen Eingriff in die Sitzungspolizei des Vorsitzenden enthalten. Wenn der Vorsitzende einen derartigen Vorgang nicht rügt, so hat der Verletzte nur das Recht, bei der dem Vorsitzenden vorgesetzten Behörde diese Unterlassung zum Gegenstand der Disziplinarbeschwerde zu machen. Wenn derjenige, der die Verletzung ausgesprochen hat, ein Anwalt ist, so untersteht dieser der Anwaltskammer und dieser muß es durch Anhängigmachung der Sache überlassen werden, gegen den Betreffenden einzuschreiten. Demgemäß hat sich Dr. W. die Worte des Rechtsanwalts Dr. Ivers und die Nichtrüge der Worte durch den Vorsitzenden sich in der Sitzung lediglich gefallen lassen und nichts darauf erwidert, weil bei einem gleichen früheren Fall er vergeblich um Schutz gebeten hatte. In beiden vorstehend bezeichneten Richtungen hat Rechtsanwalt Dr. Werthauer die vorgesetzte Behörde des Landgerichtsrats Brieskorn und die Anwaltskammer um ihr Einschreiten gebeten.

4. Verbandstag des Deutschen Kürschnerverbandes.

Leipzig, 22. April.

Zum vierten Male kamen am Montag die berufenen Vertreter des Kürschnerverbandes im hiesigen Volkshause zusammen, um Rück- und Ausblicke über die Verbandstätigkeit zu halten. Der Vorstand des Verbandes hat über die drei letzten Jahre 1909 bis 1911 Rechenschaft abzulegen. Drei Jahre, in denen die Konjunktur dem Berufe nicht besonders günstig war und die große Kämpfe für die Organisation brachten. Mit Schluß dieser Geschäftsperiode sieht dieser Verband auf ein 10jähriges Bestehen zurück; am 1. Januar 1902 hat er seine Tätigkeit begonnen. Bei seiner Gründung traten dem Verbande gleich 1158 Mitglieder bei, Ende 1911 zählte er deren rund 4000. In den 10 Jahren hat der Verband manch harte Kämpfe für die Verbesserung der Verhältnisse der Kollegen geführt und manche Vorteile für die Mitglieder errungen. Die tägliche Arbeitszeit wurde seit Bestehen des Verbandes im Berufe um mindestens eine Stunde verkürzt, und mit der Arbeitszeitverkürzung war auch fast überall ein Steigen der Löhne zu verzeichnen. In sieben Geschäftsjahren, über die eine Zusammenstellung vorliegt, wurde für 2710 Personen eine Lohnerhöhung um 8055 M. pro Woche erzielt.

Die Agitation wurde in der Berichtszeit rege betrieben. Daß sie erfolgreich war, zeigt die hohe Zahl der Aufgenommenen: 4890. Von diesen neu Eingetretenen blieben aber nur 24 Proz. als Mitglieder erhalten, ein Zeichen starker Fluktuation. Zu Beginn der Geschäftsperiode zählte der Verband 2811 Mitglieder (2092 männliche und 719 weibliche) und an ihrem Ende 3995 Mitglieder (2651 männliche und 1344 weibliche). Die Zahl der männlichen Mitglieder stieg um 27 Proz., die der weiblichen aber um 87 Proz.; der gesamte Zuwachs beträgt 1142 gleich 42 Proz. Die Zahl der Verbandsfilialen stieg von 44 auf 49.

Lohnbewegungen, Streiks und Aussperrungen fanden in der Berichtszeit 47 statt, an denen 4728 Personen beteiligt waren. Im Mittelpunkt dieser Bewegungen steht die große Aussperrung in der Zurichterbranche, die vom 1. Januar bis 31. März 1911 dauerte. An dieser Aussperrung, die durch den Ausschluß dreier Verbandsmitglieder durch die Zahlstelle Rötha — mit dem der Verbandsvorstand aber nicht einverstanden war — hervorgerufen wurde, waren 1287 Mitglieder beteiligt. Die Kosten hierfür betrugen 167 490 M. — Von den 47 Bewegungen verliefen 28 erfolgreich, 15 mit teilweisem Erfolg und 4 mit negativem Resultat. Erreicht wurde für die 4728 Beteiligten eine Arbeitszeitverkürzung um 3904 Stunden wöchentlich und eine Lohnerhöhung um 6321 M. pro Woche. Abgewehrt wurden eine Arbeitszeitverlängerung um 45 Stunden und eine Lohnreduzierung um 512 M. Tarifverträge kamen 22 zum Abschluß. Die Ausgaben für die Streiks und Aussperrungen 1909 4324 M., 1910 10 327 M. und 1911 170 924 M.

Die Unterstützungseinrichtungen des Verbandes wurden durch Beschluß des letzten Verbandstages ganz bedeutend erweitert. Am 3. Oktober 1910 traten die Arbeitslosen-, die Reise- und die Umzugsunterstützung in Kraft. Für die Zweige der Erwerbslosenunterstützung wurden in der Berichtszeit 37 201 M. aufgewendet. Und zwar für Arbeitslosigkeit am Orte 9790 M., Reiseunterstützung 361 M., Krankenunterstützung 26 497 Mark und für Wöchnerinnenunterstützung 550 M. Die Gesamteinnahmen der Hauptkasse betrugen in den drei Jahren 358 023 Mark, die Ausgaben 352 653 M. Die Mehreinnahme ist also ganz gering, sie beträgt nur 370 M. Das Vermögen des Verbandes belief sich Ende 1908 auf 53 138 M., Ende 1911 auf 53 508 M.

Auf der Tagesordnung des Verbandstages stehen neben den Geschäftsberichten nur die Punkte Statutenberatung, Stellung zur Internationalen Kürschnerkonferenz und Beratung der übrigen Anträge. Der Verbandsvorstand unterbreitet dem Verbandstag einen Statutenentwurf, der eine Beitragserhöhung um 5, 10 und 15 Pf. vorsieht. Gleichzeitig wird eine entsprechende Erhöhung der Erwerbslosenunterstützung vorgeschlagen. Die Streikunterstützung soll in den drei ersten Klassen etwas ermäßigt werden. Wichtig ist ferner der Vorstandsvorschlag auf Einsetzung eines Beirats, wie ihn andere Organisationen haben. Der Vorstand hat weiter ein neues Streikreglement ausgearbeitet, das ihm bei Bewegungen größere Rechte zusichern würde. Nach diesem Reglement müssen sämtliche Streiks nicht nur die Zustimmung des Verbandsvorstandes haben — das war auch bisher so —, sondern dem Vorstand steht auch das Recht der Leitung bei allen Streiks zu. Auch soll er das Recht haben — und das ist wohl die wichtigste Frage —, einen Streik als beendet zu erklären, wenn keine Aussicht auf Erfolg vorhanden ist. Diese Vorschläge des Vorstandes wurden zweifellos durch die Vorspiele bei der großen Aussperrung in der Zurichterbranche diktiert. Die Anschauungen des Vorstandes und der Ortsverwaltung Rötha standen sich strikte gegenüber. Das Festhalten der Ortsverwaltung an ihrem Standpunkt — Ausschluß dreier Mitglieder — hatte die Aussperrung zu Folge, die den Verband die hübsche Summe von fast 170 000 M. kostete. Daß der Vorstand da Vorsichtsmaßregeln treffen will, kann man ja verstehen, ob aber seine Vorschläge auf dem Verbandstage Zustimmung finden, ist sehr fraglich. Die Redaktion des Verbandsorgans hat in einem geharnischten Artikel gegen sie Stellung genommen. Sie sieht in den Vorschlägen eine Beschränkung der Rechte der Ortsverwaltungen und lehnt sie aus Gründen der Demokratie ab. Die Filiale Berlin verwirft in einem Antrag zum Verbandstage die Vorstandsvorschläge „wegen des darin enthaltenen autokratischen Charakters". Gegen diese Ansicht wendet sich der Verbandsvorsitzende im Verbandsorgan. „Nicht Herrschsüchtsgelüste" seien die Leitmotive für die neuen Vorschläge gewesen, „sondern die Ueberzeugung, daß unter den jetzigen Verhältnissen eine schärfere Fassung erforderlich sei".

Diese gegenteiligen Ansichten lassen auf interessante Auseinandersetzungen auf dem Verbandstage schließen.

Sozialés.

Die Lieferungspflicht der Heimarbeiter.

In der Heimindustrie ist es allgemein Sitte, daß die Arbeiter sich das Arbeitsmaterial abholen und die fertige Arbeit wieder zurückbringen. Dadurch entsteht den Betreffenden jedesmal neben den eventuellen Fahrkosten ein erheblicher Zeitverlust, der ihnen nicht entschädigt wird; mit den oft sehr miserablen Löhnen gilt auch dieser Zeitaufwand für entschädigt.

Daß dieser Zeitaufwand nicht gering zu bewerten ist, bestätigte jüngst ein Unternehmer selbst, indem er für das Abholen einer fertigen Arbeit von einer Näherin die nette Summe von 1,45 M. in Anrechnung brachte. Die betreffende Näherin, Frau R., war damit aber nicht einverstanden und klagte vor dem Gewerbegericht gegen die Firma Moritz Marcus auf Zahlung dieser Summe. Sie gab an, durch Krankheit am Liefern verhindert gewesen zu sein, und habe deshalb den Beklagten telephonisch ersuchen lassen, die fertige Arbeit abholen zu lassen. Der Beklagte machte den Einwand, daß ihm durch das Abholen ein Schaden in Höhe der erwähnten Summe entstanden sei, da sein Hausdiener dazu 2½ Stunde Zeit und 20 Pf. Fahrgeld gebraucht habe.

Die Kammer I unter Vorsitz des Magistratsassessors Dr. Magnus vermochte jedoch einen der Firma entstandenen Schaden nicht anzuerkennen, da der Hausdiener gegen Wochenlohn beschäftigt und zu jeglicher Dienstleistung dem Beklagten gegenüber verpflichtet war. Einen Extraaufwand brauchte der Beklagte also nicht zu machen und konnte demgemäß auch keinen Anspruch auf Schadenersatz erheben. Nunmehr erklärte sich der Beklagte zur Zahlung der Klagesumme bereit.

6 hervorragend billige Angebote

Jackett-Anzüge

Hochmoderne Stoffe u. Fassons – Vorzüglicher Sitz – Exzellente Erzeugnisse unserer Kleiderwerke

SERIE I
Jackett-Anzüge braun und graue Phantasiestoffe nach engl. Art, ganz vorzüglich im Tragen 21.—

SERIE II
Jackett-Anzüge gestreifte u. kleinkarierte Cheviots u. Kammgarnar en in den neuest. Mustern 27.—

SERIE III
Jackett-Anzüge grau, braun, oliv u. grünlicher Cheviot mit feinen Streifen u. bunten Effekten 33.—

SERIE IV
Jackett-Anzüge Cheviots in den neuest. Mustern, gestr. u. kariert, sehr haltbar u. vornehm aussehend 36.—

SERIE V
Jackett-Anzüge Kammgarne u. Cheviots, neueste Ausmusterung, elegante Verarbeitung . . . 40.—

SERIE VI
Jackett-Anzüge Marengo oder buntfarbige Cheviots, „Echt englisch", Ersatz für Maßarbeit 50.—

Blaue Cheviot-Anzüge
1- und 2-reihig. aus guten Stoffen, elegante Ausstattung 36.–

Schüler- u. Jünglings-Anzüge
reichhaltigste Auswahl
auffallend billige Preise

Rock-Anzüge
hochfeine marengo Cheviots oder Meltons, mit :: feingestreifter Hose in vielen Preislagen ::

BaerSohn
Kleiderwerke – Deutschlands größte Fabrik dieser Art
Chausseestraße 29-30 | 11 Brückenstraße 11
Gr. Frankfurter Straße 20 | Schöneberg, Hauptstr. 10

Der Haupt-Katalog Nr. 44 (Neueste Moden) kostenlos und portofrei

Verantwortlicher Redakteur: Albert Wachs, Berlin. Für den Inseratenteil verantw.: Th. Glocke, Berlin. Druck u. Verlag: Vorwärts Buchdruckerei u. Verlagsanstalt Paul Singer u. Co., Berlin SW.

Abgeordnetenhaus.

53. Sitzung. Montag, den 22. April, vormittags 11 Uhr.

Am Ministertisch: v. Trott zu Solz.

Die höheren Lehranstalten.

Ein Antrag Eickhoff (Vp.) wünscht Vereidigung der Lehramtskandidaten zu Beginn des Vorbereitungsdienstes; ein Antrag Engelbrecht (fk.) ersucht um Einführung des gemeinsamen Unterbaues der höheren Schulen namentlich in kleineren Städten und zwar im Interesse der Erleichterung der Vorbildung der Schüler.

Abg. Graf Carmer-Zieserwitz (k.) tritt für uneingeschränkte Aufrechterhaltung des humanistischen Gymnasiums mit dem griechischen Unterricht ein. Er billigt den Erlaß über die bei den schriftlichen Klassenarbeiten (Extemporalien) zu beobachtenden Grundsätze. Aber wenn diese Leistungen bei einem größeren Anteil schlechter Arbeiten nicht zensiert werden sollen, so bedeutet das eine Förderung der Schülerfaulheit. Es wird überhaupt viel zu viel „Schonung" getrieben. (Beifall rechts.)

Abg. Dr. Heß (Z.) äußert, jedoch nicht namens seiner Fraktion, Bedenken gegen den Erlaß, da die Herabsetzung der Anforderungen nicht richtig sei. Wenn hier ein Erlaß des Ministers lobend besprochen wird, beruft sich der Minister darauf; wenn er aber kritisiert wird, spricht er der Kritik die Berechtigung ab. Der Erlaß bedeutet nur eine Begünstigung der Kinder der Reichen, denen die Erlangung höherer Stellen usw. erleichtert wird. Was für eine Generation wird man so erzielen! Möge dieser Erlaß nur bald verschwinden!

Abg. Eickhoff (Vp.): In Dortmund versagt man trotz Reichsgerichtsurteil den städtischen Oberlehrern immer noch die höhere Besoldung, zieht aber schon die Steuern dafür ein! Die Extemporalien haben zur Verkennung und Entmutigung braver, aber langsamer Arbeiter unter den Schülern geführt.

Kultusminister v. Trott zu Solz: Nicht die Anforderungen an die Schule, sondern nur die übergroße Schätzung der Extemporales wurden herabgesetzt durch meinen Erlaß. Das Extemporale wurde mißbraucht. Ein Lehrer, der nicht so wirken würde, daß die vom Abg. Graf Carmer befürchteten Verabredungen zum Schlechterarbeiten unterbleiben, ist einfach nicht an seinem richtigen Platze. (Sehr richtig! links.) Jetzt weiß der Schüler nicht, wann Extemporale ist, er muß stets vorbereitet sein. Daß der Erlaß den Reichen nütze, ist ganz falsch, denn im Gegenteil ist zu bedenken, daß die Söhne der Reichen bisher zu Hause von Hauslehrern für die Extemporalien eingepaukt werden konnten, die Söhne der Armen dagegen nicht. Wir müssen unsere Schüler streng herannehmen, um sie zur Ueberwindung der ihnen im Leben bevorstehenden Schwierigkeiten zu befähigen. Die Hebung des Oberlehrerstandes ist im letzten Ende nicht der Lehrer wegen, sondern in dem Bestreben geschehen, die besten Kräfte für unsere Jugend und für unsere Schule zu gewinnen. Das wachsende Angebot an Lehrkräften setzt uns auch in die Lage, die Anforderungen zu erhöhen. Der Minister bespricht dann Dienst- und Stellenfragen.

Abg. Ströbel (Soz.):

Mit dem Antrag Ernst (Vp.) auf Beseitigung der Vorschulen sind wir einverstanden, weil die Vorschulen ein krasser Ausdruck der Privilegienschule und der Klassenschule sind. Wir wünschen deshalb, daß die Vorschulen recht bald verschwinden — auch deshalb, damit nicht unter Umständen freisinnige Stadtverordnete sich genötigt sehen könnten, gegen die Beseitigung der Vorschulen zu stimmen, weil sich solche noch in der Nähe der Großstädte, z. B. auch in den Berliner Vororten befänden. Diese Herren könnten sonst sagen, wenn in Berlin die Vorschulen beseitigt werden, könnten die Eltern immer noch ihre Kinder in die Vorschulen der Vororte schicken. Die Vorschulen könnten ganz ruhig verschwinden, sie haben gar keinen Zweck, denn es hat sich oft genug gezeigt, daß die Schüler, die direkt aus der Volksschule in die höheren Lehranstalten übertreten, ebenso gut fortkommen.

Zweifellos sind die höheren Lehranstalten heute noch Einrichtungen, die auf das Klasseninteresse und den Klassenhochmut der Besitzenden zugeschnitten sind. Ein überaus geringer Prozentsatz der höheren Schüler sind Arbeiterkinder, trotzdem die Arbeiter einen so hohen Prozentsatz der Gesamtbevölkerung darstellen. Dieser Klassencharakter verschwindet auch dann nicht, wenn es einem oder dem anderen besonders begabten Schüler möglich ist, durch Stipendien und Schulgelderlaß das Studium an einer höheren Lehranstalt betreiben zu können. Uebrigens spielen diese Zuwendungen nicht die Hauptrolle, sondern vielmehr die Unterhaltskosten.

Ebenso sympathisch wie dem Antrag Ernst stehen wir dem Antrag Engelbrecht für einen einheitlichen Unterbau der höheren Schulen gegenüber. Dafür liegt zweifellos ein Bedürfnis, namentlich in den kleinen Städten, wo nur einerlei Anstalten vorhanden sind, vor. Der einheitliche Unterbau wäre bis zur Tertia, vielleicht sogar bis zur Sekunda möglich. Viele Jahre war das humanistische Gymnasium nur eine Vorbereitungsanstalt für die Universität, heute hat es einen ganz anderen Charakter angenommen. Die Realschule wieder war zunächst nur ein Mittel, um denjenigen, die nicht studieren wollten, eine höhere Bildung zu gewähren. Die glänzende Entwickelung und die praktische Anwendung der Naturwissenschaft hat die höhere Einschätzung der Realschulen und technischen Hochschulen hervorgerufen; die technische Entwickelung hat aber auch die Wertung der Sprachen verschoben. Man sieht in den klassischen Sprachen nur noch in erster Linie das Mittel zum Verständnis der in sich abgeschlossenen alten Kulturwelt, während man an den lebenden Sprachen nicht nur den praktischen Wert, sondern auch ihr Fortschreiten schätzt. Die praktischen Verhältnisse zwingen zum gemeinsamen Unterbau, zur Vereinheitlichung, und noch meiner persönlichen Meinung sind die Tage des humanistischen Gymnasiums gezählt. Man überschätzt gewiß den Einfluß der griechischen Sprache auf unsere Kultur und ihr grammatikalischer Betrieb an den Gymnasien wird ja sogar von Philologen nur noch als Verstandesschulung gelobt. Ein Zeichen der hierin eingetretenen Wandlung ist auch der Extemporalienerlaß. Das Extemporale sollte den Grad der Beherrschung der Sprache durch den Schüler zeigen. Das war der Hauptzweck und ist es heute noch, wenn auch gemildert durch den Erlaß. Dieser ist aus der Erkenntnis mit hervorgegangen, daß die Beherrschung einer Sprache weniger durch grammatikalische Studien als durch Uebung erreicht wird. In sehr vielen Fällen wurden tote Sprachen nicht für's praktische Leben erlernt, sondern auch um einen Unterschied zwischen den „Gebildeten" und der großen Masse der minderberechtigten, der von jenen beherrschten „Ungebildeten" herauszuarbeiten.

Die modernen Sprachen eignen sich aber ebenso wie die toten zum geistigen Turnapparat — sie sollen aber nicht um ihrer selbst willen, sondern um ihres Wertes und lebenden Gehaltes getrieben werden. Zur Lehre der antiken Kultur gehören auch Geschichte und Kulturgeschichte. Diese werden aber nicht so betrieben, daß daraus ein wirkliches Bild der alten Kultur gewonnen würde. Wir kennen Russisch und Norwegisch nicht — aber Tolstoj, Strindberg, Ibsen und Gorki üben auf uns vielleicht längst mehr Einfluß aus als Aeschylos, Sophokles und die anderen großen Dichter des klassischen Altertums. Zur Kenntnis der Literaturen ist die Kenntnis ihrer Sprachen nicht erforderlich.

Wer wollte den kolossalen Einfluß Englands und Frankreichs, z. B. der französischen Revolution auf unsere Kultur leugnen? Erkennt ihn doch z. B. der nationalliberale Geschichtsschreiber Sybel an. Nur wer unter dieser großen Revolution bloß Guillotinenaufbau usw. versteht, kann daran zweifeln. Unser deutsches Geistesleben trägt die tiefsten Spuren dieses Einflusses und kein anderer als Fürst Bülow hat dies zugestanden. An diesem Einfluß hat aber die ökonomische Entwickelung jener Länder und unsere eigene den größten Anteil.

Trotzdem in unseren Schulen noch der Geist von anno dazumal herrscht, ringt sich doch in der jetzigen Revolution unseres Schulwesens der Gedanke durch, daß höhere Bildung

die Erkenntnis unseres Seins und seiner Kräfte

sein muß. Unsere wirtschaftliche Entwickelung bedingt die Umwälzung des höheren Schulwesens, die Tendenz zur praktischen Ausbildung, wie sie unsere Wirtschaft, Technik, Industrie braucht.

Freilich die nationalistische Erziehung liegt nicht in dieser Tendenz. Wir Sozialdemokraten arbeiten mit aller Kraft dafür, daß unser Volk seine Heimat und Geschichte, seine Dichter und Künstler kennen lerne. Aber etwas ganz anderes ist der Nationalismus, der ein falsches Bild des eigenen Vaterlandes entrollt und jedes andere zu seinen Gunsten herabzusetzen bestrebt ist.

Der Redner schildert das Verschwinden des alten Studentenlebens, seiner Streifereien in Wald und Feld, seines Frohsinns — an dessen Stelle ein Uebertreiben des an sich nur wünschenswerten Sports zur Fexerei, mit seiner Ausländerei und Sprachverderbung tritt; nicht zuletzt ist diese Entwickelung geschuldet der Entwickelung Deutschlands zur Weltpolitik, zum robusten Lebensgenuß der Besitzenden, zur ausschließlichen Bewertung des Geldes.

Wie soll also die allgemeine Bildung unserer Zeit sein? Humanistisch, allgemein menschlich — so soll die Jugend die Stellung und Funktion des Menschen im sozialen Organismus kennen lernen. Der Unterricht muß anziehend, konkret sein und neben der Entwickelung der Kenntnisse muß auch auf ästhetischen und moralischen Unterricht Wert gelegt werden. Im Geschichtsunterricht, der fast der Mittelpunkt der Schule sein sollte, dürften nicht bloß Zahlen und Könige gelernt werden, sondern die Entwickelung von Staat und Familie, Gemeinden und der sozialen Verhältnisse müßten eine wahre Kulturgeschichte bilden, die uns vor dienerhafter Demut, wie vor nationalistischem Hochmut bewahren würde. Wir Sozialdemokraten verneinen keineswegs die Bedeutung großer Persönlichkeiten, erkennen aber, daß auch sie sich eingliedern müssen in die Verhältnisse und nur bei Uebereinstimmung ihrer Absichten mit den Tendenzen ihrer Zeit erfolgreich sein können. Wir sind auch nicht so einseitig, nur Erfolgreiche als große Männer anzuerkennen!

Diese Allgemeinbildung müßte allen zuteil werden, nicht nur jenen, die in der Wahl ihrer Eltern vorsichtig waren. Selbst der nationalliberale Abg. Hackenberg hat letzthin anerkannt, daß wir heute in der Tat nicht von einer allgemeinen Bildung sprechen können. Es müssen soziale Zustände geschaffen werden, in denen die Bildung wirklich allen zuteil wird, wo die Bildungsmöglichkeit wirklich

der Gesamtheit unseres Volkes gegeben

ist. Weil dies aber in der heutigen „Ordnung" nicht möglich ist, fordern wir eben, damit unsere Kultur kein Kinderspott bleibe, eine andere Gesellschaftsordnung! (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.)

Sie sagen, es würde eine wirkliche allgemeine Bildung ungeheuere Summen kosten. Nun, unser Militarismus kostet doch nicht nur 1700 Millionen, sondern mit den Zuschüssen an die Soldaten von Hause mindestens 3000 Millionen! (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.) Wenn das notwendig ist, dann um so notwendiger, daß hier Wandel geschaffen werde. Wenn sich der Abg. Heß und andere wundern, daß in der Lehrerschaft sozialistische Gedanken sich verbreiten, so ist es klar, warum das geschieht: Weil diese Kreise erst recht einsehen müssen, daß eine Vermittelung wirklicher Bildung und Kultur unserer Zeit nur möglich ist durch den Sozialismus! (Lebhaftes Bravo! bei den Sozialdemokraten.)

Abg. Dr. Hintzmann (natl.) behauptet, sich dadurch diametral vom Vorredner zu unterscheiden, daß er (Hintzmann) die Liebe zum Vaterland und zur Heimat in der Schule obenanstelle. Der Abg. Ströbel hat nur Bekanntes wiederholt, ohne allerdings hinzuzufügen, daß es von anderen formuliert wurde. Der kgl. Erlaß, der die weitere Entwickelung des höheren Schulerlasses bestimmte, hat allen Streit beendet. Wir alle wünschen langsamen Fortschritt und verwerfen alles Uebermaß an Kritik der Leistungen der Schulen, denn das nützt weder den Schülern, noch den Lehrern.

Abg. Strosser (k.): Wer die Schüler kennt, weiß, wie leicht sie sich auch beim besten Lehrer verabreden können, schlechte Arbeiten zu liefern, um die Nichtzensierung herbeizuführen. Wie erst bei minder guten Lehrern?

Abg. Dr. Hauptmann (Z.): Das Lateinische ist heute noch eine internationale wissenschaftliche Verständigungssprache. Die meisten technischen Ausdrücke sind lateinische Worte. Das Lateinische wird also trotz aller Schulumgestaltungen aus unserem Leben nicht verschwinden.

Abg. Ströbel (Soz., persönlich): Der Abg. Hintzmann hat mich persönlich in einer Weise apostrophiert, zu der ich unmöglich schweigen kann. Er hat offenbar mit den von mir vorgetragenen modernen Schulforderungen des Sozialismus nichts anzufangen gewußt und mich darum persönlich angegriffen. Wenn er mir vorwarf, ich hätte bei meinen Zitaten den Autor nicht angegeben — denn meine Rede selbst habe ich nicht vorher konzipiert —, so habe ich bei diesem Hause genug literarische Kenntnis angenommen, um das für unnötig zu halten. Sollte das nicht ausreichen, so bin ich gern bereit, Herrn Hintzmann zuliebe nächstens zu sagen: „Unser großer nationaler Dichter Friedrich Christoph von Schiller hat gesagt" oder „der Herr Geheimrat und sogenannte Olympier Johann Wolfgang von Goethe hat

Kleines Feuilleton.

Theater.

Matinee der Neuen freien Bühne. Mit dem Drama „Die Mutter" wurde der Stanislaw Przybyszewskysche „Totentanz der Liebe" zu einem wenig rühmlichen Ende gebracht; denn dies „Kammerspiel" war ein reines Jammerspiel. Ob aber selbst bei guter Darstellung das Stück gewänne, dürfte angesichts seiner mühsam konstruierten Handlung und psychologischen Hilflosigkeit doch fraglich erscheinen. Partikelchen einer dichterischen „Stimmung" entschädigen nicht für die mangelnde Gestaltung. Was da „unter Psychosen und Neurosen" als „neuer Mensch" angekündigt wird, „der Dinge fühlt und sieht, die für andere nicht vorhanden sind", ist doch schon sogar für die Ultramodernen ein recht veraltetes Experiment. Przybyszewskys „Mutter" hat hinter dem Rücken ihres Mannes ein ehebrecherisches Verhältnis mit dem Verwalter angefangen. Der Gehörnte geht in den Wald und erschießt sich. Nach zehnjähriger Abwesenheit kehrt der Sohn des Toten heim. Mit der Tochter des Verwalters spinnt sich eine aus Kinderzeiten herrührende Liebe an, die sowohl von der Mutter als vom Vater des Mädchens zu verhindern gesucht wird. Dann taucht aber auch ein Freund des jungen Mannes auf, eine Art unheimlicher Gast. Fazit: die Liebenden heiraten sich nicht, weil keins von beiden den Gedanken ertragen könnte, daß die zwei Alten des Vaters Tod verschuldet haben. Wie man sieht: es ist nur eine Tragödie in der Einbildung. Der Freund brennt die Fabrik an, deren Feuerschein leuchtet hinter der Szene. Der Verwalter nebst Töchterlein laufen zur Brandstelle; wahrscheinlich stürzen sie sich in die Flammen — denn alle Schuld rächt sich auf Erden. Wenn dem Dichter am Weihrauch von ein paar Kaffeehausliteraten und orientalischen Ueber-Weibsen gelegen ist, schön; aber die Oeffentlichkeit lasse man in Ruhe. e. k.

Neues Schauspielhaus: „Der Turm des Schweigens". Schauspiel von Gustav Collijn. Den verschwommenen Schwulst dieser drei Akte, die anderthalb Stunden füllen, doch mindestens das Doppelte zu dauern schienen, hat man, als ob derlei nicht auch bei uns im Ueberfluß produziert würde, vom Ausland, aus Schweden, bezogen. Die Personen: die sagenhafte Babylonierkönigin Semiramis, der König von Indien, Priester und Heerführer entschädigen für das Schweigen des düsteren Turmes, durch um so eifrigere Beredsamkeit. Dem alten Istartempel gegenüber erhebt sich in dem Bühnenbild die Silhouette einer steilen Treppe, auf deren oberen Absatz von Zeit zu Zeit Semiramis in prunkvollem Schmucke, mit einer Geißel in der Hand, erscheint. Die Schauer der Situation noch zu erhöhen, hat der Poet die Sonne aus seinem Werk verbannt. Nacht muß es sein in den drei Akten; allenfalls, damit der Zuschauer doch etwas sehen kann, läßt er die Morgendämmerung heraufziehen.

Der Hohepriester der Göttin Istar hat Differenzen mit der Königin. Er prophezeit ihr Niederlagen, wenn sie ihr Heer über den Grenzfluß zum Angriff in das Land des Stabrobates, des jungen Indierfürsten, führe. Doch sie beharrt in Trotz. Niemand in ganz Asien dürfe sich mit ihr an Macht vergleichen. Darum muß auch Indiens Herrscher in den Staub gezwungen werden! Majestätisch pomphaft rollen Drohreden, von der königlichen Treppe zu dem Turm herüber und hinüber. Dabei erfährt der aufmerksame Hörer etwas von einem geheimnisvollen Schwur. Semiramis soll, unter Anrufung des Zorns der Götter, sich verpflichtet haben, wenn sie nach ihres Gatten Tode je einen Mann mit ihrer Gunst beglücken werde, ihn dem Istarpriester als Opfer auszuliefern. Und also bald kommt Stabrobates angeschlichen. Der König desertierte aus seinem eigenen Kriegslager, weil ihm Semiramis' berühmte Schönheit keine Ruhe ließ. Der gemütvolle Träumerjüngling muß der Feindin seine anbetende Liebe zu Füßen legen, auch wenn ihm diese Kühnheit gleich das Leben kosten sollte. Unter leidenschaftlichen Beteuerungen klimmt er die steilen Stufen zu der Herrlichen hinan und wird zuguterletzt sehr gnädig aufgenommen. Am Morgen heischt der mitleidslose Priester seinen Tod. Die Königin setzt sich zur Wehr. Der sanfte Jüngling aber, als er von den Götterstrafen, die dem Eidbruch folgen würden, hört, betätigt die Echtheit seiner Liebe, indem er freiwillig in den Turm des Schweigens geht und sich dort schlachten läßt.

Das Stück wurde wohl gewählt, weil man sich von ihm eine Bombenrolle für Tilla Durieux versprach. Indes alle geschmeidigen Reize des schlanken Körpers, alle Kunst im Ausdruck verzückter Selbstanbetung, springender Despotenlaune, des Zornes und begehrlich aufflammender Verliebtheit vermochte nicht den toten Konstruktionen Leben einzuhauchen. Man empfand das starke Können der Schauspielerin doch ohne Resonanz der Illusion. In den üblichen Schlußapplaus mischte sich vernehmliche Opposition. dt.

Musik.

Eine Cavalleria Kurfürsticana wurde in der Kurfürsten-Oper am Sonnabend zum ersten Male aufgeführt. Die Musiktragödie „Oberst Chabert", die wir also als eine Nachfolge der „Cavalleria rusticana" zu kennzeichnen versuchen, ist ein ganz neues Werk eines anscheinend noch sehr jungen Komponisten: Hermann Wolfgang von Waltershausen. Von ihm stammt auch der Text, abgesehen davon, daß dieser aus irgend einem wohl allgemein vergessenen Romane Balzacs herübergenommen ist. Das alte Motiv Enoch Arden wird hier dadurch variiert, daß ein siegreicher, aber dann totgeglaubter französischer Oberst lebendig begraben ist und durch alle möglichen Leidensgeschichten hindurch zu seiner Frau wiederkehrt, die aber nun glücklich ein zweites Mal verheiratet und Mutter von zwei Kindern ist. Da treiben nun ein bißchen Psychologie und noch ein bißchen mehr Theatertechnik ihr Spiel, bis endlich trotz aller besseren Anläufe der Schluß eine ganz kommune Schutz- und Giftgeschichte mit Fackelbeleuchtung wird.

Die Musik ist wenigstens konsequent. Kümmert sich um gar nichts, als um den darstellenden Ausdruck. Macht das oft verblüffend geschickt und jedenfalls mit dem heiligsten Ernst. Man hört aus dem Orchester wahrhaftig, wie die da droben wimmert oder welch grausigen Eindruck ein verlassenes Schlachtfeld macht und dergleichen mehr; an allen möglichen Künsten in der Verwendung der — übrigens nicht besonders erweiterten — Orchesterinstrumente fehlt es auch nicht. Manchmal kommen sogar sogenannte lyrische, weiche Züge. Das ganze ist in ausgesprochener Weise eine Orchesteroper, keine Gesangsoper, das heißt: da drunten geschieht die Hauptsache und da droben findet man sich hinein, wie sich eben jedes Instrument ins Orchesterensemble hineinfindet. — Man brauche aber nicht den Ausdruck Naturalismus! Der Text bietet zwar eine moderne Konversation, aber bereits mit der entsprechenden theaterheißen Färbung. Und nun spricht das Orchester nicht etwa so, wie wir es bereits bei manchen Operndramen kennen gelernt haben, sondern fast immer wieder in der pompösen Art, die nun einmal von der französischen Großen Oper zu dem sogenannten jungitalienischen Verismus führt. Aber alles, auch der Text, ist erfreulich knapp — nirgends wird geschwätzt.

Im Publikum scheint ein kleiner energischer Anhang des Komponisten gewirkt zu haben. Der größte Teil der Zuhörer würde vielleicht den Kopf geschüttelt haben, wenn nicht der bald herausgerufene Komponist einen so sympathischen Eindruck gemacht hätte — nichts weniger als den eines glücklichen Herrschers. So war denn alles in schönster Harmonie, und den Sängern kann man das Beste (meist einschließlich des Gesanges) nachsagen. Die in dem Verbande der Kurfürsten-Oper neuauftauchende Annie Gura-Hummel brachte in der weiblichen Hauptrolle besonders das Lyrische, Weiche gut zur Geltung; und der Titelrolle wurde der Bariton Zawilowski so sehr gerecht, daß es schien, er wolle lieber ein paar unschöne Töne singen, als nicht richtig charakterisieren.

Die Kurfürsten-Oper, heißt es, wackelt schon, und die Füße derer, die Herrn Direktor Moris hinaustragen wollen, sollen vor der Türe stehen. Das scheinen einerseits die Eigentümer des Hauses zu sein, die bereits den Uebergang in ein Schauspielunternehmen vorbereiten möchten, und anderseits das Charlottenburger Opernhaus, das vielleicht schon in 1½ Jahren spielen wird. Nun hat sich bisher Direktor Moris einen blauen Teufel um unsere Interessen gekümmert. Das hindert uns aber gar nicht, ihm dieses Interesse freundlichst nahezulegen und ihm unsere Sympathie zuzusagen, wenn er die Absicht hätte, mit oder nach seinem Theater auf das Bildungs- und Kunstgenußbedürfnis der weitesten Kreise Rücksicht zu nehmen. Bisher hat er sich trotz allem immer noch ernst-künstlerisch bewährt. Und unsere Bevölkerung kann es ganz gewiß brauchen, daß ein solch künstlerischer Ernst endlich einmal auch über die durch „Berlin W" und gar durch „Berlin C" gekennzeichneten Kreise hinausdringe. sz.

Notizen.

— Gegen die Münchener Zensur, die ihrem reichen Ruhmeskranze eben ein neues Reis einverleibt hat — sie verbot die öffentliche Vorlesung von L. Goldschmieds Tragödie „Die Entweihung der Erde" — erlassen Münchener Schriftsteller einen gehaltvollen Protest.

geschrieben". Das dürfte dann Herrn Hintzmann genügen. (Heiterkeit bei den Sozialdemokraten.)

Abg. Dr. Hintzmann (natl.): Ich habe nicht den Ehrgeiz, mich in diese sozialistischen Schulforderungen hineinzufinden, ebensowenig als ich Herrn Ströbels letzte Ausführungen sehr geistreich finden kann.

Der Antrag Engelbrecht (Vp.) geht an die Unterrichtskommission.

Bei der Abstimmung über den Antrag Eickhoff (Vp.) setzt sich die Rechte und das Zentrum. Erst als ihnen zugerufen wird, daß sie den Antrag selbst unterzeichnet haben, stehen sie wieder auf, so daß der Antrag angenommen wird. (Heiterkeit.)

Abg. Ernst (Vp.) begründet seinen Antrag, die Lehrpläne der Volks- und höheren Schulen in enge Verbindung zu bringen und die Vorschulen zu beseitigen. Die 4¼ Millionen Stimmen der Sozialdemokratie beweisen die Notwendigkeit eines sozialen Ausgleichs auch in der Bildungsfrage. Nicht nur die Sozialdemokraten fordern das Ideal der Einheitsschule. Der Redner wird in seinen sehr ausführlichen Darlegungen der Notwendigkeit der von ihm beantragten Reform öfter durch präsidiale Mahnungen zur Kürze unterbrochen.

Ein Regierungskommissar: Wir haben schon vor drei Jahren eine Anregung in diesem Sinne gegeben, es sind aber nur drei Städte darauf eingegangen.

Dienstag 11 Uhr: Fortsetzung; kleinere Vorlagen.

Schluß 4¾ Uhr.

Der Krieg.

Kreuzfahrten der italienischen Flotte im Archipel.

Saloniki, 21. April. Der hiesige Hafenkommandant erhielt von Rhodos die amtliche Mitteilung, daß heute sieben italienische Panzerschiffe und drei Torpedofahrzeuge dort eingelaufen und nach dreiviertelstündigem Aufenthalt wieder in See gegangen seien. Nach Meldungen von Chios und Tenedos sind dort gleichfalls italienische Kriegsschiffe gesehen worden. In Kreisen, die dem jungtürkischen Komitee nahestehen, verlautet, den Mitgliedern des Komitees in Konstantinopel sei von berufener Seite die Zusicherung gemacht worden, daß mit einem italienischen Angriff auf Saloniki nicht zu rechnen sei. Trotzdem werden hier und bei den Befestigungen am Kap Kara-Burun sowie an den Küsten der Chalkidike die Vorsichtsmaßregeln für den Fall eines Angriffs der Italiener mit ungeschwächtem Eifer fortgesetzt.

Tschesme, 21. April. Zwei italienische Kriegsschiffe bombardierten gestern Alatsata bei Tschesme, richteten aber nur unbedeutenden Schaden an. Verwundet wurde niemand. Auch die radiotelegraphische Station von Makri wurde von den Italienern bombardiert.

Konstantinopel, 22. April. Infolge der Mitteilung des Wali von Smyrna, es gehe das Gerücht, daß acht italienische Kriegsschiffe vor Chios erschienen seien, eine Frist von vier Stunden für die Uebergabe gestellt und nach Verlauf dieser Zeit die Insel bombardiert hätten, hat das Ministerium des Innern telegraphisch beim Gouverneur von Chios angefragt, doch steht die Antwort noch aus. — Die Gerüchte von der Landung der Italiener auf Lemnos werden dementiert; alle Kabel, ausgenommen das von Mytilene, sind abgeschnitten.

Ueber die Ausweisung aller Italiener ist noch kein Beschluß gefaßt. Nur einige verdächtige Italiener beschloß die Regierung auszuweisen.

Die Italiener vor Samos.

Rom, 22. April. „Giornale d'Italia" veröffentlicht folgende Einzelheiten über die italienische Aktion vor Samos. Als der italienische Torpedobootzerstörer „Ostro" vor dem Hafen von Vathy erschienen war, wurde die Besatzung des türkischen Stationsschiffes „Islamich" von einer Panik ergriffen, öffnete die Unterwasserventile des Schiffes, um es zu versenken und floh in die Stadt. Die „Ostro" gab darauf einen Schuß ab, der den Kiel der „Islamich" traf und ließ dann ein Torpedo ab, der die „Islamich" in die Luft sprengte. Schließlich traf ein genau gezielter Schuß den aus dem Wasser hervorstehenden Mast mit der türkischen Fahne. Die Bevölkerung begrüßte das Vorgehen der Italiener mit Rufen: „Es lebe Italien!", „Es lebe Savoyen!" Die Italiener antworteten unter Schwenken der Mützen mit dem Rufe: „Es lebe Samos!" Dann trat das italienische Panzerschiff „Emanuele Filiberto" in Aktion und gab 64 Schüsse gegen die türkische Kaserne ab, deren Flaggenmast mit der türkischen Flagge es zerstörte. Vier Geschütze, die von den Türken gegen den Aufstand von Samos verwendet worden waren, wurden gebrauchsunfähig gemacht. Der italienische Kommandant verlangte sodann von dem vom Fürsten an Bord gesandten Beamten die Niederholung der türkischen Flagge und deren Uebergabe. Nachdem dies geschehen war, wurden die Feindseligkeiten eingestellt und es wurde bekanntgegeben, daß, wenn gegen die Bevölkerung mit Zwangsmaßregeln vorgegangen würde, die italienischen Schiffe das Bombardement wieder aufnehmen würden. Die Bevölkerung von Samos ist über die Befreiungsaktion Italiens begeistert.

Die Dardanellensperre.

Konstantinopel, 22. April. Die Sperrung der Dardanellen verursacht der Schiffahrt große Verlegenheit. Ueber fünfzig Dampfer befinden sich im Hafen. Im Personen-, Waren- und Postverkehr ist eine Stockung eingetreten. Doch werden Maßnahmen getroffen, um den Verkehr auf indirekten Wegen abzuleiten. Die Eisenbahngesellschaften sagten der Regierung Erleichterung für den Getreidetransport zu. Die Stadtbehörde trifft unablässig Vorkehrungen, um die Lebensmittelteuerung hintanzuhalten. Wegen der Einstellung des Verkehrs mit Triest trat auf dem Zuckermarkt große Hausse ein.

Rostow am Don, 21. April. Die Getreideexporteure haben Beratungen abgehalten, wie Verluste infolge der Sperrung der Dardanellen verhütet werden könnten, und beschlossen, durch den Ministerpräsidenten bei der türkischen Regierung die Wiederherstellung des freien Verkehrs zu erwirken unter Hinweis darauf, daß es unmöglich sei, die teuer angeschafften Getreideüberschüsse zu realisieren und daß demzufolge schwere Verluste eintreten würden. Gleichzeitig haben die Getreidehändler darum ersucht, den Getreidekredit nicht einzustellen, weil sonst eine allgemeine Geschäftsstockung erfolgen würde. Es wird ferner eine Beratung darüber stattfinden, ob die Vereinbarungen für April gültig sein sollen.

Ein Gefecht bei Derna.

Kairo, 21. April. (Meldung der Agence Havas.) Aus Derna wird vom 16. April gemeldet: Ein italienisches Bataillon, das vorzurücken versuchte, wurde von den Türken und Arabern zurückgeworfen, verlor mehrere Mann und ließ zahlreiche Gewehre im Stich. Es gelang der türkischen Artillerie trotz des heftigen Feuers der Forts und der Schiffe, ein italienisches Geschütz unbrauchbar zu machen. Die Türken hatten 16 Verwundete.

Aus der Partei.

Aus den Organisationen.

Der Sozialdemokratische Verein Breslau, der jetzt über 10 000 Mitglieder zählt, beschloß in seiner letzten außerordentlichen Generalversammlung im Prinzip das Vertreterprinzip zu den geschäftsführenden Mitgliederversammlungen einzuführen.

Ein Parteiveteran.

In Bremen feierte am vorigen Mittwoch Genosse Gustav Deckwitz seinen 75. Geburtstag. Genosse Deckwitz, dessen Wiege in Zeitz stand, kam, wie die „Bremer Bürgerzeitung" mitteilt, am 3. August 1863 als Tischlergeselle nach Bremen. Er war in Hamburg Lassalleaner geworden und bemühte sich auch in Bremen sofort, Anhänger für die große Sache zu werben, und zwar im Bildungsverein „Vorwärts". Der „Vorwärts"-Vorstand ließ eine öffentliche Aussprache nicht zu und so agitierte denn Deckwitz im stillen. Am 6. November 1863 berief er die erste sozialdemokratische Volksversammlung nach einer Wirtschaft in der Schwanenstraße ein. Es kamen nur 23 Personen; aber schon acht Tage später fand wieder eine Versammlung statt, bei der das kleine Lokal überfüllt war. Nachdem sich allmählich ein kleiner Stamm gebildet hatte, schritt Deckwitz zu Anfang des Jahres 1864 zur Gründung einer Mitgliedschaft des „Allgemeinen deutschen Arbeitervereins". In seiner Ronsdorfer Rede vom 22. Mai 1864 kam Lassalle auch auf die Bremer Mitgliedschaft zu sprechen: „Rührend fast ist ein Hergang in Bremen gewesen. Vor kurzem erhalte ich nämlich einen Brief aus dieser Stadt, dessen 43 Schreiber mir anzeigen, daß sie bereits seit fast zwei Monaten als eine Gemeinde auf eigene Faust bestehen, dies aber nicht eher bei dem „Allgemeinen deutschen Arbeiterverein" hätten anzeigen und sich mit ihm verschmelzen wollen, bis sie doch wenigstens eine einigermaßen nennenswerte Anzahl erreicht hätten. Jetzt gäben sie von ihrer Existenz Kunde und bäten um die Einsetzung eines Bevollmächtigten." Das Schreiben Lassalles hat folgenden Wortlaut:

„Ich ernenne hierdurch Herrn Gustav Deckwitz zum Bevollmächtigten des Allgemeinen Deutschen Arbeitervereins für Bremen.

Berlin, 6./4. 64. Der Präsident.
F. Lassalle."

Genosse Deckwitz, der seinen 75. Geburtstag in geistiger und körperlicher Rüstigkeit feiern kann, nimmt noch stets regen Anteil an allen Vorkommnissen der modernen Arbeiterbewegung.

Personalien der Parteipresse. Als Redakteur der „Breslauer Volkswacht" wurde Genosse Franz Förster-Berlin gewählt. Der Antritt erfolgt zum 1. Mai.

Polizeiliches, Gerichtliches usw.

Die Falscheide des Gendarmen.

Vor dem Schöffengericht Bochum hatte sich der Genosse Pierenkämper vom „Bochumer Volksblatt" wegen Beleidigung des Gendarmen Niemier aus Freisenbruch zu verantworten. Der Inhaber eines Verkehrslokals der Partei und der freien Gewerkschaften erfreute sich der besonderen Aufmerksamkeit der Polizei. Der Wirt begegnete dem dadurch, daß er auf das peinlichste Ordnung hielt. Er erhielt aber trotzdem ein Strafmandat. Er sollte nämlich einem Kinde unter 14 Jahren Schnaps zum Verkauf über die Straße verabreicht haben, was jedoch nicht den Tatsachen entsprach, denn er hatte dem Kinde ein Dienstmädchen mit auf den Weg gegeben. Vor Gericht bestritt der Gendarm diese Tatsache. Er habe das Dienstmädchen weder früher noch in diesem Falle in Begleitung von Kindern gesehen, die aus der Renzelschen Wirtschaft Schnaps holten. Es traten nun eine ganze Anzahl Zeugen auf, die auf das bestimmteste bekundeten, daß sie gesehen hatten, wie der Gendarm das Dienstmädchen beobachtet und zur Rede gestellt habe. Der Wirt wurde deshalb freigesprochen. Als nun das „Volksblatt" diese Tatsache mitteilte, forderte es die Staatsanwaltschaft auf, nachzuprüfen, ob hier nicht auf seiten des Beamten oder der Zeugen absichtliche oder grobfahrlässige Eidesverletzung vorliege; es wurde ferner in dem Artikel zum Ausdruck gebracht, daß das Publikum vor solchen Schikanen der Beamten geschützt werden müsse. Darauf erfolgte Anklage.

Vor Gericht wurde nun durch eine ganze Anzahl einwandfreier Zeugen erwiesen, daß der Gendarm nicht nur in diesem Falle, sondern auch schon vorher das Dienstmädchen auf seinen Begleitgängen beobachtet und angesprochen habe. Der Gendarm wollte sich jetzt aber an nichts mehr erinnern. Der Wirt sagte aus, daß er, seitdem er den Sozialdemokraten sein Lokal eingeräumt habe, von der Polizei schikaniert worden sei. Bei allen anderen Wirten im Dorfe sähe die Polizei nichts, nur bei ihm. Der Staatsanwalt wollte diesmal keine Gefängnisstrafe beantragen, sondern nur 300 Mark Geldstrafe. Das Gericht verkündete, daß der Angeklagte den Beweis erbracht habe, daß der Gendarm sich in zwei Fällen eine Eidesverletzung habe zuschulden kommen lassen, weshalb in diesem Falle auf Freisprechung zu erkennen sei. Daß der Gendarm aus Schikane gehandelt habe, sei nicht hinreichend nachgewiesen, weshalb das Gericht in diesem Falle auf 50 Mark Geldstrafe erkannt habe.

Abgelehnte Richter.

Vor der Strafkammer des Detmolder Landgerichts sollte sich Sonnabend Genosse Dreckshage aus Bielefeld, Redakteur der „Volkswacht", wegen Beleidigung des Redakteurs Staercke von der liberalen „Lippischen Landeszeitung" verantworten. Er hatte eine Korrespondenz aufgenommen, worin das Gebaren der Landeszeitung nach der Bekanntgabe eines „kaiserlichen Gnadenaktes" gekennzeichnet war, durch den dem Detmolder Bataillon gewisse Uniformabzeichen und dergl. auf Grund lippischer Traditionen verliehen worden waren. Das Schöffengericht zu Detmold hatte den Genossen Dreckshage zu 75 M. Geldstrafe verurteilt und zu dieser Verurteilung eine Begründung geliefert, die einige merkwürdige Stellen enthält. Der Richter stellte sich auf den Standpunkt, daß durch den „kaiserlichen Gnadenakt" dem lippischen Volke tatsächlich eine Ehrung erwiesen worden sei, und daß es sich hier um schamlose Angriffe handle. Durch diese Begründung sah sich Genosse Dreckshage veranlaßt, sowohl die Richter der Strafkammer, sowie die sämtlichen übrigen lippischen Richter abzulehnen. Die Verhandlung wurde darauf ausgesetzt, damit das Oberlandesgericht Celle Gelegenheit hat, über den Ablehnungsantrag zu entscheiden.

Richterbeleidigung.

Unser Elberfelder Parteiblatt, die „Freie Presse", hatte aus Haspe bei Hagen gemeldet, daß der unter dem Verdacht des Konkursvergehens inhaftiert gewesene Kaufmann Appelhaus, weil er der Tat nicht überführt werden konnte, nach einjähriger Untersuchungshaft aus dem Gefängnis entlassen worden ist. An diese, einem bürgerlichen Blatt entnommene Notiz, knüpfte die „Freie Presse" die Bemerkung: „Es sei wunderbar, daß der Untersuchungsrichter über ein Jahr dazu gebraucht habe, um die Schuldlosigkeit des „dringend Verdächtigen" herauszufinden. Ein Jahr Untersuchungshaft sei doch schließlich kein Pappenstiel.

Dadurch fühlte sich der Untersuchungsrichter beleidigt und veranlaßte ein Strafverfahren gegen den Genossen Hoffmann. In der Verhandlung wurde festgestellt, daß der erwähnte Kaufmann nicht ein ganzes, sondern „nur" ein halbes Jahr in Untersuchungshaft gesessen habe. Wegen der Bemerkung, daß das Verhalten des Untersuchungsrichters „wunderbar" gewesen sei, erkannte das Gericht auf 20 M. Geldstrafe. Der Vertreter der Anklage hatte die Kleinigkeit von zwei Monaten Gefängnis beantragt.

Bestrafte Verleumdung.

Im Reichstagswahlkampf im Wahlkreise Kronach (Oberfranken) hatte die katholische Geistlichkeit sich für die Zentrumssache scharf ins Zeug gelegt und nach bekannter Manier gegen die Sozialdemokratie gekämpft. Der Kuratus Will in Buchbach, jetzt in Hollfeld, hatte den sozialdemokratischen Reichstagskandidaten, den Arbeitersekretär Seelmann in Kronach, in der unflätigsten Weise beleidigt. Der brave Gottesmann hatte öffentlich behauptet, Seelmann hätte schon wegen Betrügereien oder Prügeleien fünf Monate und wegen Mißhandlung seiner Eltern drei Monate Gefängnis verbüßt. Diese Behauptung ist glatt erfunden. Seelmann stellte gegen den Verleumder Beleidigungsklage und erzielte dessen Verurteilung zu hundert Mark Geldstrafe. Außerdem wurde dem Kläger die Veröffentlichung des Urteils auf Kosten des Verurteilten in zwei Zeitungen zuerkannt.

Der Geistliche hatte gegen Seelmann Widerklage wegen eines von diesem veranlaßten Zeitungsartikels angestrengt. Er hatte aber damit kein Glück. Der Wahrheitsbeweis für die in dem Artikel aufgestellten Behauptungen wurde geführt und Seelmann freigesprochen. Will hat nun auch sämtliche, nicht unbedeutende Kosten zu tragen.

Soziales.

Mißbrauch der Konkurrenzklausel.

Welcher Mißbrauch mit der sogenannten Konkurrenzklausel getrieben wird, zeigt folgender Fall, den die „Deutsche Industriebeamtenzeitung", das Organ des Bundes der technisch-industriellen Beamten, mitteilt. Die Gesellschaft für Inhalation- und Bädereinrichtungen Berlin, Am Karlsbad 5, hat einem Angestellten ein Gehalt von 125 M. monatlich bewilligt, dafür aber diesen Angestellten verpflichtet, nach seinem Austritt aus der Firma auf die Dauer von 2 Jahren nicht bei einer Konkurrenzfirma einzutreten, widrigenfalls eine Konventionalstrafe von 5000 M. zu zahlen ist. Was sich die Firma bei dem Vertrag eigentlich gedacht hat, ist schwer zu erkennen. Wo soll ein Angestellter mit 125 M. Monatsgehalt eine Summe von 5000 M. hernehmen? Wenn der Angestellte es nicht darauf ankommen lassen will, so ist er gezwungen, in ein ganz anderes Fach überzugehen, da die Konkurrenzbestimmung noch nicht einmal örtlich beschränkt ist. Um aber ganz sicher zu gehen, hat die Firma auch noch vertraglich festgesetzt, daß alle Erfindungen, welche der Angestellte während seiner Anstellungszeit macht, in das Eigentum der Firma übergehen. Eine solche Handlungsweise verdient niedriger gehängt zu werden.

Gerichts-Zeitung.

Zwei Erpressungsaffären

beschäftigten gestern die Moabiter Strafrichter. Vor der ersten Strafkammer des Landgerichts I hatten sich der Büfettier **Artur Biesecke** und dessen Ehefrau Gertrud B. unter der Anklage der versuchten Erpressung gegen eine Schauspielerin zu verantworten. Die mitangeklagte Ehefrau war schon von der Schule her mit der Zeugin befreundet. Letztere war in pekuniär lohnende Beziehungen zu einem vermögenden Herrn getreten. Die Angeklagte leistete bei ihrer früheren Schulfreundin Aufwartedienste. — Als sie im Oktober vorigen Jahres in Not geriet, ließ sie sich verleiten, in Gemeinschaft mit ihrem Ehemann an die Zeugin einen Brief zu richten, in welchem sie diese drohte, sie werde dem „reichen Verhältnis" gewisse Aufklärungen über ihren Lebenswandel geben, wenn sie nicht sofort 1000 M. unter der Chiffre „7333" an das Postamt 8 sende.

Der **Staatsanwalt** beantragte eine Gefängnisstrafe von je **1 Jahr und 1 Monat**. Das **Gericht** erkannte auf **je 5 Monate Gefängnis** unter Anrechnung von je einem Monat der Untersuchungshaft. Außerdem wurden beide Angeklagte aus der Haft entlassen.

Um einen gemeingefährlichen Erpresser handelte es sich in dem **zweiten Anklagefall**, der die fünfte Strafkammer des Landgerichts III beschäftigte. Angeklagt war ein Kaufmann **Karl Lahnstein** aus Stuttgart. Der Angeklagte hatte vor einiger Zeit in einem Café von einem jungen Burschen gewisse Behauptungen über einen Freiherrn v. D. gehört. Diese Erzählungen benutzte der Angeklagte dazu, um an den v. D. einen Erpresserbrief zu richten, in welchem er 1000 M. verlangte, anderenfalls er die „sittlichen Verfehlungen" des v. D. an die Oeffentlichkeit bringen werde. Dieser Brief wurde von dem Erpreßten sofort der Kriminalpolizei übergeben. — Der **Staatsanwalt** beantragte in diesem Falle **9 Monate Gefängnis**. Das **Gericht** ging jedoch weit über diesen Antrag hinaus, da es sich um eine ganz niederträchtige und gemeine Tat handele. Das Urteil lautete deshalb auf **2 Jahre und 6 Monate Gefängnis**. Außerdem wurde der Angeklagte, der sich bisher auf freiem Fuße befunden hatte, **sofort verhaftet**.

Ein räuberischer Ueberfall auf einen Geschäftsinhaber

lag einer Anklagesache zugrunde, mit welcher gestern unter Vorsitz des Landgerichtsdirektors **Liebenow** eine neue Tagung des Schwurgerichts bei dem Landgericht III begann. Aus der Untersuchungshaft wurde der 21jährige **Franz Wegner** vorgeführt, um sich wegen **versuchten schweren Raubes zu verantworten**. Im November v. J. befand sich der damals arbeits- und wohnungslose Angeklagte in der „Wiesenburg", wie das in der Wiesenstraße gelegene Asyl für Obdachlose im Gegensatz zu der „Palme" in der Fröbelstraße unter den Asylisten genannt wird. In dem Asyl wurde er mit einem Arbeiter Nemsow und mit einem wegen Fahnenflucht steckbrieflich verfolgten Arbeiter Müller bekannt. Alle drei beschlossen, sich auf irgendeine Weise Geld zu verschaffen und kamen schließlich dahin überein, einen Raubanfall auf den Zigarrenhändler Stürmer in der Brehmestraße zu Pankow zu verüben. Nachdem die einzelnen Rollen verteilt waren, betraten die drei den Laden des Stürmer, um sofort über diesen herzufallen. Stürmer wurde am Halse gewürgt, konnte aber dadurch, daß er dem Täter kräftig in den Finger biß, einen Augenblick Luft bekommen und Hilfe rufen. Diese Hilferufe wurden von dem in demselben Hause wohnhaften Schuhmachermeister Ruda gehört, der durch sein bloßes Erscheinen die Räuber in die Flucht jagte. Nemsow wurde festgehalten, während die beiden anderen Täter entkamen. Der mitbeteiligte **Müller** wurde vom Kriegsgericht des Gardekorps zu **4¼ Jahren Zuchthaus** verurteilt, während **Nemsow vor dem Schwurgericht** III mit **3 Jahren Zuchthaus** davonkam. Gegen **Wegner**, der erst vor kurzem ergriffen werden konnte, wurde jetzt allein verhandelt. Von **Rechtsanwalt Dr. Frey** wurde auf die Jugend sowie die damalige bittere Not des Angeklagten hingewiesen, der seinerzeit aus Unüberlegtheit mitgegangen und mitgefangen worden sei. Die **Geschworenen** billigten dem Angeklagten mildernde Umstände zu. Das **Urteil** lautete auf **2½ Jahre Gefängnis** unter Abrechnung von 2 Monaten der Untersuchungshaft.

Aus der Frauenbewegung.

Frauenwahlrecht und Steuerpolitik.

Die Politik sei nicht Sache der Frau, davon verstehe sie nichts, die Beschäftigung mit diesen Dingen möge sie gefälligst dem Manne überlassen, so hören wir fort und fort die Philister salbadern. Ist das richtig? Mit nichten! Die Politik greift in das Leben der Frau und trifft sie in ihrer Eigenschaft als Hausfrau, als Mutter, als Arbeiterin und Staatsbürgerin. — Deshalb ist es ein schreiendes Unrecht, daß die Frauen keinen direkten Einfluß auf die Politik haben, daß ihnen das Wahlrecht noch immer vorenthalten wird.

Wir wollen an einem Beispiel zeigen, wie lebhaft die Hausfrau an der Politik und damit an der Eroberung des Wahlrechts interessiert ist.

Seit den letzten Jahren haben wir in steigendem Maße unter den hohen Lebensmittelpreisen schwer zu leiden. Die Hausfrau, die mit dem vom Manne erhaltenen Hausstandsgeld auskommen und doch den Ihrigen eine nahrhafte, abwechselungsreiche Kost bieten möchte, empfindet diesen Uebelstand am schwersten. Sie überlegt und rechnet, sie knapst bald hier ein wenig, bald dort, und doch wollen die Einnahmen nimmer reichen, um die Ausgaben decken zu können. Schließlich bleibt nichts anderes übrig, als die Kost zu verschlechtern. Die Fleischrationen werden kleiner, bei vielausend Arbeiterfamilien verschwinden sie an den meisten

Wochentagen ganz, der Brotkonsum wird eingeschränkt, an seine Stelle tritt mehr die Kartoffel. Obst und Gemüse werden immer seltener auf dem Tisch des Arbeiters, den Kindern wird die Milch verdünnt, an Stelle der Naturbutter tritt Margarine oder Schmalz, kurzum, die Ernährung wird minderwertiger. Zuerst in den kinderreichen Familien, wo sie ohnehin schon immer zu wünschen übrig ließ.

Jedoch, diese erzwungene „Sparsamkeit" rächt sich alsbald bitter. Die Kinder magern ab, werden blaß und blasser, beginnen zu kränkeln, bei ernsten Erkrankungen besitzt der Körper nicht genügend Widerstandskraft und wird gar leicht ein Opfer des Würgeengels Tod.

Aber auch die Gesundheit der Erwachsenen leidet, ihre Leistungsfähigkeit an der Arbeitsstätte läßt nach. Die so sehr gefürchtete und gehaßte Proletarierkrankheit, die Schwindsucht, fordert Opfer um Opfer, je mehr sie unterernährte, geschwächte Proletarierleiber vorfindet.

Erkranken ihre Lieben, eilt die Proletarierin zum Arzt, um Hilfe zu schaffen. In sehr vielen Fällen wird der Arzt ihr sagen, nachdem er den Kranken untersuchte: Liebe Frau, es liegt kein organischer Fehler und keine infektiöse Krankheit vor, sondern Unterernährung, Entkräftung. Sie müssen den Kranken gut pflegen, ihm täglich Milch und ein paar Eier geben, eine kräftige Fleischspeise kochen. Verzweifelt wird die Arbeiterfrau antworten: Ja, woher soll ich das Verordnete nehmen und nicht stehlen?

Vielleicht zum ersten Male denkt sie nun darüber nach, woher es kommt, daß fort und fort in den letzten Jahren die Preise für die notwendigsten Lebensmittel gesteigert wurden. Und bei ihrem Forschen erfährt sie dann, daß es die indirekten Steuern und Zölle sind, die diese Preissteigerung verursachen.

Sie erfährt, daß beispielsweise das Kilo Brot um 6 bis 6½ Pf., das Kilo Fleisch um 35 Pf., Butter um 20 Pf., Salz um 12 Pf. verteuert wird und so fort. Die Frau erkennt, daß die Politik, um die sie sich nie kümmerte, zu ihr in die Küche kam, daß sie ihren Anteil fordert von jedem Bissen Brot, jedem Stück Fleisch oder Wurst, von jeder Tasse Kaffee oder Tee, von allem, was zum Lebensunterhalt dient. Sie überlegt und errechnet, wieviele Mark und Pfennige ihr die Politik mit unsichtbarer Hand Tag für Tag aus der Tasche holt und malt sich aus, wieviel besser Ernährung, Behausung, Bekleidung der Ihrigen sein könnte, wären diese blutigen Zinsgroschen nicht Tag für Tag zu entrichten. Und denkt sie weiter nach, wird sie sich die Frage vorlegen: „Ja, ist denn gegen diese Auswucherung der Aermsten nichts zu machen?" Dann taucht die Erkenntnis auf: Besäße ich das aktive und passive Wahlrecht, besäßen alle Frauen es, wie würden sie es nützen, um Sturm zu laufen gegen die uns unerträglich schwer drückende Zoll- und Steuerpolitik!

Diese Erkenntnis des Zusammenhanges der Politik mit unserer Lebenshaltung kann allein jedoch nicht viel helfen, aus ihr muß vielmehr der lebendige Wunsch und der kraftvolle Wille erstehen, politisches Recht und politischen Einfluß sich zu erobern, um diese im eigenen und im Klasseninteresse zu nutzen.

Dem Ausdruck dieses Willens aller proletarischen Frauen dient der zweite sozialdemokratische Frauentag, der am 12. Mai stattfindet. Mögen unsere Genossinnen Sorge tragen, daß er zu einer wuchtigen Kundgebung für das Frauenwahlrecht werde!

Aus aller Welt.

Ein Gegenstück zu Osterode.

Beim 8. Infanterieregiment in Brünn (Oesterreich) mehren sich die Soldatenselbstmorde, die dann natürlich alle aus — unglücklicher Liebe geschehen sein sollen. Der Infanterist Dolinsky schrieb vor seinem Selbstmord folgenden Brief nach Hause:

Brünn, 15. April.

Liebe Mutter!

Ich grüße alle herzlichst. Schreiben Sie mir nicht mehr retour, denn ich glaube, ich werde nicht mehr in Brünn sein. Ich habe einen entsetzlichen Entschluß gehabt; wollte nämlich unseren Oberleutnant erschießen, dies jedoch nicht ausgeführt, da ich mich später an Euch erinnert habe und an die Schande. Darum habe ich mich entschlossen, mich selbst von der Welt zu entfernen. Nichts für ungut. Zugleich bedanke ich mich für alles, was Sie mir gemacht haben. Dieses gilt auch für die anderen.

Mit einem letzten Gruß an alle

Ihr Sohn Josef.

Mein Entschluß ist fest, denn ich will nicht nachdienen oder in Möllersdorf (der Militärstrafanstalt) enden. Die Sekkierei ist entsetzlich!

Dieser Oberleutnant heißt — Gutmensch!

Folgenschwere Kohlensäureexplosion.

Bei den Vorbereitungen zu einem Richtfest in Escher im Kreise Grafschaft Schaumburg, explodierte eine Flasche Kohlensäure in dem Festzelt. Ein Mann war sofort tot, drei wurden schwer verletzt in das Krankenhaus nach Rinteln befördert, sind aber unterwegs bereits ihren Verletzungen erlegen. Zwei weitere Schwerverwundete befinden sich im Escher im Krankenhaus. Ein neunjähriges Mädchen wurde an der Hand verletzt, die wahrscheinlich verloren ist. Das Festzelt wurde vollständig zertrümmert.

Wirbelstürme in Nordamerika.

Wie ein Telegramm aus New York meldet, sind in der Stadt Tennessy (Oklahoma) durch einen Wirbelsturm fünfzig Häuser zerstört worden. Zwei Frauen kamen dabei ums Leben. In Perry wurde ein Mann getötet, etwa zwanzig Menschen verwundet und fünfundzwanzig Gebäude beschädigt. Noch andere Städte im Staate Oklahoma haben schwer gelitten. Telegraphischen Meldungen zufolge haben auch im Staate Colorado zahlreiche Menschen durch den Sturm das Leben eingebüßt. In den Staaten Illinois und Indiana sind durch den Sturm zweiunddreißig Personen getötet und etwa hundert verwundet worden. Es ist auch großer Sachschaden angerichtet worden.

Kleine Notizen.

Schweres Automobilunglück. In der Nähe von Bad Oldesloe ist Sonntagabend ein Automobil, in dem sich der Manufakturist Eggers aus Oldesloe, dessen Bruder, Schwiegermutter und seine zwei Kinder befanden, gegen einen Eisenbahnzug angefahren. Eggers und seine Schwiegermutter sind getötet, der Bruder und die beiden Kinder schwer verletzt worden.

Risiko der Arbeit. In dem Röchlingschen Eisenwerk in Völklingen sind drei Vorarbeiter durch die Explosion eines Gaskessels sofort getötet worden.

In den Flammen umgekommen. In Gaishaus (Württemberg) ist Sonntag nacht das Anwesen des Käsereibesitzers Ott vollständig niedergebrannt. Die Mutter des Besitzers und sein 4½jähriges Kind sind verbrannt.

Ist es verwunderlich, daß der „Kornfranck" so gern getrunken wird? Der feine kräftige Geschmack muß ja jedermann zusagen.

10

Den echten „Kornfranck" gibt es nur in den grünen Paketen.

Todes-Anzeigen

Sozialdemokrat. Wahlverein Steglitz.

Am Sonntag, den 21. April früh, verstarb unser Mitglied, der Restaurateur

Franz Lehmann.

Ehre seinem Andenken!

Die Beerdigung findet morgen Mittwoch, den 24. d. Mts., nachmittags 3½ Uhr, auf dem Friedhofe in Steglitz, Bergstraße, statt.

Um rege Beteiligung ersucht

201/19 **Der Vorstand.**

Allgem. Kranken- u. Sterbekasse der Deutschen Drechsler
und deren Berufsgenossen.
(E. H. 86 Hamburg.) Bezirk C.

Den Mitgliedern hierdurch zur Nachricht, daß unser Mitglied

Theodor Neumann

am 19. April verstorben ist.

Die Beerdigung findet heute, Dienstag, nachmittags 5 Uhr, von der Leichenhalle des Zentral-Friedhofes in Friedrichsfelde aus statt. 1308b

Die Ortsverwaltung.

Am 20. April, früh 10 Uhr, entschlief nach langem Leiden in Teupitz unser lieber Kollege, der Buchbinder 1309b

Theodor Schilling

im Alter von 35 Jahren.

Wir werden sein Andenken in Ehren halten!

Die Beerdigung findet am Mittwoch, nachmittags ¾4 Uhr, von der Leichenhalle des Neukölln er Gemeindefriedhofes, Mariendorfer Weg, aus statt.

Das Personal der Buchbinderei Heinrich Fuhr.

Am Sonnabend, den 20. April, verschied unerwartet infolge Herzschwäche mein unvergeßlicher, lieber Mann, unser guter Vater und Schwiegervater, der Gastwirt

Karl Schulte

im 53. Lebensjahre.

Dies zeigen tiefbetrübt an

Elise Schulte, geb. Noelle, nebst Kindern.

Köpenicker Landstraße 143 (früher Am Treptower Park 37).

Die Beerdigung findet Mittwoch, den 24. April, nachmittags 4 Uhr, von der Leichenhalle des Treptower Friedhofes, Neue Krug-Allee, aus statt. 98

Sozialdemokratischer Wahlverein Treptow-Baumschulenweg.

Den Mitgliedern zur Nachricht, daß unsere Genosse, der Gastwirt

Karl Schulte

(Bezirk 5) am 20. April im Alter von 53 Jahren plötzlich gestorben ist.

Ehre seinem Andenken!

Die Beerdigung findet am Mittwoch, den 24. d. Mts., nachmittags 4 Uhr, von der Halle des Treptower Gemeinde-Friedhofes, Neue Krug-Allee, aus statt.

201/18 **Der Vorstand.**

Verband der freien Gast- und Schankwirte Deutschlands.
Verwaltungsstelle Treptow-Baumschulenweg.

Am Sonnabend, den 20. April, starb plötzlich unser werter Kollege, der Schankwirt

Karl Schulte.

Ehre seinem Andenken!

Die Beerdigung findet am Mittwoch, den 24. April, nachmittags 4 Uhr, von der Leichenhalle des Treptower Gemeinde-Friedhofes, Neue Krugallee, aus statt.

Um zahlreiche Beteiligung bittet

72/17 **Die Ortsverwaltung.**

Verein der Stereotypeure und Galvanoplastiker Berlins und Umgegend.

Den Mitgliedern zur Nachricht, daß am Freitag, den 19. April, unser Kollege

Gotthilf Noppe

plötzlich verstorben ist.

Sein Andenken werden wir stets in Ehren halten.

Die Beerdigung findet am Mittwoch, den 24. April, mittags 3 Uhr, vom Trauerhause, Dieffenbachstraße 40, aus nach dem alten Luisenstädtischen Friedhof, Bergmannstraße, statt.

Um rege Beteiligung ersucht

Der Vorstand.

Am Sonntag, den 21. April, verschied an den Folgen eines Gehirnschlages meine liebe Frau, unsere gute Mutter, Schwester und Großmutter

Amanda Jordan

geb. Joppich.

Die Beerdigung findet Mittwoch, den 24. April, nachmittags 4½ Uhr, auf dem städtischen Friedhofe, Müllerstraße, Ecke Seestraße, statt.

Um stille Teilnahme bitten

Die trauernden Hinterbliebenen.

Danksagung.

Für die Beweise inniger Teilnahme bei dem Begräbnis meines lieben Mannes sage ich allen Freunden und Verwandten, insbesondere dem Deutschen Metallarbeiterverband und den Kollegen der Firma Bergmann, Werkzeugbau, meinen herzlichsten Dank. 1307b

Witwe Marie Albrecht.

Danksagung.

Für die herzliche Teilnahme und Kranzspenden bei der Beerdigung meines lieben Mannes, unseres guten Vaters sprechen wir allen Verwandten, Bekannten, dem Wahlverein, dem Bauarbeiter-Verband (Sektion der Putzer), dem Gesangverein sowie den Berufskollegen der Arbeitsstätte und den Kolonisten der Kolonie „Gemütlichkeit" unseren herzlichen Dank aus.

Pauline Helbig nebst Kindern.

Berichtigung.
Invaliden- Unterstützungskasse der Gürtler.

Montag, den 29. April, abends 7 Uhr, im „Märkischen Hof", Admiralstraße 18d:

Ordentl. General-Versammlung

Tagesordnung:
1. Bericht der Revisoren und Abnahme der Jahresrechnung.
2. Verschiedenes.

Berlin, den 21. April 1912.

Der Vorstand.
Adolf Heller, Vorsitzender.

Sofastoffe
Riesenauswahl aller Qualitäten.
Walle-Plüsch-Reste! Mocquetts. Satteltaschen.
Muster bei näherer Angabe franko.
Emil Lefèvre, Berlin Süd, Oranienstr. 15.

Wer Stoff selbst
liefert Anzug od. Paletot nach Maß inkl. Zutaten, auf Roßhaar von 25 M. an. Wenn ich Stoff zugebe, von 45 M. an. Deutsche u. englische Stoffe.
Mein Zuschneide- u. Anprobesystem bürgt für tadellosen Sitz.
J. Hänke Preußlauer Str. Alexanderplatz. 25 M.

Stoffe
für eleg. Maßanzüge, Ulster, Paletots, Damenkostüme Mtr. 2,—, 4,—, 6,— M. Loden für Peleriner Mtr. 1,50, 2,50. Tuchlager Koch & Seeland G. m. b. H. Gertraudtenstr. 20/21 vis-à-vis der Petrikirche.

Zum 1. Mai!
Rote Nelken 100 Stück 50 u. 90 Pf.
Muster zu Diensten. 3000 garant. echte Straußfedern, 10—15 cm breit, 40 cm lg. 1,—, 42 cm lg. 2,—, 45 cm lg. 3,—, 50 cm lg. 4,—, 18 cm br. 6,— u. 8,—, 20 cm br. 10,—. Illustr. Preisliste. Hermann Hesse, Dresden, Scheffelstr. 10/12.

Pollmanns Bandagen-Geschäft, nebst Artikel zur Gesundheits- u. Krankenpflege,
Verbandstoffe, Gummiwaren etc.
Berlin N., Lothringer Str. 60.
Lieferant für Krankenkassen
Eigene Werkstatt.

Gardinenhaus Bernhard Schwartz
Erstklassige Bezugsquelle für
Gardinen u. Teppiche
Wallstr. 13 (dreizehn).

Oskar Wollburg
Trauer-Magazin
Berlin N., Brunnenstraße 56.
Große Auswahl in schwarzer Konfektion; auch einz. Röcke, Blusen, Hüte etc. Anfertigung nach Maß in 12 Stunden. Aenderungen sofort.

Auch Teilzahlung!
Nur Mlb.
Möbel-Misch
Gr. Frankfurter Str. 45/46

NEU! 80 Stücke auf einmal zugleich mit Apparat!
5 Tage zur Probe
mit Rücksendungsrecht bei Nichtgefallen, also ohne jede Kaufverpflichtung und
ohne jede Anzahlung
lediglich gegen monatl. Teilzahlungen von
2 Mark
an lief. wir Sprechapparate mit Pathé-Platten (ohne Nadelwechsel spielbar), Musikwerke aller Art, Violin., Celli, Zithern, Feldstecher, Operngläser, phot. Apparate, Schußwaff., Bücher, Reißzeuge, Schreibmaschinen, gerahmte Bilder etc.
Verlangen Sie per Postkarte illustr. Katalog
Bial & Freund
Postfach 120/217 Breslau II
Jagdgewehre, Brownings, Revolver, Scheibenbüchsen, Teschings etc. etc.

Elegante
Herren-Moden
fertig u. nach Maß
von 1 Mark
wöchentliche Teilzahlung.
S. Boltuch
Frankfurter Allee 75
Eingang Tilsiter Straße
Kein Waren-Kredithaus

Zigarren-Fabriken W. Herbst
gegr. 1862. Tel.: Moritzplatz 3873.
BERLIN SW., Ritterstr. 83
Erstklassige Ware. Zigarrenhändlern bestens empfohlen.
Tarifarbeit.

Deutscher Metallarbeiter-Verband.

Arbeitsnachweis: Hof I. Amt Norden, Nr. 1239. | Verwaltungsstelle Berlin Chariteestraße 3. | Hauptbureau: Hof III. Amt Norden, Nr. 1987.

Mittwoch, den **24. April, abends 8½ Uhr**, im Lokal von Merkowski, Andreasstr. 26:

Branchen-Versammlung
der Drahtarbeiter Berlins und Umgegend.

Tagesordnung:
1. **Vortrag.** 2. Diskussion. 3. Branchenangelegenheiten.
Zahlreiches Erscheinen wird erwartet.

Mittwoch, den **24. April, abends 6 Uhr**, im **„Rosenthaler Hof“**, Rosenthaler Straße 11/12:

Branchen-Versammlung
der chirurgischen Branche.

Tagesordnung:
1. Branchenangelegenheiten. 2. Verschiedenes.
Zahlreiches und pünktliches Erscheinen wird erwartet.

Mittwoch, den **24. April, abends 8 Uhr**, in den **„Arminhallen“**, Kommandantenstr. 58/59:

Versammlung
der Mechaniker, Uhrmacher, Optiker sowie sämtlicher in den mechanischen Betrieben beschäftigten Kollegen und Kolleginnen.

Tagesordnung:
1. **Vortrag.** 2. Diskussion. 3. Bericht und Neuwahl der Branchenkommission.
Kolleginnen und Kollegen! Wir ersuchen, für einen guten Besuch dieser Versammlung zu sorgen.
Mitgliedsbuch legitimiert.

Mittwoch, den **24. April, abends 8½ Uhr**, in den „Korona-Prachtsälen“, Kommandantenstr. 72:

Versammlung
der Graveure und Ziseleure.

Tagesordnung:
1. Vortrag des Herrn Dr. **Pinkus** über „Krebskrankheiten“. 2. Diskussion. 3. Verschiedenes.
Um rege Beteiligung wird ersucht.

Mittwoch, den **24. April, abends 8½ Uhr**, im „Dresdener Garten“, Dresdener Straße 45:

Mitglieder-Versammlung
der Gold- und Silberarbeiter und verwandten Berufsgenossen.

Tagesordnung:
1. Vortrag des Genossen **Max Schütte** über: **Friedrich, genannt „der Große“.** 2. Verbandsangelegenheiten und Verschiedenes.
Mitgliedsbuch legitimiert.
Zahlreiches und pünktliches Erscheinen wird erwartet.

Mittwoch, den **24. April, abends 8½ Uhr**, in den **„Hohenstaufen-Sälen“**, Kottbuser Damm 76:

Branchen-Versammlung
aller in der Eisenmöbelbranche beschäftigten Kollegen und Kolleginnen.

Tagesordnung:
1. Der Schlosserlarif und wie stellen sich die Kollegen zu demselben? 2. Bericht der Kommission. 3. Branchenangelegenheiten und Verschiedenes.
Die Kollegen der Firmen **Karl Schulz, Hermann Reinhold, Paul Neye, Gustav Liepe, Groth u. Brandt, Jean Schöngraff, Amerikanische Metallbettenfabrik, Moths, Kunze, Lenz, Lüdtke u. Zauder, Ruhnau, M. Bech, Förster u. Schulz** und **Caspari, Markenfelde**, sind ganz besonders eingeladen.

Mittwoch, den **24. April, abends 8 Uhr**, im Lokal von Hummel, Sophienstr. 5:

Vertrauensmänner-Konferenz
der Bauanschläger.

Wo kein Vertrauensmann gegenwärtig ist, muß ein Kollege zu dieser Konferenz delegiert werden.
Mitgliedsbuch legitimiert. 115/18

Die Ortsverwaltung.

Deutscher Holzarbeiter-Verband.

Verwaltung Berlin.

Mitglieder-Versammlungen

Heute Dienstag, den 23. April:

Schirmmacher. Abends 7 Uhr im Lokal **„Zum Sorgenbrecher“**, Holzmarktstr. 21.
Tagesordnung: 1. Maifeier. 2. Berichte von der Gaukonferenz und von der Generalversammlung. 3. Branchenangelegenheiten.

Einsetzer. Abends 8 Uhr im **Gewerkschaftshause**, Saal 4 (Arbeitslosensaal).
Tagesordnung: 1. Bericht vom 1. Quartal. 2. Der 1. Mai. 3. Branchenangelegenheiten.

Mittwoch, den 24. April:

Bodenleger. Abends 8 Uhr im **Gewerkschaftshaus**, Saal 3.
Tagesordnung: 1. Maifeier. 2. Berichte. 3. Branchenangelegenheiten.

Jalousiearbeiter. Abends 8½ Uhr, bei **Boeker**, Weberstr. 17.
Tagesordnung: 1. Vortrag über: „Heinrich Heine und seine Dichtungen“. (Mit Rezitationen.) 2. Verbands- und Branchenangelegenheiten.

Bürsten- und Pinselmacher. Abends 8½ Uhr, bei **Preuß**, Holzmarktstr. 65.
Tagesordnung: 1. Vortrag über: Die Aufgaben der Gewerkschaftsbewegung in der heutigen Zeit. Referent: Stadtverordneter **Ritter**. 2. Branchenangelegenheiten.

Korbmacher. Abends 8½ Uhr im **Gewerkschaftshaus**, Saal 4 (Arbeitslosensaal).
Tagesordnung: 1. Maifeier. 2. Bericht von der Lohnbewegung. 3. Bericht der Kommission. 4. Bericht von der Generalversammlung.

Perlmutter-, Horn- und Steinnuß-Knopfarbeiter
abends 6½ Uhr, im **Gewerkschaftshause**, Saal 5.
Tagesordnung: Bericht vom 1. Quartal 1912. 2. Bericht von der Generalversammlung. 3. Maifeier. 4. Verbands- und Branchenangelegenheiten.

Donnerstag, den 25. April:

Stellmacher. Abends 8½ Uhr, im **Rosenthaler Hof**, Rosenthaler Straße 11/12.
Tagesordnung: 1. Bericht vom ersten Quartal. 2. Branchenangelegenheiten. 82/9 **Die Ortsverwaltung.**

Achtung! **Wanderer-Naturfreunde** Achtung!

Mittwoch, den 24. April, abends 8¼ Uhr (nach der Flugblattverbreitung), im großen Festsaal des **Berl. Klubcasinos**, Ohmstr. 2:

Waldschutz-Kundgebung.

Referenten: 1. Herr Dr. **Hegemann: Pflege und Einrichtungen städtischer Parkanlagen und Wälder.** 2. Herr Redakteur **Georg Eugen Kitzler: Die Walddernichtung bei Buch durch die Stadt Berlin und andere Waldbedrohungen.**

Alle die ein Interesse für die Erhaltung unserer märkischen Wälder haben, werden aufgefordert, sich an dieser Kundgebung zu beteiligen.
Eintritt frei. Garderobe 15 Pf.
1/4 **Arbeiter-Wanderbund „Die Naturfreunde“.**

Arbeiter-Bildungsschule.

Dienstag, 30. April, abends 8½ Uhr, im Schullokal, Grenadierstr. 37:

Generalversammlung.

Tagesordnung:
1. Bericht des Vorstandes, des Lehrerkollegiums und der Revisoren. 2. Anträge. 3. Wahl zweier Revisoren. 4. Schulangelegenheiten. 5. Verschiedenes.
Mitgliedsbuch legitimiert.
Die rückständigen Beiträge müssen bezahlt werden. 6/9*

Deutscher Buchbinder-Verband.

Zahlstelle Berlin.

Geschäftsbuch-Branche.

Donnerstag, den 25. April 1912, abends 6 Uhr:

Branchen-Versammlung

im Etablissement **Musikersäle, Kaiser-Wilhelm-Str. 18m.**

Tagesordnung:
1. **Die Entwickelung des Tarifvertragswesens in den deutschen Gewerkschaften.** Referent: Genosse **Heitmann.** 2. Die Einhaltung des Tarifs durch die Unternehmer. 3. Branchenangelegenheiten. 24/6
Das Mitgliedsbuch ist am Saaleingang vorzuzeigen. Ohne Mitgliedsbuch kein Eintritt.
Zahlreichen Besuch erwartet **Die Branchenleitung.**

Etuis-Branche.

Donnerstag, den 25. April 1912, abends 5½ Uhr:

Branchen-Versammlung

aller in den

Etuis-Fabriken beschäftigten Arbeiter und Arbeiterinnen

im **„Graphischen Vereinshaus“, Alexandrinenstr. 44.**

Tagesordnung:
1. **Bericht von der Etuisarbeiter-Konferenz.** 2. Branchenangelegenheiten und Verschiedenes.
Wegen der Wichtigkeit der Tagesordnung ist das Erscheinen aller Kollegen und Kolleginnen notwendig.
Die Branchenleitung.
A. Kulikowski.

H. & P. Uder, Berlin SO. 16, Engel-Ufer 5.
Tabak-Großhandlung und **Tabakfabrik.**
Spezialität: Nordhäuser Kautabak von
G. A. Hanewacker, Grimm & Triepel.
Stets frisch zu den äußersten Engrospreisen.
Amt IV, 3014.

Peek & Cloppenburg

Spezialhaus für Herren- u. Knaben-Bekleidung
Berlin C, Gertraudtenstr. 25-26-27
Düsseldorf Schadowstraße-Eckstraße | **Hamburg** Gr. Burstah-Rödingsmarkt

Fertig am Lager:

Moderne vorzüglich passende
Sacco-Anzüge

Preise: 24 27 32 38
48 56 60 78 Mark

Marengo-Rock-Anzüge

Neue gestreifte Beinkleider
gut passend.

Breeches und Stiefelhosen

Verantwortlicher Redakteur: Albert Wachs, Berlin. Für den Inseratenteil verantw.: Th. Glocke, Berlin. Druck u. Verlag: Vorwärts Buchdruckerei u. Verlagsanstalt Paul Singer u. Co., Berlin SW.

Parteigenossen! Auf zum Protest gegen Militarismus und Marinismus.

Mittwoch, 24. April: Flugblattverbreitung. Donnerstag, 25. April: Protestversammlungen.

Flugblattverbreitung

für die Protestversammlungen am Donnerstag

finden morgen, Mittwoch, in folgenden Vororten statt.

Charlottenburg: Abends 7 Uhr von den bekannten Stellen aus.

Steglitz: Von 6 Uhr ab von den Bezirkslokalen aus.

Friedenau: Von den Bezirkslokalen aus.

Ober-Schöneweide: Abends 7 Uhr von den bekannten Stellen aus.

Stralau: Abends 8 Uhr von den Bezirkslokalen aus.

Boxhagen-Rummelsburg: Abends 7 Uhr von den bekannten Lokalen aus.

Mariendorf: Abends 7 Uhr von den bekannten Lokalen aus. Die hiesigen Genossen besuchen am Donnerstag die Versammlung in Tempelhof.

Treptow-Baumschulenweg: Abends 7½ Uhr von den Bezirkslokalen aus. Die öffentliche Versammlung für Baumschulenweg findet später statt.

Tegel: Abends 7 Uhr von den bekannten Stellen aus.

Bezirk Waidmannslust: Abends 7 Uhr von den bekannten Stellen aus.

Partei-Angelegenheiten.

Zweiter Kreis. Da die Protestversammlungen gegen die neue Wehrvorlage in Rißles Festsälen, Happoldts Brauerei und der Bockbrauerei bereits heute tagen, findet die Flugblattverbreitung im zweiten Kreise am Mittwoch nicht statt. Der Vorstand.

Karlshorst. Heute abend 8½ Uhr im Restaurant „Fürstenbad“ (Inh. Bartels): Mitgliederversammlung. Tagesordnung: 1. Vortrag des Genossen Fritz Tarnow: „Von den Utopisten zur sozialistischen Wissenschaft.“ 2. Diskussion. 3. Kassenbericht. 4. Mitteilungen.
Die Bezirksleitung.

Adlershof. Heute Dienstag, abends 8½ Uhr: Generalversammlung des Wahlvereins im Lokal von Kaul, Bismarckstr. 16. Tagesordnung: 1. Vortrag des Genossen Neumann über: Die bürgerliche Jugendbewegung. 2. Bericht des Vorstandes und der Funktionäre.

Reinickendorf-Ost. Heute abend 8 Uhr: Mitgliederversammlung im Restaurant „Zur Eisenbahn“, Provinz- Ecke Nordbahnstraße. Tagesordnung: 1. Vortrag des Genossen Emil Eichhorn über: „Die Verfassung des Deutschen Reiches“. 2. Partei- und Vereinsangelegenheiten.
Die Bezirksleitung.

Wilhelmsruh-Niederschönhausen-West. Mittwoch, den 24. April, 7 Uhr abends: Flugblattverbreitung von den Bezirkslokalen aus.
Die Bezirksleitung.

Berliner Nachrichten.

Schont die Wälder!

In wenigen Wochen hält das Maienkind seinen Einzug. Unter siegreicher Sonnenkraft schafft sich die Frühlingsnatur reißend Durchbruch. Auch der eingemauerte Großstädter fühlt sich mit dem endgültigen Weichen des Winters, der uns gerade jetzt ohnmächtig noch einmal seine letzten Rücken zeigt, verjüngt. Mit der steigenden Boden- und Luftwärme wird jede freie Stunde benutzt, um sie der Natur und ihren Schönheiten zu weihen. Da sollen wir auch dankbar sein und nicht schänden, was die wiedererstandene Herrlichkeit in Wald und Feld uns beschert. Es kann nicht früh genug von neuem gemahnt werden: Schont die Wälder . . . schont Baum und Strauch! Es ist wirklich nicht nötig, daß man in der Freude über das erste sprossende Grün auch gleich wieder der Natur in den Arm fällt und rücksichtslos die jungen Triebe vom Zweig raubt, sie an den Hut, an die Brust steckt, um sie wenig später achtlos fortzuwerfen. Auge und Herz tun weh, wenn man sehen muß, wieviele Hunderttausende von zukünftigen Früchten alljährlich bloß bei der Obstbaumblüte von unnützen, lieblosen Händen vernichtet werden. Der Forstmann und der Landmann, die beide ihr Reich innig lieben und jedes Pflänzchen in seinem Wachstum freudig verfolgen, kennen und fürchten diese sinnlose Plünderungssucht des Großstädters. Wozu auch die Grausamkeit gegen die wiedererwachende Natur? Hat man nicht mehr Freude daran, beim nächsten Spaziergang zu beobachten, wie schnelle Fortschritte die Zauberkraft der Sonne geschaffen hat, wie aus der mageren Rute ein blätter- und blütenschwerer Zweig geworden ist? Was die Hand vieler Menschen entweiht, verkümmert schließlich, bricht sterbend in sich zusammen. Und wo wilde Spekulationsgier uns ganze Wälder nimmt, haben wir doch wahrlich alle Veranlassung, uns wenigstens das, was der gewerbsmäßige Waldverwüster nicht in klingendes Gold umsetzen kann, in seiner vollen Pracht zu bewahren. Schont auch die sprossende Matte im Wald und auf der Wiese! Verunziert nicht die grüne Waldpoesie mit den prosaischen Ueberbleibseln eurer Wald- und Wiesenpicknicks! Mit Mühe und Not sind seit vorigen Spätsommer zahlreiche und große Waldstrecken in der Berliner Umgebung durch Mannschaften der Berliner Arbeiterkolonie von Papier, Knochen, Eierschalen, Glasscherben, Konservenbüchsen gesäubert worden. Was sich da in monatelanger Arbeit auftürmte, gab, zusammengekehrt, erst den rechten Begriff davon, wie verbreitet der gedankenlose Unfug ist. Mancher wird jetzt denken: Du kannst deine Mahrzeitreste ruhig liegen lassen, sie werden ja doch aufgesammelt! Nein, das darf nicht sein. Die systematisch begonnene Waldsäuberung ist nicht dazu eingeführt, um die Waldbesucher in ihrer Unreinlichkeit zu bestärken. Sie soll erzieherisch wirken und dem ausfliegenden Publikum nahelegen, eine Gewohnheit aufzugeben, die einem an manchen vielbesuchten Waldstellen die Sonntagsfreude wahrhaftig verleiden kann. Möge der eine auf den anderen achten. Auch Vereine, die geschlossen Ausflüge machen, können hier gutes stiften. Gute Beispiele verderben böse Sitten.

Baumblütesonderzüge. Während der Baumblüte in Werder verkehren vom 28. April bis einschließlich 4. Mai d. J. täglich von Berlin, Potsdamer Bahnhof, um 11.15 vormittags, 1.05, 2.45, 3.05 und 3.15 nachmittags Vorortsonderzüge nach Werder, die um 12.36, 6.58, 5.37, 8.01 und 9.04 nachmittags von Werder zurückfahren. Am Sonntag, den 28. April verkehren, wie die königl. Eisenbahndirektion Berlin bekannt gibt, bei schönem Wetter in der Zeit von 5.40 Uhr vormittags bis 9.17 Uhr nachmittags Vorortzüge von Berlin, Potsdamer Bahnhof, nach Werder. Außerdem fährt ein Zug um 12.45 Uhr nachmittags bis Potsdam. Für die Rückfahrt von Werder ist ebenfalls in weitgehendster Weise Vorsorge getroffen. Von mittag an verkehren von Werder im ganzen 33 Sonderzüge; die letzten drei Züge werden ab Werder um 11.26, 11.55 und 12.55 Uhr abends befördert werden. Um 8.20 Uhr nachmittags wird ein Sonderzug von Werder nach Brandenburg gefahren werden; zwischen Caputh-Geltow und Wildpark verkehren ebenfalls Sonderzüge um 2.10 und 8.41 Uhr nachmittags ab Caputh-Geltow. Wegen des großen Andranges zu den Fahrkartenschaltern in Werder wird empfohlen, die Fahrkarten für die Rückfahrt gleichzeitig mit den Fahrkarten für die Hinfahrt zu lösen.

Die Spree—Havel-Dampfschiffahrtsgesellschaft „Stern“ veranstaltet jetzt täglich Sonderfahrten nach Werder. Abfahrt 9.00 von der Weidendammer Brücke, 9.25 von Café Gärtner (Bahnhof Bellevue), 9.50 von Charlottenburg (Schloßbrücke), 11.00 von Spandau (Charlottenbrücke). Von Potsdam aus verkehren die Dampfer ab 10.00 vormittags stündlich.

Ein nächtlicher Bergrutsch in den Rüdersdorfer Kalkbergen hat etwa fünfzehntausend Kubikmeter Kalkstein in die Tiefe stürzen lassen und auch einen Teil des neben dem Tiefbau auf der Höhe eingerichteten Schulturnplatzes mitgerissen. Man will das Unglück nicht ausdenken, wenn der Absturz zur Tageszeit, während der Benutzung des Turnplatzes, erfolgt wäre. Wir haben schon vor zwei Jahren auf die Gefahr des Platzes aufmerksam gemacht. Man ist mit dem Abbau der Kalksteine immer näher an die langgestreckte schmale Turnplatzhalde herangekommen, so daß längst Vorsichtsmaßregeln hätten getroffen werden müssen. Es ist selbstverständlich, daß nun der Turnplatz verlegt und der öffentliche Verkehr an jener Stelle, wie auch an mehreren ebenso gefährlichen Stellen in weiterem Umkreise als bisher vom Abgrunde entfernt, gesperrt werden muß.

Im Freibad Müggelsee beginnt neues Leben. So mancher, der im vorjährigen Sommer ein eifriger Besucher des beliebten Müggelstrandes und unerlaubten Bades gewesen ist, hat an dem letzten Frühlingssonntage eine Fahrt nach dem Freibade unternommen. Durch den frischen Wald lenkte er seine Schritte dem im östlichen Teile des Strandes gelegenen Bade zu. Ueber diesem Freibade weht noch das Banner der Arbeit. Ein hoher Drahtzaun umlegt zum Teil schon das Gebiet.

Nur wenig Schritte von der Chaussee zieht er sich einige hundert Meter entlang. Drei Kassen und Verwaltungsräume sind im Rohbau fertig gestellt; weiße harzige Balken bilden das Gerippe. Das Waldgelände birgt noch an manchen Stellen aufgestapelte Balken, Pfähle und Hölzer. Durch die Bäume schimmert das Blau des Sees. Vom Waldabhange steigen wir die 10 Meter hohe Böschung auf breiten, — der Natur angepaßten Treppen zum Strande hinab; zur rechten liegt das Erlengebüsch, zur linken ein sonniger Strand, der in reicher Fülle mit dem bekannten Brandenburger Schnee bedeckt ist, dem weichen weißen Streusand. An die Böschung gedrängt sind sechs große Aus- und Ankleidezelte sowie zwei Klosettanlagen, meist mitten unter Bäumen versteckt, teilweise schon ganz errichtet. Diese 32 Meter langen, 8 Meter breiten geräumigen Hallen bieten für Hunderte zum gleichzeitigen ungenierten Ent- und Ankleiden Raum. Ungefähr 50—60 Meter sind noch bis zum plätschernden Wasser; weit in den See hinein sieht man den weißen Grund; denn bis auf 100 Meter hinein ist das Ufer flach, nicht mehr als ¾ Meter tief. Frühlingssonnenschein lacht vom blauen Himmel und aus blauem Wasser uns an. Schon mancher Ungeduldige fühlt sich verlockt, die Kleider abzulegen und ein Frühlings-Wasser-, Luft- und Lichtbad zu nehmen.

Und doch! Alle durchzuckt ein banges Gefühl! Ist das Bad nicht zu klein? Weiter gestattet es die Stadt Berlin der Wasserwerke wegen nicht! sagt uns ein Kenner der Verhältnisse. Wird das Bad ein volkstümliches werden? Dürfen Familienzelte errichtet werden? Wie groß ist doch die Zahl der Fragen? Und die Antwort? Sie soll am kommenden Mittwoch, den 24. April, 8½ Uhr abends, in den Concordia-Sälen, Andreasstraße 64, in einer Versammlung des Freibadvereins gegeben werden.

Waldbrände. In der Jungfernheide bei Saatwinkel, am Tegeler See, bei Spechthausen, in der Nähe von Eberswalde und bei Bernau haben Waldbrände nicht unbeträchtlichen Schaden verursacht. Bei Saatwinkel brannten etwa 60 Morgen Kiefernbestand und bei Spechthausen in der königl. Forst zu beiden Seiten der Chaussee Stangenholz. Bei Bernau war der Brand in einer Bauernheide ausgekommen. Trotz der letzten Regen ist an höhergelegenen Stellen der Boden recht trocken.

Die verkehrsknauserige Oberpostdirektion Berlin.

Uns wird geschrieben: „Seit etwa drei Jahren bemühen sich die Bewohner von Steglitz nebst angrenzendem Friedenau und Schöneberg östlich der Potsdamer Bahn bei der Oberpostdirektion um eine Paketannahmestelle, aber alle Eingaben sind fruchtlos geblieben. Einmal hat 14 Tage lang in Friedenau eine statistische Feststellung stattgefunden unter Aufsicht zweier Postinspektoren. Diese Statistik soll aber eine ungenügende Anzahl Pakete ergeben haben. Infolge dessen war der eine Postinspektor für, der andere gegen Einrichtung der Paketannahmestelle.

Nun muß aber die Statistik insofern schon als unzuverlässig und falsch bezeichnet werden, als ja eine Anzahl unserer Bewohner ihre Pakete gar nicht in Friedenau aufliefern, sondern gerade wegen der weiten Entfernung gleich auf Geschäftswegen mit nach Berlin nehmen. Man erwäge: Die Hauptpostämter Steglitz und Friedenau liegen für den Fußgänger 20 Minuten auseinander, wenn man einen direkten Weg benutzt, für die zahlreichen Umwohner in der Mitte zwischen beiden Postämtern ist aber die Entfernung ebenfalls vielfach 20 Minuten. Eine verkehrsfreundliche Oberpostbehörde würde dem Verkehr vorauseilen, wenn auch nicht gleich die Ueberschüsse in Gold erkennbar wären, aber davon ist man bei uns weit entfernt.

Dabei ist der Einwand, die Kosten würden für die Einrichtung einer Paketannahmestelle nicht gedeckt, durchaus hinfällig. Erstens ist der Postbehörde sogar von ganz vortrefflich reaktionären Hausagrariern Raum zur Einrichtung billig angeboten worden und zweitens erfordert gerade eine Paketannahmestelle so geringen Kostenaufwand, daß eben nur eine so bureaukratisch knauserige Postverwaltung wie die unserige so rücksichtslos sein kann, den zahlreichen Bewohnern zweier Vororte zuzumuten, seit Jahren Pakete 20 Minuten weit zu duckeln und zu schleppen. Freilich die Oberpostdirektion handelt nach dem Vorbilde ihres hohen Chefs, der sich hat bereit finden lassen, den verkehrsfeindlichen Parteien das 2 Pf.-Porto, diese wertvolle soziale Einrichtung, zu opfern und sich damit in der Geschichte des Postwesens ein Ruhmesblatt zu sichern. Wie sollte nun eine nachgeordnete Behörde verkehrseifriger, -freudiger und entgegenkommender sein?

Die Hartnäckigkeit der verkehrsfeindlichen Versagung einer Paketannahmestelle ist um so empörender, als der Oberpostdirektion längst bekannt sein muß, wie rasch sich durch zahlreiche Neubauten der Briefverkehr unseres Postbezirks vermehrt hat.

Ueber den Unfall eines Segelbootes wird uns von einem Augenzeugen berichtet: „Als ich am letzten Sonntag mit meinem Einfuller zwischen ½1—1 Uhr hinter Potsdam die Havelseen, welche sehr bewegt waren, durchfuhr, war geradeüber der Luftschifferstation ein mit zwei Mann besetztes Segelboot gekentert. Die Leute waren schon bis zur Brust im Wasser, hielten sich aber noch krampfhaft am Kiel des Bootes fest und riefen einen Sterndampfer, der etwa 100 Meter entfernt war, um Hilfe an. Der Führer dieses Dampfers sah wohl hinüber nach den Leuten, es fiel ihm aber nicht ein, etwas halblinks zu steuern und Hilfe zu leisten. Erst als der Dampfer vorbei war, schlug ein Segelboot den Kurs ein und brachte Rettung. Ich meine, so viel Zeit wäre übrig gewesen, und zwei Rettungsringe sind doch hoffentlich auch an Bord eines Sterndampfers, so daß eine augenblickliche Hilfe in solchen Fällen geleistet werden könnte. Oder ist den Führern der Dampfer die Instruktion erteilt, solchen Fällen aus dem Wege zu fahren? Ich möchte das nicht annehmen.“

Wir möchten das auch nicht glauben; aber vielleicht erklärt sich die Gesellschaft über die Angelegenheit.

Großfeuer in Schmöckwitz. Der bekannte Berliner Ausflugsort wurde in der letzten Nacht von einem Großfeuer heimgesucht. Der Brand entstand in einem großen Bootsschuppen neben dem Restaurant „Seglerschloß“. Als die Gefahr bemerkt wurde, stand der Schuppen, in dem sich etwa 20 Boote befanden, schon vollkommen in Flammen. Durch Flugfeuer wurde auch der Dachstuhl der benachbarten Villa einer Frau Besser in Brand gesteckt. Auf den hellen Feuerschein hin eilten fünf Feuerwehren aus der Umgegend zur Hilfeleistung herbei. In der Hauptsache galt es, die anderen in der Nähe befindlichen Baulichkeiten zu schützen, was auch gelang. Der Bootsschuppen mit sämtlichen Booten wurde zerstört. Auch der Dachstuhl der Villa ist ein Raub der Flammen geworden. Ueber die Ursache des Feuers konnte nichts festgestellt werden.

Beim Verlassen eines fahrenden Straßenbahnwagens schwer verunglückt ist in der Nacht zum Montag das 21jährige Dienstmädchen Emma Martin aus der Freiligrathstr. 8. Die M. sprang trotz der Warnung des Schaffners am Brandenburger Tor von einem Straßenbahnwagen der Linie 21, der sich in der Anfahrt zur Haltestelle befand und kam zu Fall. Das Mädchen schlug so heftig auf das Straßenpflaster auf, daß es eine klaffende Kopfwunde erlitt und in besinnungslosem Zustande nach dem Krankenhause Moabit übergeführt werden mußte.

Von einem Schutzmann angeschossen. Zu einem blutigen Zusammenstoß zwischen einem Kaufmann und zwei Schutzleuten kam es in der Nacht zum Sonntag in der Andreasstraße. Der 26jährige Kaufmann Eduard Meinert hatte am Sonnabend zusammen mit seinem Freunde, dem Handlungsgehilfen Sch. eine Bierreise angetreten, bei welcher sie unterwegs zwei junge Mädchen kennen lernten. Gegen 5 Uhr morgens kamen sie in ein Lokal in der Andreasstraße, wo drei offenbar angetrunkene junge Leute die beiden Mädchen durch anzügliche Redensarten derart belästigten, daß Meinert sich schließlich die Flegeleien verbat. Es kam zu einem Streit, an dem sich auch die übrigen Gäste des Lokals beteiligten. Als der Zank in Tätlichkeiten auszuarten drohte, wies der Wirt die beiden feindlichen Parteien aus dem Lokal heraus. Auf der Straße setzte sich der Streit jedoch fort und es kam schließlich zu Tätlichkeiten, bei welchen die drei Angreifer von Meinert und seinem Freunde mit Spazierstöcken böse zugerichtet wurden. Auf den Lärm kamen schließlich die beiden Schutzleute August Meyer und Paul Meißner hinzu, um die Ruhestörer festzunehmen. Es kam zu einem Rencontre, im Verlauf dessen der eine Beamte den Browning zog und einen Schuß abfeuerte, der Meinert in die linke Hüfte traf. Der Angeschossene brach schwer verletzt zusammen, während die übrigen Kombattanten das Weite suchten. M. wurde von den beiden Beamten in einer Droschke nach dem Krankenhause am Friedrichshain gebracht, wo die Kugel auf operativem Wege entfernt werden wird.

Ein fingierter Einbruch wird aus der Simeonstraße 12 gemeldet. Hier fand Sonntagnachmittag der Werkmeister B. bei der Rückkehr vom Spaziergang seinen erwachsenen Pflegesohn gefesselt in der Wohnung liegen. Der Junge erzählte, daß er von Räubern überfallen worden sei. Tatsächlich fehlten Wertpapiere, Sparkassenbücher und Schmucksachen. Der Raubüberfall erwies sich bald als erdichtet. Ins Gebet genommen, gestand der Bursche, daß er bei der Geschichte selbst die Hand im Spiel gehabt und die „Räuber“ angestiftet habe. Er hatte zwei Freunde zu dem Raub veranlaßt. Den Erlös wollten sie sich teilen und „auf die Walze“ gehen. Der Pflegesohn wurde von der Kriminalpolizei festgenommen. Die beiden Freunde, die die ganze Beute in der Tasche haben, sind noch nicht ermittelt. Die beiden Sparkassenbücher und Wertpapiere fand man später auf dem Nebengrundstück in einem Müllkasten. Die Diebe hatten sie weggeworfen, weil sie ihnen gefährlich werden konnten. Die Schmucksachen behielten sie.

Der Geisteskranke auf dem Dach.

Am Montag versuchte ein anscheinend Geisteskranker von dem 22 Meter hohen Dache des Hauses Schivelbeiner Str. 25 auf die Straße zu springen. Als die von Straßenpassanten alarmierte Feuerwehr vor dem Hause erschien, hatte die Polizei den Mann schon in Sicherheit gebracht.

Fallschirmabsturz in Johannisthal. Am Sonntagnachmittag hatte sich auf dem Flugplatz Johannisthal ein außerordentlich zahlreiches Publikum eingefunden, um den Versuchen des Luftschiffers Thomnick beizuwohnen. Das anfangs sehr böige Wetter klärte sich gegen Abend auf und als der Wind sich legte, brachte Thomnick seinen Ballon aus der Parsevalhalle heraus, um ihn startbereit zu machen. Durch Strohfeuer wurde die im Innern des Aerostaten befindliche Luft erwärmt und nach kurzer Zeit stieg der kleine Ballon, in dessen Gondel der Luftschiffer Platz genommen hatte, auf 800 Meter empor und wurde schnell nach dem Bahnhof Johannisthal zu abgetrieben. Auf Rudower Gebiet, hinter der Parsevalhalle, verließ Thomnick die Gondel und stürzte sich mit seinem Fallschirm in die Tiefe. Der Apparat trat augenblicklich in Tätigkeit und in sanftem Gleitfluge landete der Luftschiffer kurze Zeit später auf einer Wiese. Auch der Ballon ging sehr bald nieder und konnte geborgen werden. — Am Nachmittag flogen Rosenstein auf der Taube, Gsell auf Dorner, Krieger auf dem neuen Jeanninschen Eindecker, Fokker, Bohlig auf Fokker und Poulain, der seit langer Zeit zum erstenmal wieder flog und mit seinem Eindecker 130 Kilometer in der Stunde erreichte.

Aus der Selbstmordchronik. Erschossen hat sich am Sonntagfrüh im Tiergarten der stellungslose Handlungsgehilfe Fritz Köhler aus Leipzig. In hoffnungslosem Zustande wurde Köhler nach dem Krankenhause in Moabit gebracht. — In seiner Wohnung

Bellermannstr. 7 schoß sich der Dreher Georg Schwindt eine Kugel in die Brust. Er wurde nach dem Virchow-Krankenhause geschafft. — Erhängt hat sich der 33 Jahre alte Zuschneider Flohda aus der Charlottenburger Str. 87. Flohda sah sich in einem von ihm kürzlich vorgenommenen Wechsel seiner Stelle stark enttäuscht.

Radrennen auf der Olympia-Bahn. Sonntag, 21. April. Bei schönem Wetter und sehr gutem Besuch konnte ein umfangreiches Programm zu Ende geführt werden. Der gebotene Sport bestand aus mehreren Dauerrennen sowie Fliegerrennen, die mit ihren Vorläufen ein stattliches Feld an den Start führten. Im „Preis der Nationen" (75 Kilometer) standen sich Stellbrink, Janke, Miquel, Ryser und Walthour gegenüber. Ersterer nahm von Beginn an die Führung und war der einzige Fahrer, der glatt durchs Rennen kam und einen leichten Sieg feiern konnte. Der Franzose geht scharf ins Rennen, fällt aber bald vom Motor ab und bleibt nun meistens ohne Führung, so daß er weit zurück als Letzter endet. Walthour fährt gut, hat aber nach dem 30. Kilometer Radschaden, der ihn mehrere Runden kostet, holt aber bis zum Schluß gegen Stellbrink zwei Runden zurück. Janke hielt sich gut und Ryser büßt in regelmäßigen Zwischenräumen mehrere Runden ein. — Auch im „Harry Elkes-Memorial" (10 Kilometer) siegt Stellbrink vor Walthour, Ryser, Janke und Miquel. — Ein Rekordfahren über 3 Runden hinter Motorführung sah Walthour als schnellsten Mann mit 1 Min. 13 Sek. — Das Vorgabefahren über 15 Kilometer gewann Gnilka als Malmann leicht gegen drei Gegner, die 400, 800 und 1600 Meter Vorgaben hatten. — Sämtliche Rennen verliefen ohne Unfälle.

Vorort-Nachrichten.

Steglitz.

Die Unduldsamkeit der kirchlichen Behörden Anders- oder Nichtgläubigen gegenüber ist allgemein bekannt. Namentlich kommt dieselbe auf den der Kirche gehörenden Friedhöfen zum Ausdruck. In Steglitz befindet sich der Friedhof in Händen der politischen Gemeinde. Trotzdem herrscht hier die gleiche Unduldsamkeit, wie der nachstehende Vorfall beweist. Am vergangenen Donnerstag starb der ehemalige Laternenwärter Gottlob Jahn, ein Mann der die Schattenseiten eines Proletarierdaseins in jeder Hinsicht kennen gelernt hat. Jahns letzter Wunsch war, daß ein befreundeter Verbandskollege ihm den letzten Nachruf widme. Diesem letzten Wunsche entsprechend suchten die Hinterbliebenen um die Erlaubnis nach. Sie glaubten diese, da der Friedhof Gemeindeeigentum ist, zu erhalten. Zunächst verlangte aber die Behörde das Manuskript der Rede. Dies wurde eingereicht. Hierauf wurde dem betreffenden Kollegen vom Polizeikommissar mitgeteilt, daß die beantragte Genehmigung aus ordnungspolizeilichen Gründen nicht erteilt werden kann.

Also aus „ordnungspolizeilichen" Gründen darf der letzte Wunsch eines Proletariers nicht erfüllt werden. Nichts ist kennzeichnender für den Einfluß der Dunkelmänner im zwanzigsten Jahrhundert wie dieses Dokument.

Die Beerdigung findet heute nachmittag 1/2 3 Uhr von der Leichenhalle in der Bergstraße aus statt.

Friedenau.

Aus der Gemeindevertretung. Nachdem in einer vorhergehenden Sitzung die neu- resp. wiedergewählten Gemeindeverordneten eingeführt und bestätigt worden waren, fanden in der letzten Sitzung die Wahlen zu den einzelnen Kommissionen statt. Diejenigen, die nun nach den Versprechungen der bürgerlichen Herren vor der Wahl annahmen, die neuen Herren würden dem Wohle der Gemeinde dienen, erlebten ihre erste Enttäuschung. Die neuen Herren hatten sich vorher genau erkundigt, in welchen Ausschüssen die wenigste Arbeit zu verrichten sei. Die Besetzung derselben machte darum auch wenig Schwierigkeiten. Anders verhielt es sich bei Kommissionen, die wirklich Zeit und Verstand erfordern, wie zum Beispiel der Rechnungsprüfungsausschuß. Keiner hatte die nötige Zeit und es bedurfte erst eines langen Feilschens, um einen Lückenbüßer in diesen wichtigen Ausschuß zu delegieren. Die Wahl eines sechsten Schöffen, die in dieser Sitzung vorgenommen werden sollte, wurde, da der Gemeindevorstand seinen Antrag zurückzog, vertagt. Dieser Beschluß kam im Gemeindevorstande mit drei gegen zwei Stimmen zustande. Die beiden in der Minderheit gebliebenen Herren machten nachher in der öffentlichen Sitzung ihrem gequälten Herzen Luft, indem sie über Vergewaltigung durch die anderen schimpften. Einer, der Schöffe Saden, verließ gemeinsam mit den Gemeindeverordneten Schulz und Gerken unter lautem Poltern demonstrativ die Sitzung. Die Katzbalgerei im Gemeindevorstand wegen der Schöffenwahl währt schon eine ganze Weile. Man ist sich nicht einig darüber, ob Herr v. Brochem oder Herr Ott sich am besten zum Gemeindevorstandsmitglied eignet. Es verlautet sogar, daß Gemeindebaurat Altmann als besoldeter Schöffe in Frage komme. Zu begrüßen wäre es, wenn über diese Frage einmal eine offene Aussprache herbeigeführt würde. Doch vermeidet man dies ängstlich. Was sich die Herren gegenseitig nicht offen ins Gesicht zu sagen trauen, wird desto intensiver in den Geheimkonventikeln der Pfahlbürgervereine durchgehaspelt, um dann in Form anonymer Zuschriften im Ortsblättchen zu erscheinen.

Lankwitz.

Aus der Gemeindevertretung. Bei Beratung einer Vorlage über die Aenderung der Bauordnung in Lankwitz-Süd, in welcher von den Besitzern verlangt wird, daß nur Vorderhäuser mit zwei Stockwerken und je einer Wohnung errichtet werden, wies Genosse Radike darauf hin, daß die Gemeinde vor allen Dingen den Kleinwohnungsbau fördern solle, für große Wohnungen sei schon hinreichend gesorgt. Bei dieser Gelegenheit erlaubte sich der neueingeführte Vertreter der ersten Klasse, Direktor Forthmann, die Aeußerung, man habe kein Interesse durch Bau von kleinen Wohnungen Arbeiter heranzuziehen, sondern man solle den Zuzug des besseren steuerkräftigen Publikums fördern, damit die Steuern noch herabgesetzt werden können. Diese Ansicht rief unter den Zuhörern, unter denen sich auch Frauen befanden, naturgemäß Empörung hervor. Eine Zuhörerin machte den Zwischenruf „traurig!" Sofort forderte der Gemeindevorsteher die Dame, welche den Zwischenruf getan hatte, auf, die Tribüne zu verlassen. Nachdem die Rüferin der erregten Aufforderung nachgekommen, wurden auch die anderen weiblichen Zuhörer aufgefordert, die Tribüne zu verlassen. Eine solche Maßnahme wird unter der Einwohnerschaft sicher einiges Kopfschütteln erregen. Ein Hinweis, daß Zwischenrufe unstatthaft sind, hätte denselben Zweck erfüllt. Nun ist auch noch eine amtliche Bekanntmachung ergangen, nach welcher Frauen in Zukunft nur mit Einlaßkarten versehen Zutritt haben. Die Vorlage selbst fand trotz heftiger Bekämpfung gegen 4 Stimmen Annahme. — Zur Neupflasterung einer Reihe von Straßen soll eine Anleihe von 1 800 000 M. aufgenommen werden. Unser Vertreter stellte den Antrag die Vorlage einer Kommission zu überweisen, da außer der notwendigen Pflasterung verschiedener Straßen, auch solche in dem Programm aufgenommen sind, für die heute noch kein Bedürfnis vorliege; auch soll die Art des Pflasters eingehend geprüft werden, da mit dem Quarzitepflaster, welches ev. angewandt wird, Lankwitz bisher böse Erfahrungen gemacht hat. Für die bürgerlichen Vertreter war die Sache genügend vorberaten. Ein Ortsstatut zur Einführung der Generalvormundschaft wurde nach kurzer Debatte angenommen.

Wohnsdorf.

Ueber Zweck und Ziele der freien Jugendbewegung referierte in einer öffentlichen Versammlung am Dienstag Genosse Karl Scholz. In seinen Ausführungen zeigte der Redner, wie die Regierung und die herrschenden Klassen bestrebt sind, an allen Orten Deutschlands durch Gründung von Jugendausschüssen die proletarische Jugend im nationalen Sinne zu erziehen. Der Zweck sei zugleich, die proletarische Bewegung zu ersticken. Daher müsse die Arbeiterschaft bestrebt sein, an allen Orten Jugendausschüsse zu gründen, damit die Arbeiterjugend zu freien, charakterfesten Menschen erzogen werde. Mit den Goetheschen Worten: „Noch ist es Tag, da rühre sich der Mann, die Nacht bricht an, wo niemand wirken kann," schloß der Redner seinen mit Beifall aufgenommenen Vortrag. An der Diskussion beteiligten sich Gaslang, Mohr und Dreetz im Sinne des Referenten. Folgende von Mohr eingebrachte Resolution gelangte einstimmig zur Annahme: „Die Arbeiterschaft von Wohnsdorf verpflichtet sich, mehr wie bisher dafür Sorge zu tragen, daß die Jugend zu freien Persönlichkeiten und willensstarken Charakteren erzogen wird. Weiter verpflichten sich die Anwesenden, ihre Kinder von Veranstaltungen fernzuhalten, die den Zweck verfolgen, die Jugend von den Anschauungen der Eltern zu entfremden und sie zum Hurrapatriotismus zu erziehen." In den Ausschuß zur Förderung der Jugendpflege wurden die Genossen Pälke, Rückert und Heese gewählt.

Trebbin (Kreis Teltow).

Die Pachtzeit des Marktstandsgeldes ist mit dem 1. April abgelaufen und da auf die erste Ausschreibung sich niemand meldete, ist die Stadt vorläufig verpflichtet, das Standgeld selbst zu erheben. Stadtv. Schottmüller sprach in der letzten Stadtverordnetenversammlung für die Aufhebung des Standgeldes, um dadurch den Zuzug zu heben. Die Angelegenheit wurde jedoch nochmals vertagt. Zur Gründung einer Jugendbibliothek für Lehrlinge und Fortbildungsschüler, welche sich der Stadtbibliothek angliedern soll, wurden 100 M. bewilligt. Der Antrag auf Absetzung des Armenarztes wurde in die geheime Sitzung zur Regelung zurückgestellt. Die Holzauktion am 1. April 1912 brachte einen Erlös von 1554,40 M. Hierauf folgte eine geheime Sitzung.

Friedrichsthal bei Oranienburg.

Sozialdemokraten sind für den Staatsdienst nicht geeignet! So lautet das lakonische „Urteil" des neuen Landrates für den Kreis Niederbarnim. Die Gemeindevertretung von Friedrichsthal wählte im Monat Februar den Kaufmann W. F. zum Steuererheber und Rechnungsführer der Gemeinde Friedrichsthal. Dem Gewählten ging unterm 1. März d. J. ein vom Landrat Busch unterzeichnetes Schreiben zu, in dem es hieß:

„Unter Zustimmung des Kreisausschusses versage ich Ihrer von der dortigen Gemeindevertretung am 14. Februar d. J. vorgenommenen Wahl zum Steuererheber und Rechnungsführer der Gemeinde hiermit die Bestätigung."

Der so von dem Vertrauen der Gemeinde Friedrichsthal gewählte und vom Landrat nicht bestätigte Steuererheber war sich keines Verbrechens bewußt und frug beim Landrat höflichst an, welche Gründe für die Nichtbestätigung vorlägen. Hierauf wurde dem Unbestätigten folgende Antwort zuteil:

„Die Mitteilung der Gründe, aus denen die Bestätigung eines gewählten Gemeindebeamten verfügt wird, ist im Gesetze nicht vorgeschrieben und deshalb auch nicht erforderlich.

Zu Ihrer Orientierung bemerke ich indessen, daß Mitglieder der sozialdemokratischen Partei für den unmittelbaren oder mittelbaren Staatsdienst nicht geeignet sind. Nach dem Berichte des Herrn Amtsvorstehers gehören Sie als Schriftführer und Kassierer dem Vorstande des dortigen sozialdemokratischen Wahlvereins an. Busch."

Also nicht nach der Intelligenz und Fähigkeit eines von dem Vertrauen der großen Mehrheit der Einwohner gewählten Bürgers wird geurteilt, sondern die „Gesinnung" des Erkorenen ist maßgebend, ob er „geeignet" ist, solche Vertrauensposten zu bekleiden. Trotzdem sind „alle Preußen vor dem Gesetze gleich". So steht es wenigstens in der Verfassung. Wir aber quittieren dankend für die landrätliche Brüskierung der Friedrichsthaler Bürgerschaft und freuen uns über die agitatorische Wirkung, die sie auslösen wird. Es leben unsere Freunde, die Feinde.

Nowawes.

In der letzten Wahlvereinsversammlung machte der Vorsitzende zunächst auf die am Mittwoch, den 24. April, stattfindenden Bezirksitzungen aufmerksam und forderte sodann mit Rücksicht auf die im nächsten Jahre fälligen Landtagswahlen diejenigen wahlberechtigten Genossen, die in den preußischen Staatsverband aufgenommen zu werden wünschen, dringend auf, bereits jetzt die dazu erforderlichen Schritte zu tun. Ferner teilte er mit, daß für das diesjährige Sommerfest der 28. Juli in Aussicht genommen sei. Zwecks Agitation für die Parteipresse sei in der letzten Funktionärsitzung eine fünfgliedrige Kommission gewählt worden, die sich gegenwärtig mit der Ausarbeitung eines wirksamen Agitationsplanes beschäftige. — Zur Aufnahme gelangten sechs, übergetreten sind vier Mitglieder. — Der Kassenbestand betrug am Schluß des 3. Quartals 83,20 M.; an Mitgliedern hatte der Verein 996, davon 825 männliche und 171 weibliche. — Die Abrechnung von der Reichstagswahl ergab eine Einnahme von 893,95 M. und eine Ausgabe von 729,60 M. Der Ueberschuß von 164,35 M. wurde an die Kreiskasse abgeführt. — Der dritte Punkt der Tagesordnung betraf die Erörterung kommunaler Angelegenheiten. Dazu hatte Genosse Zöllner als Mitglied der sozialdemokratischen Fraktion das Referat übernommen, das er an Hand des neuen Gemeindeetats äußerst interessant zu gestalten wußte. Zum Schluß seines Vortrages unterzog er einen anscheinend der Feder eines bürgerlichen Gemeindeverordneten entstammenden Artikel, der am Tage vor der Wahl in dem Ortsblättchen erschienen war, einer scharfen Kritik. In dem Artikel wurden nicht nur die Arbeiterwähler der 3. Klasse beschuldigt, bei früheren Wahlen die bürgerlichen Wähler im Wahllokal eingekeilt und verhöhnt zu haben, sondern es wurde auch in wahrheitswidriger Weise behauptet, es „herrsche in weiten Kreisen der Bevölkerung Mißstimmung über manche Beschlüsse der Gemeindevertretung, die ohne die Zustimmung der Vertreter der 3. Abteilung nicht hätten zustande kommen können". Erinnert wurde besonders an die nachträgliche Bewilligung von 22 000 M. für die Pflasterung der Kaiserstraße. Um die ganze Niederträchtigkeit gerade dieser Behauptung zu zeigen, die lediglich dem Stimmenfang für den bürgerlichen Kandidaten der 3. Abteilung dienen sollte, sah sich Genosse Zöllner veranlaßt, auf die Bewilligung der 22 000 M., die von der Vertretung einstimmig beschlossen wurde, näher einzugehen. Auf ständiges Drängen der Anwohner hatte sich der Kreis endlich entschlossen, die Kaiserstraße, deren Unterhaltung ihm obliegt, neu zu regulieren. Da die Gemeinde Klein-Glienicke mit einer Neuchaussierung nicht einverstanden war, vielmehr eine Pflasterung wünschte, so änderte der Kreis seinen anfänglichen Plan und zog nun auf Grund des ihm zustehenden Rechtes die beiden interessierten Gemeinden Klein-Glienicke und Nowawes zu den Pflasterungskosten mit heran. Dabei wurde der anteilige Beitrag der Gemeinde Nowawes auf 17 000 M. festgesetzt. Um nun die ständigen Klagen der Anwohner über Staubbelästigung endgültig zum Schweigen zu bringen, stellte die Gemeinde die Bedingung, daß der zu ihrem Gebiet gehörige Reitweg wegfallen solle. Dieser Bedingung gab der Kreis statt und erhöhte den von der Gemeinde zu zahlenden Kostenbeitrag um 5000 M., so daß die Gesamtsumme nun 22 000 M. betrug. Die dritte Abteilung hat also in Anbetracht der Verhältnisse nicht nur völlig korrekt gehandelt, sondern die Gemeinde sogar vor einem erheblichen Schaden bewahrt. Denn die Prozesse, in die die Gemeinde im Falle der Nichtbewilligung des geforderten Beitrages verstrickt worden wäre, würden weit mehr gekostet haben, als die für Beseitigung des Reitweges bewilligte Summe beträgt. — Genosse Fesser gab eine Uebersicht über wichtigere Gemeindebeschlüsse in der letzten Zeit und verteidigte vor allem die vielfach ungünstig kritisierte Grundstückspolitik der Gemeinde. — In der Diskussion gab der Vorsitzende seiner Verwunderung darüber Ausdruck, daß die Fraktion für eine Herabsetzung der Entschädigung für die Arbeiterbeisitzer beim Gewerbegericht gestimmt habe. Genosse Singer erwiderte, daß die beschlossene Gleichstellung mit den Beisitzern des Kaufmannsgerichts keine Verschlechterung bedeute. Für Versäumnis eines ganzen Arbeitstages werden nach wie vor 6 M. gezahlt; nur für halbtägliche Versäumnis sei die Entschädigung auf 3 M. festgesetzt. — Die Maifeier soll nach dem Bericht des Komitees in derselben Weise wie bisher stattfinden: vormittags 1/2 10 Uhr Versammlung im Singerschen Saale, nachmittags Konzert in beiden Lokalen und abends Tanz. Ihre Mitwirkung haben zugesagt der „Freie Männerchor", der Turnverein und der Arbeiterradfahrerverein. — Genosse Schubert richtete an die Anwesenden die Bitte, die Barbiergehilfen in ihrem Kampfe um bessere Lohn- und Arbeitsbedingungen dadurch zu unterstützen, daß sie diejenigen Geschäfte, die unorganisierte Gehilfen beschäftigen oder den tarifmäßigen Lohn nicht zahlen, streng meiden. Auch müßten die organisierten Arbeiter endlich einmal mit der leidigen Trinkgeldunsitte brechen, die schuld daran sei, daß so viele Gehilfen noch der Organisation fernstehen.

Ein peinlicher Vorgang spielte sich, wie uns nachträglich berichtet wird, am Dienstag voriger Woche in der Friedrichkirche ab gelegentlich der Trauung eines dem Arbeiterstande angehörenden Brautpaares. Im Vorraum der Kirche wandte sich der Pfarrer Dessin an die Braut mit der Frage, ob sie Witfrau sei. Nach Verneinung der Frage wünschte er weiter zu wissen, ob sie bereits ein Kind habe, da er sie in diesem Falle nicht mit Kranz und Schleier trauen könne. Als die Braut bei Verneinung dieser unerwarteten Frage in Weinen ausbrach und die Anverwandten ihrer Meinung über das sonderbare Verhalten des Pfarrers in nicht mißzuverstehender Weise Ausdruck gaben, erklärte der Pfarrer gereizt, daß er sich zur Stellung der Frage für berechtigt halte. Sollten die Anwesenden noch lange „murren", so sähe er sich veranlaßt, vorerst nach Hause zu gehen, um sich über die letztere Frage aus seinem Buche Gewißheit zu verschaffen. Nachdem sich alle beruhigt hatten, ging der Trauakt ohne weiteren Zwischenfall von statten. Als beim Verlassen der Kirche ein zum Traugefolge gehörender Soldat vorzeitig seinen Helm wieder aufsetzte, soll der Pfarrer erregt gerufen haben: „Hüte und Helme werden draußen aufgesetzt!" — Soweit die uns gewordene Mitteilung. Trifft dieselbe in allem zu, so muß man sich fragen, wie sich die zum Traualtar Schreitenden so etwas haben bieten lassen, zumal sie wußten, daß die kirchliche Trauung heute nur noch ein veraltetes dekoratives Beiwerk darstellt, auf das jeder denkende Mensch ohne weiteres verzichten sollte.

Potsdam.

Stadtverordnetenversammlung. Die Baustelle in der Kronprinzenstr. 34 wird für einen Preis von 16 000 M. verkauft; vor kurzer Zeit hatte die Stadt eine Offerte von 18 000 M. abgelehnt. — Den Hauptverhandlungsgegenstand bildete das Projekt der neuen Havelbrücke im Zuge der Packhofstraße, das nach fünfstündiger Verhandlung mit 37 gegen 15 Stimmen angenommen wurde. Die spätere Ausnutzung der Freundschaftsinsel, für die die Baugesellschaft Stadthalle-Potsdam 1 Million Mark zahlen will, wurde in die nichtöffentliche Sitzung verlegt. Die Gegner des Brückenbaues führten eine ganze Reihe Bedenken gegen die Vorlage aus. Vor allem bemängelten sie, daß die späteren finanziellen Wirkungen, die der Brückenbau nach sich ziehen werde, in der Vorlage nicht berücksichtigt sind. Außerdem seien die von der Regierung zugesicherten Garantien alle unverbindlich; für die Stadt sei nach den bisher verschiedentlich gemachten Erfahrungen Vorsicht geboten. Wer ist denn schuld, daß der Bahnbau der Elektrischen nicht bis zum Wildpark ausgeführt werden kann, dieselbe ebenso nicht über die Alleestraße und Glienicker Brücke geführt werden darf, warum muß die Stadt in diesem Jahre 18 000 M. Zinsen für den Flugplatz zahlen und muß die Neue Luisenstraße von 26 Meter auf 30 Meter verbreitern, darf sie die Höhnestraße nicht anlegen usw.? Eingehende Besprechung fand noch die Anlegung eines Fußgängerweges über den Güterbahnhof nach dem Personenbahnhof, dessen Kosten sich auf 80 000 M. stellen. Seine Ausführung wurde allgemein für recht unpraktisch gehalten. Nach dem Beschluß der Stadtverordneten, der ausgeführt wird, wenn die Regierung den in Aussicht gestellten Zuschuß von 60 000 M. in rechtsverbindlicher Form zusichert (durch den Etat am 1. April 1913!), wurde festgelegt: Der Brückenbau über die Freundschaftsinsel, der Ankauf resp. der Austausch des noch im Besitze des Fiskus auf der Freundschaftsinsel befindlichen Geländes und der Verkauf der ganzen Insel an die Stadthallengesellschaft für 1 Million Mark. Zur Durchführung der Brücke muß ferner vom Eisenbahnfiskus Land erworben und die Häuser Burgstraße 22/23 niedergelegt werden. Außerdem wurde ein Kredit von 3 000 M. bewilligt zur Ausarbeitung eines Projektes eines Umschlaghafens an der Ruthemündung.

Briefkasten der Redaktion.

E. G. 30. Offenbacher Frauenkasse, Prinzenstraße 66 bei Hinz. — **A. N. 17.** Ersuchen Sie die „N. Y. Volks-Ztg.", New York, 184 William Street, um Auskunft, oder wenden Sie sich an das Kaiserlich deutsche Generalkonsulat in New York. — **M. M. 66.** 1. und 3. Ja. 2. Nein.

Briefkasten der Expedition.

Patienten in Berlitz, Buch und anderen Heilstätten. Diejenigen unserer Abonnenten, die noch während des ganzen nächsten Monats in der Heilstätte bleiben, wollen uns wegen der Ueberweisung von Freiexemplaren sofort ihre Adresse einsenden, da bei verspäteter Bestellung die ersten Nummern des neuen Monats von der Post nicht geliefert werden, Alle Adressen müssen jeden Monat neu eingesandt werden.

Marktbericht von Berlin am 20. April 1912, nach Ermittelung des königl. Polizeipräsidiums. Markthallenpreise. (Kleinhandel) 100 Kilogramm Erbsen, gelbe, zum Kochen 34,00—50,00. Speisebohnen, weiße, 30,00—56,00. Linsen 40,00—80,00. Kartoffeln (Kleinhdl.) 8,00—13,00. 1 Kilogramm Rindfleisch, von der Keule 1,60—2,40. Rindfleisch, Bauchfleisch 1,40—1,80. Schweinefleisch 1,40—1,90. Kalbfleisch 1,40—2,60. Hammelfleisch 1,40—2,20. Butter 2,60—3,20. 60 Stück Eier 3,00—6,00. 1 Kilogramm Karpfen 1,10—2,40. Aale 1,50—3,20. Zander 1,60—3,60. Hechte 1,40—2,80. Barsche 1,00—2,00. Schleie 1,60—3,20. Bleie 0,80—1,50. 60 Stück Krebse 4,00—30,00.

Witterungsübersicht vom 22. April 1912.

Stationen	Barometerstand mm	Windrichtung	Windstärke	Wetter	Temp. n. C. Grad = 4 kg.	Stationen	Barometerstand mm	Windrichtung	Windstärke	Wetter	Temp. n. C. Grad = 4 kg.
Swinemünde	775	NNO	2	wolkenl	7	Haparanda	776	S	2	wolkenl	2
Hamburg	776	NO	2	wolkenl	12	Petersburg	779	Still		Dunst	2
Berlin	774	N	2	heiter	10	Scilly	770	NO	2	Dunst	10
Frankf. a. M.	771	NO	2	heiter	11	Aberdeen	775	Still		Nebel	7
München	769	NO	2	wolkenl	7	Paris	769	NO	2	wolkenl	11
Wien	769	NNO	2	wolkenl	10						

Wetterprognose für Dienstag, den 23. April 1912.
Trocken und vorwiegend heiter, am Tage warm bei ziemlich frischen nordöstlichen Winden.

Berliner Wetterbureau.

Wasserstands-Nachrichten
der Landesanstalt für Gewässerkunde, mitgeteilt vom Berliner Wetterbureau.

Wasserstand	am 21. 4. cm	seit 20. 4. cm¹)	Wasserstand	am 21. 4. cm	seit 20. 4. cm¹)
Memel, Tilsit	260	—12	Saale, Grochlitz	102	+2
Pregel, Insterburg	—17	—4	Havel, Spandau²)	58	—10
Weichsel, Thorn	226	—10	„ Rathenow²)	148	—2
Oder, Ratibor	163	—5	Spree, Spremberg²)	80	0
„ Krossen	178	—5	„ Beeskow	86	0
„ Frankfurt	185	—7	Weser, Münden	169	+1
Warthe, Schrimm	72	—10	„ Minden	243	—5
„ Landsberg	80	—4	Rhein, Maximiliansau	381	—5
Netze, Nordamm	35	—7	„ Kaub	187	—4
Elbe, Leitmeritz	8	—6	„ Köln	192	—8
„ Dresden	—116	—10	Neckar, Heilbronn	65	—9
„ Berbig	164	—6	Main, Wertheim	—	—
„ Magdeburg	130	—6	Mosel, Trier	74	—3

¹) + bedeutet Wuchs, — Fall. — ²) Unterpegel.

Ohne Anzahlung

liefere an jedermann

Möbel auf Kredit

bei Zahlung einer Monatsrate laut Vereinbarung und bequemster Abzahlung

komplette Wohnungs-Einrichtungen
sowie einzelne
Möbelstücke, Polsterwaren, farbige Küchen
Portieren, Teppiche, **Gardinen**, Leib- u. Bettwäsche, Steppdecken, Betten, Kronen, Kinderwagen usw. in modernster Ausführung. Ferner
Garderobe für Herren, Damen u. Kinder
Grösste Auswahl neuester Fassons

S. DORN Weinmeisterstr. 9
Ecke Alte Schönhauser Strasse

Fordern Sie bei Ihrem Zigarren-Händler

Tag-Zigaretten

der Tabakarbeiter-Genossenschaft Stuttgart.

Zurück:
Dr. Zadek,
Tel. Rpl. 3630. Dresdener Str. 109.

Vornehme

Herren-

Bekleidung
fertig und nach Maß
erhalten Sie in der modernen
Mass-Schneiderei
J. Kurzberg
auf Wunsch Wochenrate.

von **1 Mark** an

Rosenthaler Strasse 40
Hackescher Markt.
Frankfurter Allee 104
Ecke Friedenstrasse.
Reinickendorfer Str. 4
Weddingplatz.

Engelhardt

Special Hell

Flasche 10 Pf.

Erstklassiges Spezial-Bräu
nach Pilsner Art
Überall käuflich

Griebens Reiseführer.

Buckow und Umgebung	0,60 M.
Dresden und die Sächsische Schweiz	2,— „
Erzgebirge	2,— „
Freienwalde und Eberswalde	0,60 „
Harz (kleine Ausgabe)	1,— „
(große Ausgabe)	2,50 „
Mecklenburg	1,50 „
Nordseebäder	2,— „
Oberbayern (Salzburg, Salzkammergut)	3,— „
Oberspree	0,50 „
Ostseebäder	2,— „
Potsdam und Umgebung	0,50 „
Rheinreise	1,50 „
Riesengebirge (kl. Ausgabe)	1,— „
(gr. Ausgabe)	2,50 „
Rügen	1,50 „
Sächsische Schweiz	1,— „
Schwarzwald (kl. Ausgabe)	1,— „
(gr. Ausgabe)	2,50 „
Spreewald	0,60 „
Thüringen	2,50 „
Thür. Wald	1,— „
Tirol (gr. Ausgabe)	3,— „
(kl. Ausgabe)	1,50 „

Buchhandlung Vorwärts,
Lindenstr. 69 (Laden).

Ziehung am 27., 29. u. 30. April

1. Strassburg. Münster Geld-Lotterie

Lose à **3 Mk.** Porto und Liste 30 Pfg. extra.

9339 Gold-Gewinne ohne Abzug Mark

Hauptgewinne Bar Gold Mark
250000
75000
30000
20000
10000
u. s. w.

Strasb. Münster-Lose zu haben in all. Lotteriegeschäften, Loseverkaufsstellen und durch

Lud. Müller & Co.
Berlin C., Breitestrasse 5
J. Stürmer
Strassburg I. E., Langestr. 107

Putzmännchen fühlt sich immer wohl,
Denn alle Welt putzt mit
Blendol
Dem besten flüssigen Metallputz.
in Glasfl. zu 10, 15 und 25 Pfg., in Blechfl. aller Größen überall erhältlich.
FABRIK: URBAN & LEMM · CHARLOTTENBURG

Dr. Simmel
Spezial-Arzt
für Haut- und Harnleiden.
Prinzenstr. 41, dicht am Moritzplatz
10—2. 5—7. Sonntags 10—12. 2—4

Blumen- und Kranzbinderei von Robert Meyer,
nur Mariannen-Straße 2.

Wer sein Geld liebt, kauft nur **Kn'** und mit dieser
Fabrik-Marke.
Es sind die haltbarsten seit 1873.

Theater und Vergnügungen

Dienstag, 23. April 1912.

Anfang 6 Uhr.

Urania. Taubenstraße 48/49. Hörsaal: Prof. Dr. Donath: Elektrodynamik.

Anfang 7½ Uhr.

Kgl. Opernhaus. Der Rosenkavalier.
Kgl. Schauspielhaus. Julius Cäsar.
Deutsches. George Dandin.
Zirkus Busch. Gala-Vorstellung.
Zirkus Schumann. Gala-Vorstellung.
Haverland. Spezialitäten.

Anfang 8 Uhr.

Urania. Taubenstraße 48/49. Weltbäder an europäischen Küsten.
Kammerspiele. Sumurûn.
Lessing. Die Stützen der Gesellschaft.
Kurfürstenoper. Der Schmuck der Madonna.
Komische Oper. Die Zauberflöte.
Westen. Die schöne Helena.
Kleines. Der Leibgardist.
Königgrätzer Straße. Die fünf Frankfurter.
Neues Schauspielhaus. Judith.
Neues. Der liebe Augustin.
Residenz. Alles für die Firma.
Lustspielhaus. Das lausige Nest.
Berliner. Große Rosinen.
Neues Operetten. Mädchenmarkt.
Schiller O. Die Jüdin von Toledo.
Schiller-Charlottenburg. Der Kompagnon.
Friedr.-Wilh. Schauspielhaus. Ernesto Alcanes.
Luisen. Ich lasse dich nicht.
Rose. 5×100 000 Teufel.
Metropol. Geschlossen.
Trianon. Der Ehemann am Fenster. Ein angebrochener Abend.
Thalia. Autolieschen.
Wintergarten. Spezialitäten.
Casino. Die lustige Strohwitwe.
Apollo. Spezialitäten.
Passage. Spezialitäten.
Herrnfeld. Der Hausteufel. Wie man Männer bessert.
Reichshallen. Eine Hochzeit in der Müllerstraße.

Anfang 8¼ Uhr.

Folies Caprice. Der Polizeihund.
Walhalla. Berliner Allerlei.

Anfang 8½ Uhr.

Neues Volkstheater. Der Meister.
Königstadt-Kasino. Spezialitäten.

Sternwarte, Invalidenstr. 57—62.

Schiller-Theater O. Wallner-Theater.
Dienstag, abends 8 Uhr: **Die Jüdin von Toledo.**
Mittwoch, abends 8 Uhr: **Der scharfe Junker.**
Donnerstag, abends 8 Uhr: **Der Kompagnon.**

Schiller-Theater Charlottenburg.
Dienstag, abends 8 Uhr: **Der Kompagnon.**
Mittwoch, abends 8 Uhr: **Lady Windermeres Fächer**
Donnerstag, abends 8 Uhr: **Der scharfe Junker.**

Berliner Theater.
Abends 8 Uhr: **Große Rosinen.**

Theater in der Königgrätzer Straße
Abends 8 Uhr: **Die 5 Frankfurter.**

Neues Theater.
Abends 8 Uhr: **Der liebe Augustin.**
Sonntag 3¼ Uhr: **Der Vogelhändler.**

Theater des Westens.
Abends 8 Uhr: **Die schöne Helena.**
Sonntag 3¼ Uhr: **Wiener Blut.**

Luisen-Theater.
Heute und folgende Tage: **Ich lasse Dich nicht.**

ROSE-THEATER
Große Frankfurter Str. 132.
Abends 8 Uhr:
5 × 100 000 Teufel.
Mittwoch: **5 × 100 000 Teufel.**

Residenz-Theater.
Direktion Richard Alexander.
8 Uhr:
Alles für die Firma.
Schwank in 3 Akten von R. Hennequin und G. Mitchell.
Morgen u. folgende Tage: **Alles für die Firma.**
Sonntag, 28. April, nachm. 3 Uhr: **Ein Walzer von Chopin.**

„Clou" Berliner Konzerthaus.
Mauerstr. 82 Zimmerstr. 90/91.
Heute: **Gr. Konzert.**
Musikc. d. 2. Grde.-Drag.-Regts. Dirig. Oberm. **Peschke.**
Anfang 8 Uhr. Anfang 8 Uhr.
An allen **Wochentagen** nachmittags:
Großes Promenaden-Konzert
bei **freiem** Eintritt.
Heute: **Mahlmann-Orchester.**

Urania.
Wissenschaftliches Theater
6 Uhr: Prof. Dr. Donath: **Elektrodynamik.**
8 Uhr: **Weltbäder an europäischen Küsten.**
(Von Hamburg bis Lissabon.)

Metropol-Theater.
Wegen Vorbereitungen zur Premiere heute geschlossen.
Sonnabend, den 27. April, abends ½8 Uhr, zum erstenmal:
Schwindelmeier & Comp.
Phantastisch musikalische Komödie in 3 Akten von J. Freund.
Musik von R. Nelson. In Szene gesetzt vom Direktor R. Schultz.

Apollo Theater
Ab 8 Uhr
Letzte Woche
des großen komischen Programms
mit dem
Tagesgespräch von Berlin
Bellini.

Passage-Theater.
Gastspiel
Gertrude Barrison
Karl Hollitzer
Das Geisterfenster
und das große April-Programm
mit 10 neuen Attraktionen!

Passage-Panoptikum.
Das vereinte Riesenpaar
Brünhild und Desorc
Deutschland u. Frankreich
Hede, das Löwenmädchen
halb Mensch — halb Animal
lebend zu sehen
Ohne Extra-Entree.

Herrnfeld Theater
Schluß diesjähriger Spielsaison:
Montag, 29. April
bis dahin täglich:
Wie man Männer bessert
2 Akte von Anton u. Donat Herrnfeld mit den Autoren in den Hauptrollen.
Hierzu die **Novität:**
Der Hausteufel.
Anfang 8 Uhr.
Billettvorverkauf 11—2 (Theaterkasse)

Reichshallen-Theater.
Stettiner Sänger
Zum Schluß: **Eine Hochzeit in der Müllerstraße.**
Burleske von Meysel.
Anfang: Wochentags 8 Uhr, Sonntags 7 Uhr.

Admiralspalast
am Bahnhof Friedrichstraße,
z. Z. einziger Eispalast Deutschlands
Allabendl. d. sensat. Eisballett „Yvonne". Die kl. Walz.-Königin Charlotte. Weltmstr. Bror Meyer. Nachm.: Kunstlauf-Produktionen.
Bis 6 Uhr und von 10¾ Uhr abends halbe Kassenpreise.
Restaurant I. Ranges.
Wein- und Bier-Abteilung.

Der Zirkus bleibt nur noch kurze Zeit!
Zirkus A. Schumann
Heute Dienstag, den 23. April, abends 7½ Uhr:
Neu! **Auftreten** der Neu!
Don-Kosaken
in ihren wilden Reiterszenen auf
Orig.-Steppenpferden
sowie alle übrigen Attraktionen.
Um 9½ Uhr:
Das größte Ausstattungsstück der Gegenwart
Das Motorpferd
in 5 Akten.
mit d. glänzenden, feenhaften Schlußapotheose.

Ki-Ko bei Kroll
früher Neues Kgl. Operntheater.
Lichtspiele
in wirklichen Naturfarben
Kinemakolor.
Das Eröffnungsprogramm ist von der gesamten Presse glänzend besprochen
Täglich von 4—11 Uhr.
Orchester mit Gesang.
Ab 1. Mai berechtigen unsere Eintrittskarten auch zum Besuch der
Garten-Konzerte.

Mentes Volksgarten
Inh. Walter Schröter
Telephon: Amt Lichtenberg Nr. 164,
Lichtenberg, Roederstr. 28/29
Verlängerte Landsberger Allee.
Vom Alexanderplatz 15 Minuten.
Linie 64, 67, 71,
Linie Kurzestraße—Hohenschönhausen.
Vom 1. April jeden Dienstag, Donnerstag
Frei-Tanz.
Sonntags: **Großer Ball**

Vorletzte Vorstellung.
Zirkus Busch
Heute Dienstag, abends 7½ Uhr:
Großer Gala-Abend.
Iwanoff (Looping the Loop am schwing. Trapez).
Der ber. amerik. Cowboy
Jack Joyce
mit seinen wildesten Pferden.
The Avelos gr. gymn. Neuheit an 6 Bambusstangen.
9½ Uhr: **„Die Hexe".**
Morgen Mittwoch, den 24. April:
Letzte Vorstellung
7½ Uhr beginnt die Vorst. mit der Pantomime.

Trianon-Theater.
Anfang 8 Uhr.
Der Ehemann am Fenster.
Hierauf: Ein angebrochener Abend.

Folies Caprice.
Täglich 8¼ Uhr:
Die Saison-Schlager
Der Polizeihund.
Das Broadway-Girl.

Casino-Theater
Lothringer Str. 37. Täglich 8 Uhr.
Das glänzende Aprilprogramm mit **Grete Gallus.**
Allabendlich Lachstürme!
Der Possenschlager
Die lustige Strohwitwe.

Königstadt-Kasino.
Ecke Holzmarkt- u. Alexanderstraße
Das auserwählte Riesenprogramm
Unter anderem:
Die heiratslustige Witwe.
Große Posse mit Gesang in 1 Akt.

Voigt-Theater.
Gesundbrunnen Badstraße 58.
Morgen Mittwoch, den 24. April 1912,
Zum Benefiz für **Paul Uding:**
Versöhnt durch das Lied.
Original-Volksstück mit Gesang in 5 Akten von R. Kneisel.
Kassenöffnung 7. Anfang 8¼ Uhr.
Freitag, den 26. April: **Versöhnt durch das Lied.**

Für den Inhalt der Inserate übernimmt die Redaktion dem Publikum gegenüber keinerlei Verantwortung.

SÄNGER: REDNER: RAUCHER:

WYBERT-TABLETTEN

schützen Sie vor: HUSTEN HEISERKEIT KATARRH

Erhältlich in allen Apotheken und Drogerien. Preis Mk 1.-

Jedes Wort 10 Pfennig.
Das fettgedruckte Wort 20 Pfg. (zulässig 2 fettgedruckte Worte). Stellengesuche und Schlafstellen-Anzeigen 5 Pfg.; das erste Wort (fettgedruckt) 10 Pfg. Worte mit mehr als 15 Buchstaben zählen doppelt.

Kleine Anzeigen

ANZEIGEN
für die nächste Nummer werden in den Annahmestellen für Berlin bis 1 Uhr, für die Vororte bis 12 Uhr, in der Haupt-Expedition, Lindenstrasse 69, bis 5 Uhr angenommen.

Verkäufe.

Gardinen! Steppdecken! Portieren! Tischdecken! außergewöhnlich billig! Vorwärtsleser 5 Prozent Rabatt extra! Gardinenhaus Brünn, Hackescher Markt 4 (Bahnhof Börse). Sonntags geöffnet. *

Vorjährige elegante Herrenanzüge und Paletots aus feinsten Maxstoffen 20—40 Mark, Hosen 6—14 Mark. Versandhaus Germania, Unter den Linden 21. 1288R*

Vorwärtsleser erhalten fünf Prozent Extrarabatt, selbst bei Gelegenheitskäufen.

Räumungspreise sind bis zu 50 Prozent herabgesetzt Rosenthalerstr. 54.

Neubau Oranienstr. 126 ist eröffnet.

Teppich-Thomas Rosenthalerstraße 54 u. Oranienstr. 126. 1322*

Geld! Geld! Sparen Sie, wenn Sie im Leihhaus „Rosenthaler Tor", Linienstraße 203/4, Ecke Rosenthalerstraße kaufen. Anzüge von 9,00 Mark an; Paletots von 5,00 an; Damengarderobe, Betten, Wäsche, Gardinen, Portieren, Freischwinger, Bilder, Uhren, Gold-, Silberwaren, Fahrräder. Alles spottbillig. Anzüge werden verliehen. Sonntags geöffnet. Hohe Beleihung. 1280R*

Teppiche! (fehlerhafte) in allen Größen, fast für die Hälfte des Wertes Teppichlager Brünn, Hackescher Markt 4, Bahnhof Börse. (Leser des „Vorwärts" erhalten 5 Prozent Rabatt.) Sonntags geöffnet! *

Leihhaus Moritzplatz 58a! Moritzplatz 58a im Leihhaus kaufen Sie enorm billig, als: von Kavalieren wenig getragene Jackettanzüge, Rockanzüge, Paletots, größtenteils auf Seide, 9—18 Mark. Gelegenheitskäufe in Damen-Kostümen, Kleidern, Tuchröcken, auf Seide. Herstellungspreis bis Mark 150, jetzt bis 35 Mark. Gelegenheitskäufe in Uhren, Ketten, Ringen, Wäsche, Aussteuerwäsche, Betten, enorm billig, nur Moritzplatz 58a.

Betten, Stand 9,—. Brunnenstraße 70, im Keller. 1200R*

Zehn Prozent Rabatt Vorwärtslesern. Sonntags geöffnet.

Teppiche mit Farbenfehlern 3,25, 3,85, 4,50, 5,75, 6,85, 7,50, 9,25, 12,50.

Salonplüsch-Teppiche 13,50, 16,50, 19,50, 22,50, 27,50, 35—38 usw. Riesenfabriklager, Große Frankfurterstraße 125, im Hause der Möbelfabrik.

Gardinen, Fabrikreste, Fenster 1,65, 2,35, 2,85, 3,50, 4,50, 6,75 usw.

Totalausverkauf von angeschmutzten Gardinen, Stores, Bettdecken, staunend billig. Große Frankfurterstraße 125.

Tuch- und Plüschportieren, Garnitur 3,25, 3,85, 4,50, 5,25, 5,65, 7,50, 8,50 usw.

Steppdecken 3,75, 4,25, 5,65, 7,50, 8,33, 12,85 usw.

Plüschdecken mit kleinen Fehlern 4,25, 5,50, 6,75, 7,85, 9,35, 11,50 usw. E. Weißenberg's Gardinen- und Teppichhaus, Große Frankfurterstraße 125, im Hause der Möbelfabrik. 1361R*

Gaskronen, dreiflammig 7,50, komplett, Gaszuglampen 6,00, Gasuhren 2,40, Gaswandarme 1,50. Kronenlager, Große Frankfurterstraße 92, Ravenéstraße 6 (Wedding), Rixdorf, Berlinerstraße 102. 615R*

Betten. Stand 11,00, 16,00,- hochfeine 21,00, Braukbetten, Gardinen, Steppdecken, Portieren, Prachtteppiche, Anzüge, Freischwinger, spottbillig. Leihhaus Osten, Königsbergerstraße 19. 1370R*

Fischers Teppichhaus, gegr. 1884, Potsdamerstraße 109. Spottbillige Riesenposten Teppiche, Portieren, Gardinen, Steppdecken, Tüllstores, Läuferstoffe. Vorwärtsleser Extrarabatt. 965R*

Bekanntmachung! Vorwärtsleser! Springers weltbekanntes Pfandleihhaus, alleinstehend, Chausseestraße Sechzig! Aussteuerwäsche, Aussteuerbetten, Vermietungsbett, Damenbekleidung, Herrenbekleidung, Teppichauswahl, Prachtgardinen, Portierenlager, Kettensortiment, Schmucksachen, Uhrenauswahl, erstaunlich Auktionspfänder. Allergünstigste Fahrgelegenheit Großberlins.

Prinzen-Pfandleihe, Prinzenstraße 34 I, im Leihhaus, kaufen Sie enorm billig, als: von Kavalieren wenig getragene Jackettanzüge, Rockanzüge, Paletots, größtenteils auf Seide, 9—18 Mark. Gelegenheitskäufe in Uhren, Ketten, Ringen, Wäsche, Aussteuerwäsche, Betten, Steppdecken, Portieren, Teppiche, Gardinen, enorm billig, nur Prinzen-Pfandleihe, Prinzenstraße 34, eine Treppe. 1395R*

Billig, billig, billig! Monatsanzüge, wenig getragene Sommerpaletots, Gehrockanzüge, Fracks, Smokings kauft man nur bei Weingarten, Prinzenstraße 28 I, Eckhaus Ritterstraße, früher 20 Jahre Gitschinerstraße. 1335R*

Zinkwaschfässer, Zober, Sitzwannen, Badewannen. Spezialfabrik Reichenbergerstraße 47. Lesern 5 Proz.

Teppiche (Farbenfehler) Gelegenheitskauf. Fabriklager Mauerhoff, Nur Große Frankfurterstraße 9, Flureingang. Gegründet 1874. Vorwärtslesern 10 Prozent. Sonntags geöffnet.

Steppdecken billigst Fabrik Große Frankfurterstraße 9, Flureingang.

Gardinenhaus, Große Frankfurterstraße 9, Flureingang. 2491R*

Littauer Nähmaschinen ohne Anzahlung, gebrauchte spottbillig. Skalitzerstraße 99, Warschauerstr. 67.

Gardinenreste! Fenster 1,85, 2,25, 3,25 bis 6,85. Stores, Rouleaus, Uebergardinen. Ausverkauf zurückgesetzter Muster. Wolfs Teppichhaus, Dresdenerstraße 8. Vorwärtsleser 10 Prozent Rabatt. 1329R*

Gaskronen ohne Anzahlung Boxhagenerstraße 32, erste Etage, Frankfurter Allee 124, erste Etage. 1371R

4.00 Prachtbett, 9,50 ganzer Stand, rotgestreift, Laken 0,80, Damastbezüge 3,55, Steppdecken. Andreasleihhaus Andreasstraße 38. *

Laudbett, zwei Deckbetten, zwei Kissen, zweischläfrig, 14,25, nur Andreasleihhaus. *

Bauernbettbett, Unterbett, zwei Kissen, 26,00, nur Andreasleihhaus, Andreasstraße achtunddreißig. Fahrgeld vergütet. 1141R

Ohne Anzahlung, Woche 0,50, Bilder, Spiegel, Möbel, Polsterwaren, Steppdecken, Tischdecken, Teppiche, Gardinen, Portieren, Bettzeug, Uhren, Gaskronen liefert billigst Weber, Neue Königstraße 34. Besuch oder Postkarte. 1014R*

Prachtbetten 12,00, zwei Stand, umständehalber Katzlerstr. 16 II.

Hermannplatz 6. Pfandleihhaus. Extrabillige Jackettanzüge. Gehrockanzüge. Sommerpaletots. Herrenhosen. Damenmäntel. Allerbilligster Bettenverkauf. Vermietungsbett. Aussteuerbetten. Aussteuerwäsche. Reichhaltige Gardinenauswahl. Teppichauswahl. Plüschtischdecken. Steppdecken. Goldsachen. Taschenuhren. Wanduhren. Wandbilder. Warenverkauf ebenfalls Sonntags. *

Singerrundschiff, gutnähend, billig. Bauder, Neukölln, Fuldastraße 58 I. 70/5

Gesangspinde, Einsatzbauer billigst Amsterdamerstraße 13, Friseurgeschäft.

Geschäftsverkäufe.

Eckrestauration, Vorgarten, wegen Ruhesetzung zum Inventarpreis verkäuflich Oberschöneweide, Rathenaustraße 18. 1401R*

Schlosserei, Installation, wegen Beteiligung eines großen Unternehmens, verkauft Kenzler, Schulstraße 26. †5*

Zigarren-Geschäft, 13 Jahre bestehend, gutgehend, schöne Wohnung, verkauft Peschel, Weißensee, Heinersdorferstraße 4—6. †149

Obst- und Gemüsegeschäft mit Feuerung (Feuerung bringt die Miete) sofort zu verkaufen Stephanstraße 60. †5

Möbel.

Möbel-Gelegenheitskäufe, gut gearbeitet, viele Gelegenheitsmöbel, welche bedeutend unterm Preis sind. Bücherspind 68,—, Schreibtisch 48,—, Bettstelle 33,—, Trumeau mit Stufe 34,—, Garnitur, Sofa, 2 Sessel, Sofa 45,—, Kleiderspind 46,—, Kücheneinrichtung 68,—, Herrenzimmer, Speisezimmer, Schlafzimmer, wundervolle Sachen, sehr billig. Kommen Sie erst vor Ihrem Einkauf zu mir, Sie sollen die Möbel nur besichtigen. Ehrlich. Alte Schönhauserstraße 32. 1374R*

Möbel-Lechner, Brunnenstr. 7 am Rosenthaler Tor, Spezial-Möbelhaus. Auf Kredit und gegen bar. Riesenauswahl. Vorzeiger dieses Inserats erhält bei Kauf von 50 Mark an 5 Mark gutgeschrieben. Bequeme An- und Abzahlung. Auf Wunsch Vertreter. Sonntag von 12—2 Uhr geöffnet. 1317R*

Arbeiter-Musterwohnungen. Für jedermann leicht erwerbbar, sehr billig, auch gebrauchte Möbel, gut erhalten, große Auswahl, Teilzahlung gern gestattet. Kassenpreis Zinsvergütung, kleine Anzahlung, bequeme Abzahlung nach Wunsch der Käufer. Gabbert Tischlermeister, Ackerstraße 54. *

Teilzahlung, Möbeleinrichtung, Stube und Küche 15 Mark. Verliehen gewesene Möbel spottbillig. Berolina, Kastanienallee 49. 1114R*

Möbelfabrik Menner, Reichenbergerstraße 57, liefert reellste Möbel, billigste Preise. Teilzahlung gestattet. Vorwärtsleser 4 Prozent Rabatt. *

Möbel! Für Brautleute günstigste Gelegenheit, sich Möbel anzuschaffen. Mit kleinster Anzahlung gebe schon Stube und Küche. An jedem Stück deutlicher Preis. Uebervorteilung daher ausgeschlossen. Bei Krankheitsfällen und Arbeitslosigkeit anerkannt größte Rücksicht. Möbelgeschäft M. Goldstaub, Jessenerstraße 38, Ecke Gneisenaustraße. 2901R*

Möbel (diskret). Reelle, alte, gut renommierte Firma liefert Möbel unter Diskretion auf Teilzahlung. Anfragen: Postlagerkarte 12, Postamt 22. 1376R*

Möbel-Gelegenheitskäufe in allergrößter Auswahl; einfache sowie bessere Wohnungseinrichtungen bedeutend billiger wie regulär. Ergänzungsmöbel. Büfette, Schreibtische 45, Sofas 45, Garnituren 65, Trumeaus 37, Schränke, Vertikos 27. Kronen, Teppiche, Bilder, Küchenmöbel, Klubsessel, Ledersofas, Umbaue, Lederstühle usw. spottbillig. Lennerts Möbelspeicher, Lothringerstraße 55, Rosenthaler Tor. Die Möbel sind in vier Etagen ausgestellt. 1279R*

Möbel, Kleiderschrank, Vertiko 28,—, Trumeau 45,—. Schreiber, Brunnenstraße 123. 1116R*

Möbel-Teilzahlung liefert Messing, Dresdenerstraße 124, am Kottbuserthor. Auf Kredit und bar. Stube und Küche, Anzahlung von 15 Mark an. Beamten ohne Anzahlung. Liefere auch auswärts. Vorzeiger dieses erhält 5 Mark gutgeschrieben. Sonntags von 12—2 geöffnet. 1148R*

Arbeiter-Wohnungseinrichtungen in großer Auswahl. Fünf Etagen. Einfach, gediegen und konkurrenzlos billig. Stube und Küche 195,00 an. Bequeme Teilzahlung nach Belieben des Käufers gern gestattet. Geringe Anzahlung. Trotzdem streng reelle Kassapreise und Zinsvergütung. Tischlermeister Resewske, Badstraße 66. Zwei Minuten vom Bahnhof Gesundbrunnen. 70/6

Privatleuten verkaufe schleunigst Nußbaumwirtschaft mit prachtvollen Küchenmöbeln, Gaskrone, Küchengeschirr 195,—, Säulentrumeau 33,—. Händler zwecklos. Neue Königstraße 66 I. 220/20*

Möbelangebot. Wegen vollständiger Auflösung des Geschäfts verkaufe Möbel und Polsterwaren sehr billig. Leser noch 5 Prozent Rabatt. Fruchtstraße 28 I. 1250R

Kaufen Sie direkt beim Tischlermeister. Komplette Wohnungs-Einrichtungen in allen Preislagen. Besichtigen Sie meine Ausstellung. Harnack, Stallschreiberstr. 57 (Moritzplatz). Verkauf nur im Fabrikgebäude. Zahlungserleichterung. *

Stuben- und Küchenmöbel, Küchengeschirr, Teppich, Bilder, Krone, sehr billig, umgehend verkäuflich Weinmeisterstraße 1b—2, Hausverwalter.

Möbelangebot spottbillig, Möckernstraße 25, im Anhalter Bahn-Möbelspeicher, an der Möckernbrücke. Einzelne Schreibtische 28,—, Bücherschränke, Büfetts, Kredenzen, Spiegelschränke, Kleiderschränke schon 25,—, Bettstellen, Schreibstühle, Rohrstühle, Lederstühle, Klubsessel, Säulentrumeau 30,—. Waschtoilette mit Marmorplatte 28,—, Salontische, Nähtische, Ausziehtische 18,— an, Plüschgarnitur, Salongarnitur, Paneelsofa, Sofa 40,—, Sofaumbau, Flurgarderoben 17,50. Bilder mit Prachtrahmen, Standuhren, Freischwinger 12,—. Riesenauswahl wenig fehlerhafter Teppiche statt 12,— jetzt 8,50. Extragroße, farbenprächtige Salonteppiche 35,— bis zu den elegantesten. Chaiselongue mit Decke 22,50. Diwandecken, Steppdecken, Plüschtischdecken 5,—. Tülldeckdecken 2,—. Tüllgardinen, Restbestände unter Preis. Erbstüllstores mit Volant 3,50. Plüschportieren 7,50. Gaskronen 15,—. Oeldilder. Für Brautleute, Hotels, Pensionate ganz außergewöhnlich billige Schlafzimmer, prächtige Herren-, Speisezimmer, Salons moderne Küchen, ganze Wohnungseinrichtungen, nur durchweg neue, gediegene Waren, zum schleunigen Verkauf. Otto Lidecke, Möbel-Warenspeicher, Eingang nur Möckernstraße 25. Uebernahme ganzer Warenlager, Konkursmassen, Wirtschaften zum schnellen Verkauf und Auktion. 9738R

Möbeltausch. Aeltere, unmoderne Möbel werden in Zahlung genommen und moderne dafür geliefert, die Differenz in bequemen Raten. Anfragen unter Postlagerkarte 18, Postamt 22. 1373R*

Chaiselongue, nageinen, 16,00. Herbst, Große Hamburgerstraße 13/14.

Möbel ohne Geld! Bei kleiner Anzahlung geben Wirtschaften und einzelne Stücke auf Kredit unter äußerster Preisnotierung, auch Waren aller Art. Der ganze Osten kauft bei uns. Kretschmann u. Co., Koppenstraße 4. (Schlesischer Bahnhof.) *

Viel Geld sparen Sie durch reellen billigen Einkauf in der Möbelausstellung Oranienstraße 202 (Innungsmeister). Auch Teilzahlung. Vorwärtslesern 5 Prozent. 1104R*

Möbelangebot. Vorteilhafteste Gelegenheitskäufe durch Ankauf ganzer Warenlager. Einzelmöbel, komplette Einrichtungen, schlichteste, eleganteste Schlafzimmer, Speisezimmer, Herrenzimmer, Riesenauswahl, 5 Etagen. Fabrikgebäude, Neue Königstraße 5—6, Teilzahlung gestattet. Sonntags geöffnet. *

Bis Ende April gelangen sämtliche in meinen Speicherräumen lagernde Möbel in Eiche, Nußbaum, Mahagoni, Satin usw. zum spottbilligen Verkauf. Wohnungseinrichtungen 158,00 kauft nur bei Kamerling, Kastanien-Allee 56, Ecke Weinbergsweg. 1293R*

Möbel verkaufe zu außergewöhnlich niedrigen Fabrikpreisen direkt im Fabrikgebäude und Laden. Besichtigung ohne Kaufzwang. Wohnungseinrichtung, Stube und Küche 200,00, 270,00—400,00, zwei Stuben und Küche 400,00—700,00, Speisezimmer, Herrenzimmer, Schlafzimmer, Küche 950,00—1450,00. Aeußerst günstige Gelegenheit bietet sich meiner Kundschaft in Gelegenheitskäufen, darunter Muschelkleiderspind, Vertikos, Ruhebetten, Muschelbettstelle mit Matratze, Säulentrumeaus, Schreibtische, Büfette, Plüschgarnituren, Bücherspinde, Paneelsofa sowie ganze Einrichtungen. Eventuell Zahlungserleichterung. Gekaufte Möbel werden kostenfrei aufbewahrt und geliefert. Richard Dehmel, jetzt Oranienstraße 131. 1138R*

120 Trumeaus mit Säulen, prima Fazetteglas, 30,—, auch mahagoni, große Auswahl! Fabrik Stalitzerstraße 25, an der Hochbahn. *

Moebel-Boebel, Oranienstraße (Moritzplatz) 58, Fabrikgebäude, liefert als Spezialität: Ein- und Zweizimmer-Einrichtungen. Größte Auswahl. 9 Etagen in 2 Fabrikgebäuden. Billigste Preise. Ein Zimmer und Küche 234,—, 336,—, 409,—, 496,—, 566,—, 655,— bis 1000,—. 2 Zimmer und Küche 448, 501,—, 571,—, 660,—, 773,—, 867,—, 991,— bis 2000,—. Schlafzimmer 194,—, 270,—, echt Eiche 299,—, 350,—, 401,—, Wohnzimmer, modern, 266,—, 318,—, 343,—, 403,—, Speisezimmer, echt Eiche, 343,—, 373,—, 462,—, 571,—, Herrenzimmer, englische Bettstelle mit Matratze 42,—, Trumeau, geschliffen 36,—, Plüschsofa 58,—, Umbau 50,—. Besichtigung ohne Kaufzwang erbeten. 5 Jahre Garantie. Eventuell Zahlungserleichterungen. Geöffnet 8—8, Sonntags 12—2. Kein Laden. Verkauf im Fabrikgebäude. 952R*

Möbelhandlung Mariannenstraße 25, billige Preise. Teilzahlung gestattet. „Vorwärts"-leser 3 Prozent Rabatt. 395*

Musikinstrumente.

Pianos, Harmoniums, Flügel jeder Preislage, gebrauchte 120,00 an. Teilzahlung. Scherer, Chausseestraße 105. 5349*.

Pianino, hohes (Schwechten), 225,— Händler zwecklos. Krüger, Friedenstraße 2 (Königstor). 221/2

Bilder.

Sie kaufen Bilder nirgends billiger als direkt Fabrik bei Bilder-Bogdan, Weinmeisterstraße 2. 1005R*

Fahrräder.

Herrenfahrrad, Damenfahrrad, wie neu, 35,—. Holz, Blumenstraße 44. 1093R*

Geschäftsdreirad, äußerst stabil, 50,00 an. Holz, Blumenstraße 44. *

Fahrräder, Teilzahlungen, größte Auswahl, billigste Preise. Lothringerstraße 40. Filialen: Steglitz, Schloßstraße 116. Wilmersdorf, Uhlandstraße 100. 1203R*

Erstklassige Fahrräder, Monatsrate 10 Mark. Louis Barth, Brückenstraße 10a. Kein Laden. 1353R*

Fahrräder, Teilzahlungen. Invalidenstraße 20, Wilhelmshavenerstraße 73 (Eckhaus Turmstraße). *

Eine gut erhaltene Tandem billig verkäuflich. Prölleneberg, Nordend, Kastanien-Allee 31. †149

Brennaborrad, Herrenfahrrad 25,00, und Damenfahrrad, billig, sofort, Weberstraße 42, Quergebäude parterre. 69/3*

Kaufgesuche.

Herrenradgesuch, Damenradgesuch. Grosser, Frankfurter Allee 137.

Platinabfälle, Gramm 5,75, Gold, Silber, Zahngebisse, Stanniol, Quecksilber kauft Blümel, Auguststraße 19.

Zahngebisse, Zahn bis 1,10, Platinabfälle, Goldsachen, Silbersachen, Juwelen, Quecksilber, Stanniolpapier, Zinn, Kupfer, Goldwatten, Blattgold, Gummiabfälle, höchstzahlend. Edelmetall-Einkaufsbureau, Weberstraße 31. 1356R*

Platinspezialist, pro Gramm 5,75. Gold, Silber, Gebisse kauft Goldschmied Bruckard, Rulackstraße 22. *

Zahngebisse in Kautschuk, Gold, Silber und Platina kauft pro Zahn bis 50 Pfennig und für Platin zahlt den höchsten Preis Blumenreich Brunnenstraße 3, am Rosenthaler Tor. (Telephon.) 763R*

Kaufe Frauenhaare, ausgekämmte. Zahle höchste Preise. Kasta, Zöpfefabrik, Rixdorf, Erkstraße 3. *

Zahngebisse, Zahn bis 1,00, Platinabfälle, Gramm 5,75, Geldkontor Hollmannstraße 30. 64/2*

Zahngebisse, Zahn bis 1,00 Mark, Goldsachen, Stanniol, höchstzahlend. Kohn, Neue Königstraße 76. 221/1*

Unterricht.

Unterricht in der englischen Sprache. Für Anfänger und Fortgeschrittene, einzeln oder im Zirkel, wird englischer Unterricht erteilt. Auch werden Uebersetzungen angefertigt. G. Smienty-Liebknecht Charlottenburg, Stuttgarterplatz 9 Gartenhaus III. 448*

Tischler, Drechsler, Tapezierer usw. erhalten Unterricht im Fachzeichnen und Kalkulation ohne Berufsstörung nach den Lehrheften der 20-Pfennig-Fachbibliothek für die gesamte Holzindustrie. Programm kostenlos durch Norddeutsche Tischlerfachschule, Berlin N. 65, Malplaquetstraße 14—16. *

Technikum, Berlin, Neanderstraße 3 Schinkel-Akademie, Direktor Königl. Regierungs-Baumeister Artur Werner, Inhaber. Maschinenbau, Elektrotechnik, Hochbau, Tiefbau, Gas, Wasser, Heizung, Werkmeister-, Techniker-Kurse, Ingenieur-Kurse, Polierkurse, Abendkurse, Tageskurse. 790R*

Verschiedenes.

Patentanwalt Müller, Gitschinerstraße 81. 2439R*

Patentanwalt Bessel, Gitschinerstraße 94a.

Kunststopferei Letzer, Große Frankfurterstraße 67. 2399R*

Wäsche wird schonendst gewaschen, tadellos gerollt. Leibwäsche, vier Handtücher, vier Taschentücher, Laken 0,10, Kein Vertauschen. Abholung, Lieferung Donnerstags. Herm. Kubasch, Köpenick, Flemmingstraße 9. 1275b*

Märzbleiche! Frau Baske, Adlershof, Friedenstraße 20, wäscht sauber, schonendst, chlorfrei, Laken, Leibwäsche, drei Handtücher 0,10. Abholung täglich. 1314b

Handwäscherei Brescke, Köpenick, Parisiusstraße 18, liefert schneeweiße, im Freien getrocknete Wäsche, vier Handtücher 10. Abholung Donnerstag.

Waschanstalt. Wäsche wird schonendst gewaschen, im Freien getrocknet. Laken, Leibwäsche, vier Handtücher, fünf Taschentücher 0,10. Abholung Donnerstags. Lehmann, Köpenick, Kaiserin-Auguste-Viktoriastraße 18.

Die Beleidigung gegen Herrn und Frau Lorenz nehme ich zurück. Frau Klemt, Eberswalderstraße 23.

Nehme die Aeußerungen, welche ich gegen den Bäckermeister Feist, Zelterstraße 24, getan habe, zurück. Therese Lehmann, Meyerheimstraße 3.

Ehrenerklärung. Die von mir über den Stukkateur Herrn Paul Moerbeck irrtümlich gemachten falschen Angaben nehme ich hiermit zurück. August Wohlert, Potsdamerstraße 87.

Gefunden u. verloren

Unterzeichnetem ist am Freitag, den 19. d. M., ein schwarzes Lederportemonnaie abhanden gekommen, mit einer Zahl-, einer Mittel- und einer Seitentasche. Inhalt 40 Mark in Gold und etwas Nickel, ferner ein Kreuzer und ein Zünderetui vom Taschenfeuerzeug. Sollte das Portemonnaie irgendwo gefunden worden sein, so bitte dasselbe gegen Belohnung abzugeben. Märten, Lindenstraße 16/17, Kistenfabrik. 1317b

Vermietungen.

Kinoausschank zu verpachten Grünauerstraße 15. 1315b

Wohnungen.

35 Mark pro Monat Dreizimmer-Wohnung, Loggia, Bad, wegen Auswanderung. Auch Mobiliar neu verkäuflich. Barker, Lichtenberg, Dossestraße 8. †59

Zimmer.

Möbliertes Zimmer zum Ersten. Emdenerstraße 12, vorn I rechts. *

Freundliches möbliertes Zimmer Boxhagenerstraße 31 II, Daberkow.

Genosse als Teilnehmer an möbliertem Zimmer gesucht. Zimmermann, Alt-Moabit 80. †5

Schlafstellen.

Saubere Schlafstelle vermietet Frau Schreiber, Wilsnackerstraße 20, Hof parterre. 1304b

Möblierte Schlafstelle für zwei Herren, mit Badebenutzung, Jablonskistraße 36, III, Witwe Bauer.

Schlafstelle vermietet Frau Wissel, Gartenstraße 62, Gartenhaus III.

Schlafstelle zu vermieten. Lenz, Zionskirchstraße 5, Hof 2 Treppen.

Mietsgesuche.

Dauermieter sucht Zimmer, möbliert oder leer. Schlesischer Bahnhof. Preisofferte „Radfahrer" Postamt 27. †42

Arbeitsmarkt.

Stellenangebote.

Glaserlehrling verlangt Richard Retzlaff, Glasermeister, Blumenstr. 6.

Zwei tüchtige, erfahrene Modelltischler bei hohem Lohn und dauernder Arbeit verlangt Spandauer Modellfabrik Pache, Spandau, Schönwalderstraße 25. 1403R

Tüchtige Versilberin verlangt Max Leonhard, Weißensee, Lehderstraße 86. †132

Blusenarbeiterin im, außerm Hause, Charlottenburg, Leibnizstraße 97, parterre links. †29

50 garnierte Unterhallen-Arbeiterinnen verlangt Pohl, Kolonienstraße 9. †27

Knaben-Jaßenjacken-, Rollkragen- und Blusenarbeiterinnen (Kammgarn), höchste Löhne, verlangt Laube, Krautstraße 48a. †42*

Arbeiterinnen auf Knabenanzüge verlangt Königsbergerstraße 31. *

Achtung! Wagenbauer!
Die Wagenfabrik von
Gebr. Wienicke Nachflgr., Pankow, Breitestraße,
ist für alle Berufe, als da sind: Stellmacher, Schlosser, Schmiede, Lackierer und Sattler, gesperrt und bitten wir, dort Arbeit nicht anzunehmen. 176/8
Agitationskommission der Wagenfabriken Berlins und Umgegend.

Achtung! Holzarbeiter.
Wegen Streik oder Lohndifferenzen sind gesperrt:
Tischlerei Schuster, Kopernikusstraße 23.
Tischlerei Ottmann & Co., Gubener Str. 44.
Goldleistenfabrik Klinke, Köpenicker Str. 21.
Berufsverein der Berliner Parkettgeschäfte, Charlottenburg, Uhlandstraße.
Für Hartgummi-Arbeiter die die Firma Matthaey, Schlesische Str. 32.
Das Berliner Arbeitswilligenvermittelungsbureau d. gelben „Handwerkerschutzverbandes".
Arbeitsnachweis d. Stellmacherinnung und der Wagenfabrikanten, Kaiser-Franz-Grenadier-Platz.
Zuzug ist streng fernzuhalten.
Die Ortsverwaltung Berlin des Deutschen Holzarbeiterverbandes.

In der **Görlitzer Akt.-Ges. f. Eisenbahnmaterial** (Waggonfabrik) steht die Arbeiterschaft aller Branchen im **Streik. Zuzug** von Holz- und Metallarbeitern, Lackierern und Anstreichern, Fabrik- und Hilfsarbeitern **ist fern zu halten.**
Anfragen: Luisenstr. 8.
Die Streikleitung.

Verantwortlicher Redakteur: Albert Wachs, Berlin. Für den Inseratenteil verantw.: Th. Glocke, Berlin. Druck u. Verlag: Vorwärts Buchdruckerei u. Verlagsanstalt Paul Singer u. Co., Berlin SW.